



Landessozialbericht 2003

**Menschen in NRW
in prekärer Lebenslage**



Landessozialbericht 2003

Menschen in NRW in prekärer Lebenslage

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorwort

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen an den Sozialstaat und einer zunehmend durch komplexe Problemstellungen geprägten Lebensrealität vieler von Armut betroffenen Menschen muss sich notwendigerweise auch die Armuts- und Sozialberichterstattung verändern und weiterentwickeln.

Eine wichtige Planungsgrundlage zur zielgenauen Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung ist eine funktionsfähige und wirksame Armuts- und Sozialberichterstattung. Sie hat die Aufgabe, Politik und Verwaltung zu beraten und zur Entwicklung arbeits- und sozialpolitischer Maßnahmen zur Verhinderung und Überwindung von Armut beizutragen. Darüber hinaus sollte sich Armuts- und Sozialberichterstattung als Frühwarnsystem zur Armutsprävention verstehen, indem sie auf Armutsrisiken hinweist und der Komplexität und Mehrdimensionalität von Armut Rechnung trägt.

Armuts- und Sozialberichterstattung muss ferner den Anspruch haben, Armut und Armutsrisiken transparent zu machen und in der Gesellschaft mehr Akzeptanz und Toleranz zu erzeugen für die Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen.

Mit dem vorliegenden Bericht wird ein neues Berichtsformat eingeführt, das neben der herkömmlichen gedruckten Fassung auch das neue Medium Internet berücksichtigt. Über das Internet bieten sich zukünftig zahlreiche Möglichkeiten, um an aktuelle und verstetigte Daten zu diesem Thema zu gelangen.

Der vorliegende Bericht des mit der Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung beauftragten Instituts stellt die Konturen und Bausteine eines Konzepts weiterentwickelter Sozialberichterstattung dar. Gleichzeitig werden die Module der zukünftigen Sozialberichterstattung beschrieben.



Birgit Fischer

Birgit Fischer
Ministerin für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung in NRW und zu diesem BerichtVII

Einleitung der wissenschaftlichen Begleitung..... 1

Teil A

1 Soziale Indikatoren für die Sozialberichterstattung - Forschungs- und Entwicklungsstand

1.1 Soziale Indikatoren – Begriff und Bedeutung.....	5
1.2 Formen indikatorengestützter Sozialberichterstattung.....	6
1.3 Der Nutzen indikatorengestützter Sozialberichterstattung?.....	8
1.4 Entwicklung indikatorengestützter Sozialberichterstattung.....	9
1.5 Armutsforschung und Armutsberichterstattung.....	11
1.6 Armuts- und Sozialberichterstattung im Land Nordrhein-Westfalen.....	14

2 Indikatorengestützte Sozialberichterstattung des Landes für die Kommunen und die (Fach-) Öffentlichkeit..... 23

2.1 Berichtsebenen und Bedarfe	23
2.2 Berücksichtigung des Konzeptes der Lebenslage	24
2.3 Auswahlkriterien für Indikatoren	25
2.4 Anforderungen an die Indikatoren und Daten	29

Teil B

1 Empirische Messung von Armut in Nordrhein-Westfalen

1.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung	33
1.2 Datenquellen	36

2 Umfang und soziale Struktur von Armut in Nordrhein-Westfalen

2.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung	37
2.2 Umfang und Struktur	38
2.3 Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation	45

3 Menschen in NRW in prekärer Lebenslage

3.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung.....	46
3.2 Umfang und Struktur	50
3.3 Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation	62

4 Kinderreiche Familien in Nordrhein-Westfalen

4.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung	64
4.2 Umfang und Struktur	66

4.3	Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation	72
4.4	Institutionen	73
5 Allein erziehende Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen		
5.1	Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung	74
5.2	Umfang und Struktur	75
5.3	Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation	84
5.4	Institutionen	85
6 Ausländer und Ausländerinnen in Nordrhein-Westfalen		
6.1	Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung	86
6.2	Umfang und Struktur	87
6.3	Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation	96
6.4	Institutionen	97
7 Lebenslagen älterer Frauen in Nordrhein-Westfalen		
7.1	Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung	98
7.2	Umfang und Struktur	99
7.3	Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation	105
7.4	Institutionen	105
Teil C		
<hr/>		
Glossar		107
Literatur		110
Abbildungsverzeichnis		117
Tabellenverzeichnis		118
Übersichts- und Kartenverzeichnis		121
Anhang		
Anlage 1	„Web-Version“ des Sozialberichts	123
Anlage 2	Internet-Datenpool	125
Anlage 3	Informationssystem Sozialhilfedaten	127

Zur Weiterentwicklung der Berichterstattung in NRW und zu diesem Bericht

1. Rückblick Der Sozialbericht 1998 und sein Konzept

Mit dem (im Jahr 1999 veröffentlichten) „Sozialbericht NRW 1998“ war erstmals in der Sozialberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen der Versuch unternommen worden, die komplexe Wirklichkeit von Armut und sozialer Benachteiligung umfassend darzustellen.

Die in der Zeit davor regelmäßig herausgegebenen Berichte (insgesamt acht Einzelberichte im Zeitraum 08/92 bis 04/98) im Rahmen der Landessozialberichterstattung befassten sich jeweils mit der besonderen Situation einer bestimmten Personengruppe und stellten diese in ihrem jeweiligen Zusammenhang dar. Diese Berichte verdeutlichten erstmals in diesem Umfang die Vielschichtigkeit der sozialen Probleme und damit verbunden auch die Schwierigkeiten einer wirksamen Armutsbekämpfung, die den notwendigen Erfolg nur dann haben kann, wenn die unterschiedlichen Bedürfnisse der betroffenen Menschen erkannt und entsprechende zielgerichtete Hilfsangebote unterbreitet werden.

Für die Sozialberichterstattung des Landes NRW ergab sich die Notwendigkeit, die Sozialberichterstattung des Landes zu einer die einzelnen Lebenslagen übergreifende und aktuelle Sozialberichterstattung, die auch regelmäßig fortgeschrieben wird, weiter zu entwickeln.

Mit dem Sozialbericht '98 wurde der Versuch unternommen, diese Entwicklung einer aktuellen und breit angelegten Sozialberichterstattung voranzutreiben. Hierzu wurden aktuelle Auswertungen von statistischen Sekundärdaten zum Umfang und zur Struktur des Armutspotenzials vorgenommen ebenso wie eine Bündelung und Aktualisierung der bisherigen Einzelstudien, um so ein möglichst vollständiges

Bild von der Armutslage in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen.

Anforderungen an eine Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung

Der Sozialbericht 1998 enthielt aber auch die Forderung, den so gefundenen Ansatz für eine umfassende Sozialberichterstattung qualitativ zu verbessern und zu verstetigen. Handlungsbedarf wurde nach dem Bericht insbesondere in den folgenden vier Bereichen gesehen:

- die Entwicklung eines Informationssystems durch eine regelmäßige, systematische und aktuelle Zusammenstellung besonders relevanter Daten,
- die Förderung von Synergieeffekten durch die Schaffung eines Informationsnetzes der auf dem Gebiet der Sozialberichterstattung tätigen Akteure,
- die Verbesserung der Forschungsmethoden, -instrumente und der Datengrundlagen und
- die Untersuchung offen gebliebener Fragen zum Lebenslagenansatz und zur Armutsgefährdung in Nordrhein-Westfalen.

Zielsetzung und Auftrag einer Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung NRW (Sozialbericht 2003)

Im Frühjahr 2000 wurde das Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) von der Abteilung Soziales des damaligen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie (MASQT) beauftragt, auf der Basis der durch den Sozialbericht '98 gewonnenen Erkenntnisse und unter besonderer Berücksichtigung des festgestellten Handlungsbedarfs ein geeignetes Berichtsformat für eine umfas-

sende Armutsberichterstattung zu entwickeln.

Das Ziel bestand darin, eine indikatorengestützte Berichterstattung zu entwickeln, die aus der Kombination unterschiedlicher Datenquellen einen repräsentativen Überblick über die soziale Lage ermöglicht und mit möglichst geringem Aufwand aktualisiert werden kann, um so auch eine fortlaufende Beobachtung der sozialen Entwicklung über mehrere Jahre zu gewährleisten.

In einem ersten Schritt wurden hierzu die im Sozialbericht '98 enthaltenen Daten und Indikatoren in dem nunmehr vorliegenden verstetigt und fortgeschrieben.

Mittlerweile gibt es aus dem sozialen Bereich aber eine Fülle von Daten und Indikatoren aus den unterschiedlichsten Quellen. Diese einerseits zu begrüßende Entwicklung im Rahmen der empirischen Erforschung von Armut und ihren Ursachen birgt andererseits aber auch die Gefahr, dass diese Datenmengen nicht mehr bewältigt werden können und damit letztlich zu einem „Datenfriedhof“ führen. Aus diesem Grund wurde ZEFIR auch damit beauftragt, formale Anforderungen und Standards an soziale Indikatoren und Daten zu entwickeln, die künftig im Rahmen der Landessozialberichterstattung Verwendung finden sollen. Dabei geht es im Wesentlichen darum, diejenigen Indikatoren und Datenbasen auszuwählen, die es ermöglichen, zeitnah und kontinuierlich ein auch regionale Unterschiede berücksichtigendes, repräsentatives Bild der sozialen Lage in Nordrhein-Westfalen zu zeichnen.

Die unter den genannten Voraussetzungen ausgewählten Daten und Indikatoren sollen dann zukünftig in regelmäßigen Abständen verstetigt und auch als Informationssystem über das Internet zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiteres Ziel bestand darin, im Rahmen der künftigen Sozialberichterstattung für eine Verbesserung der Forschungsmethoden, -instrumente und Datengrundlagen zu sorgen. Eine Analyse der bisherigen Methodik im Zusammenhang mit dem Sozialbericht '98 hatte ergeben, dass eine exakte und schlüssige Feststellung und Beschreibung des Armutspotenzials in Nordrhein-Westfalen auf der Basis der derzeit verfügbaren Instrumente und Datenquellen nicht umfassend möglich ist. Der Auftrag an ZEFIR sah deswegen auch vor, Wege aufzuzeigen, wie die bisherigen Datenquellen besser genutzt werden können. Untersucht werden sollten in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten quellenübergreifender Auswertungen und die Erfassung und Auswertung von Mikrodaten. ZEFIR hat sich hierbei insbesondere mit einer differenzierteren Auswertung der amtlichen Sozialhilfestatistik befasst und den Auftrag für die Entwicklung eines Informationssystems „Sozialhilfe“ erhalten. Hinsichtlich der Datenqualitätssicherung wurde ein „Qualitätszirkel Sozialhilfe“ unter Beteiligung u.a. der Kommunen und des LDS eingerichtet.

Die Beschäftigung mit den methodischen Fragen zur Sozialberichterstattung darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass im Mittelpunkt der Sozialberichterstattung die von Armut betroffenen Menschen stehen. Die Sozialberichterstattung dient dem Zweck, die Lebenslagen dieser Menschen zu untersuchen, Ursachen für Armut zu identifizieren und Möglichkeiten zur Armutsbekämpfung aufzuzeigen. Gerade bei der Erforschung der Lebenslagen, die ein erhöhtes Armutsrisiko für die betroffenen Personengruppen beinhalten, sind aber noch viele Fragen offen, die auch durch den Sozialbericht '98 nicht abschließend beantwortet werden konnten.

Ein wesentlicher Teil des an ZEFIR erteilten Auftrages bestand somit auch

darin, die Lebenslagen bestimmter sozialer Gruppen weiter zu untersuchen, die Ursachenforschung zu vertiefen und der Sozialpolitik eine verbesserte Grundlage für die zielgerichtete Armutsbekämpfung zur Verfügung zu stellen.

2. Die Ergebnisse und Produkte des Projektes „Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung NRW“

Der nunmehr vorliegende Bericht ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Verstetigung der Landessozialberichterstattung. Die mit dem Sozialbericht '98 begründete, lebenslagenübergreifende Armutsberichterstattung wird fortgeschrieben und durch zusätzliche methodische Untersuchungen vertieft. Der Bericht erhebt nicht den Anspruch, sämtliche im Zusammenhang mit der Fortschreibung einer umfassenden Sozialberichterstattung stehenden Fragen zu beantworten, dafür ist diese Aufgabe zu komplex. Es wird auch eine Aufgabe zukünftiger Berichte sein, diese Entwicklung weiter voranzutreiben.

Die hier vorliegende „Printversion“ des Sozialberichtes ist jedoch nur ein Modul der weiterentwickelten Sozialberichterstattung. So wird z.B. dieser Bericht gleichzeitig auch als „Web-Version“ ins Internet eingestellt. Das besondere dabei ist, dass der Text nicht einfach nur zum „Downloaden“ zur Verfügung steht, sondern mit ihm „gearbeitet“ werden kann (vgl. auch Anlage 1 zu diesem Bericht). Sämtliche Tabellen und Grafiken sind dem Text hinterlegt und werden zur Verfügung gestellt. Durch die eingesetzte „Menüführung“ wird der Benutzer bzw. die Benutzerin schnell und sicher zur Information geleitet.

Darüber hinaus werden die in dem Projekt entwickelten „sozialen Indikatoren“ als Datenpool aus Mikrozensus, Sozio-ökonomischem Panel, amtlicher Sozialhilfestati-

stik und anderen Statistiken ebenfalls im Internet verfügbar gemacht, sodass neben den im Sozialbericht enthaltenen Informationen schnell und leicht händelbar weitere Daten abgerufen werden können (vgl. auch Anlage 2 dieses Berichtes). Der Datenpool ermöglicht es dem Nutzer bzw. der Nutzerin, durch eine Auswahl oder Kombination verschiedener Kriterien weitergehende Informationen selbst zu erzeugen. Ziel ist es, eine Vielzahl von Indikatoren aus den unterschiedlichsten Quellen über das Internet abzurufen, grafisch aufzubereiten oder in Form von Karten darzustellen und bei Bedarf auszudrucken.

Bereits seit längerer Zeit fertig gestellt und schon im Internet veröffentlicht ist das „Informationssystem Sozialhilfedaten“. Es enthält eine Datenbank mit ausführlichen Informationen über alle nordrhein-westfälischen Kommunen als örtliche Träger der Sozialhilfe hinsichtlich Struktur und Entwicklung der Sozialhilfebeziehenden. Die Datenbasis, die bereits eine Vielzahl von Einzelinformationen enthält, soll periodisch erweitert und aktualisiert werden. Die Oberfläche ist grafisch orientiert und äußerst benutzerfreundlich (vgl. auch Anlage 3 dieses Berichtes).

3. Ausblick

Das nunmehr entwickelte Berichtsformat mit seinen unterschiedlichen Modulen ist geeignet, eine laufende Aktualisierung und Verstetigung der vorliegenden Daten zu Armut und prekären Lebenslagen vornehmen zu können, alle Akteure und Beteiligten in Politik und Verwaltung, aber auch die Öffentlichkeit schnell und benutzerfreundlich mit entsprechenden Informationen zu versehen und auf Veränderungen sozialer Strukturen und Bedarfe zu reagieren.

Das Berichtsformat ist gleichzeitig aber auch offen für einen stetigen Verände-

Weiterentwicklung Sozialberichterstattung NRW

Modul 1	Modul 2	Modul 3	Modul 4
Print-Version Sozialbericht 2003	Web-Version Sozialbericht 2003	Internet-Datenpool	Internet- Informationssystem Sozialhilfe

rungs- und Anpassungsprozess. So wird z.B. im Hinblick auf den Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung (vgl. Antrag der Regierungskoalition vom 15.3.2001 „Informationsgrundlage für die Sozialpolitik verbessern – Sozialberichterstattung problemorientiert weiterentwick-

eln“, LT-Drs. 13/889) die Berichterstattung zukünftig auf eine Armuts- und **Reichtums**berichterstattung ausgerichtet.

Zukünftig sollen die Berichte zudem in kürzeren Abständen veröffentlicht werden. Die nächste Veröffentlichung ist für Herbst 2004 geplant.

Hinweis

Die vorliegende Print-Version des Sozialberichts enthält im

Teil A

einen Überblick über den Stand und die Möglichkeiten der amtlichen, indikatorengestützten Sozialberichterstattung.

Teil B

eine Anknüpfung an die zielgruppenspezifische Sozialberichterstattung des Sozialberichtes 1998 und Aktualisierung der Ergebnisse dieses Berichts. Untersucht wird hier im einzelnen die Situation kinderreicher Familien in NRW, die Situation der allein erziehenden Mütter und Väter, die Situation von Ausländerinnen und Ausländern sowie die Lebenslage älterer Frauen. Ein Kapitel des Teil B befasst sich zudem erstmalig mit Menschen in prekären Lebenslagen. Hierbei handelt es sich um Menschen, denen auf Grund ihrer in mehrfacher Hinsicht eingeschränkten Lebenssituation eine eigenständige Lebensbewältigung erschwert ist und die deswegen mit einem hohen Armutsrisiko belastet sind.

Literaturverzeichnis, Glossar, Verzeichnisse über Abbildungen, Tabellen, Übersichten und Karten bilden den Schluss des Berichts.

Anhang

als Anlagen 1 bis 3 „Screenshots“ zu den Internetmodulen „Web-Version des Sozialberichts“, „Internet-Datenpool“ und „Informationssystem Sozialhilfedaten“, die einen kurzen Einblick über Inhalte und Anwendungsmöglichkeiten geben. Alle drei Module sind demnächst unter www.mgsff.nrw.de (Menüpunkte Soziales/Soziale Sicherung) abrufbar bzw. anzuklicken.

**Weiterentwicklung der
Sozialberichterstattung in NRW
Aktualisierung des ‚Sozialberichtes NRW‘**

Bearbeitung:

Volker Kersting
Jennifer Neubauer
Andrés Oliva-Hausmann
Annett Schultz
Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier

Unter Mitarbeit von:

Ingo Heidbrink, Ralf Himmelmann, Elisabeth Padgett,
Raimund Pahs, Gisela Prey, Nadine Decker

Projektleitung:

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier

Ruhr-Universität Bochum

Zentrum für Interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR)

Einleitung der wissenschaftlichen Begleitung

Die Abteilung Soziales des ehemaligen Ministeriums¹ für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie (MASQT) hat zu Beginn des Jahres 2000 das Zentrum für Interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität mit der Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung des Landes NRW beauftragt. Nach einer Reihe von umfänglichen wissenschaftlichen Sozialberichten zu Spezialthemen hatte zuvor bereits der Sozialbericht NRW 1998 ein neues Format eingeführt. Als Querschnittbericht gab er erstmals einen Gesamtüberblick über aktuelle soziale Strukturen und soziale Probleme im Lande.

Der Auftrag des damaligen MASQT an ZEFIR beinhaltete die Entwicklung eines Berichtsformats, das einerseits geeignet war eine solche umfassende Sozialberichterstattung des Landes zu verstetigen, andererseits sollte unter Nutzung der Möglichkeiten moderner Internet-Technologie ein Berichtsformat entwickelt werden, das nicht nur eine raschere Aktualisierung möglichst im jährlichen Rhythmus sondern auch eine möglichst anschauliche Visualisierung der Berichtsinhalte erlaubt. Die Arbeiten an diesem Vorhaben wurden in enger Kooperation mit der Fachabteilung des damaligen MASQT und mit der tatkräftigen Unterstützung des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) durchgeführt. Ohne die Unterstützung des LDS wären sowohl die datentechnischen als auch die datenschutzrechtlichen Probleme einer Sozialberichterstattung nicht lösbar gewesen, die in erheblichem Ausmaß auf Neuberechnungen aus den Einzeldatensätzen verschiedener Quellen der amtlichen Statistik basiert.

Die Arbeiten sind inzwischen abgeschlossen. Die „Web-Version“ dieses Sozialberichts wird zeitgleich mit dieser Printversion ins Internet eingestellt (siehe <http://www.mgsff.nrw.de>). Einzelne Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit, so das Informationssystem Sozialhilfedaten (siehe ebenfalls: <http://www.mgsff.nrw.de>) sind bereits im Internet vorgestellt worden. Die aktuelle Version des Sozialberichts enthält neben der Aktualisierung der „alten Daten“ des Sozialberichts 1998, die im wesentlichen aus Tabellen, Grafiken und dazu gehörigen Kommentaren und Definitionen besteht, erstmals auch den Versuch einer Auswertung zum Thema „Menschen in prekären Lebenslagen“.

Der hiermit vorgelegte Text (als „Print-Version“ des Sozialberichts) enthält zum einen die Inhalte der Internet („Web“-)Version des Landessozialberichts. Zum anderen dokumentiert er eingehender und ausführlicher als es das Medium Internet gestattet die inhaltlichen Zwischenschritte und Zwischenergebnisse des Projektes. Die vorliegende Druckversion gibt zudem die Möglichkeit, die Inhalte der einzelnen Abschnitte zu resümieren und zusammenzufassen.

¹ Durch den Organisationserlass des Ministerpräsidenten vom 25.11.2002 gehört die Abteilung Soziales nunmehr zum Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (MGSFF):

Im Teil A wird ein Überblick über den Stand und die Möglichkeiten der amtlichen Sozialberichterstattung unter besonderer Berücksichtigung der Kommunen und der Länder gegeben. In der Tat ist die mit dem Datenpool zum Sozialbericht hier und zuvor schon mit dem Informationssystem „Sozialhilfedaten“ vorgestellte Form einer regional differenzierten Präsentation und Analyse von Sozialdaten auch eine Dienstleistung des Landes für die Kreise und Städte, denen es häufig an den Ressourcen fehlt, eine solche Berichterstattung selbst aufzubauen.²

Die Kapitel in Teil B des Berichts schließen an die zielgruppenspezifische Berichterstattung des Sozialberichts 1998 an und aktualisieren die Ergebnisse des Sozialberichts 1998, soweit dies ohne Neuerhebungen von Daten mit den Daten der amtlichen Statistik möglich ist. Die einzelnen Kapitel folgen in sich alle einem identischen Gliederungsschema. Nach einer einleitenden gesellschaftspolitischen Einordnung des Problems und einer Begriffsbestimmung wird auf die sozialen Hintergründe eingegangen. Daran anschließend wird die chronologische Entwicklung beschrieben, die zu den gegenwärtigen Strukturen geführt hat. Besondere Dimensionen und Problemgruppen werden thematisiert und Aspekte des Lebenslaufs und die (sozial-) räumliche Dimension des Problems erörtert. Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation der Betroffenen bilden den Abschluss. Der Sozialbericht 1998 hatte an dieser Stelle noch zusätzliche Fallstudien eingefügt, auf die hier verzichtet werden muss. In diesem Zusammenhang wird in erster Linie auf die vorliegende wissenschaftliche Literatur Bezug genommen.

Erstmalig in der Sozialberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen wird hier der Versuch unternommen, sich dem Begriff der „Menschen in prekären Lebenslagen“ zu nähern und ihn empirisch aufzuarbeiten und zu vertiefen.

Der Begriff der „prekären Lebenslagen“ wird bislang unterschiedlich verwandt. Um eine empirische Untersuchung zu diesem Thema überhaupt zu ermöglichen, ist jedoch eine feste Definition des Untersuchungsgegenstandes erforderlich. Für diese Untersuchung werden daher „Menschen in prekären Lebenslagen“ als arme oder armutsgefährdete Personen, deren in mehrfacher Hinsicht eingeschränkte Lebenssituation eine eigenständige Lebensbewältigung erschwert, definiert.

Die Auswertungen zeigen, was auf der Grundlage vorhandener Statistiken über bestimmte Probleme bzw. über Zielgruppen der Sozialpolitik ausgesagt werden kann, ohne dass man kosten- und zeitaufwändige Erhebungen von „Primärdaten“, z.B. durch Befragungen, anstellen müsste. Mit diesen Auswertungen wird das Ergebnis einer strategischen Kooperation von universitärer Forschung (die die Programmierarbeiten und die Auswertungen übernommen hat) und Statistischem Landesamt (das die Rechnungen durchgeführt hat) dokumentiert. In dieser Arbeitsteilung können (anonymisierte) Einzelfalldaten der amtlichen Statistik (zu denen in der aktuellen Form aus Datenschutzgründen nur

² Das MSGFF fördert zeitgleich ein Modellprojekt zur kleinräumigen Familienberichterstattung für Kommunen, das planungsrelevante Informationen auf Stadtteilebene umfasst (<http://www.familienberichterstattung.de>).

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik *direkten* Zugang hat) für eine problemorientierte Sozialforschung und Sozialberichterstattung genutzt werden.

Teil A

1 Soziale Indikatoren für die Sozialberichterstattung - Forschungs- und Entwicklungsstand

1.1 Soziale Indikatoren – Begriff und Bedeutung

Soziale Indikatoren sind statistische Messzahlen, mit denen man Aussagen z.B. über die „Sozialstruktur“ bzw. die „soziale Ungleichheit“, die „Bevölkerungsstruktur“ oder über „soziale Probleme“, über ihre regionalen Unterschiede oder ihre Entwicklung in der Zeit machen kann. Ein Indikator verweist stets auf etwas, das wir nicht direkt, sondern nur indirekt, eben über einen oder in der Regel mehrere Indikatoren beobachten bzw. messen können. Der Indikator steht also niemals für sich selbst, die Frage ist immer, welcher "Indizienbeweis" mit ihm geführt werden soll. Indikatoren können der praktischen Politik Handlungsbedarf anzeigen oder sie dienen als Nachweis wirkungsvollen Handelns. Ihre Bedeutung gewinnen Indikatoren erst, indem wir sie interpretieren und uns darauf einigen, was sie bedeuten sollen. *Dabei sind Vereinfachungen unvermeidlich, und nicht immer ist Einigung möglich.*

Ein Indikator für den demographischen Strukturwandel ist z.B. der steigende Bevölkerungsanteil alter Menschen, er wird i.d.R. als Indiz für eine steigende Nachfrage nicht nur nach Leistungen der Rentenversicherung sondern auch nach spezifischen Betreuungsleistungen und sozialen Diensten genommen. Diese einfache Interpretation jedoch, der Schluss vom demographischen Potential auf die tatsächliche Nachfrage nach Leistungen und sozialen Diensten, bedarf jedoch Annahmen (z.B. der Annahme einer zeitstabilen und überall gegebenen Nachfrage von Leistungen durch einen bekannten Anteil der jeweiligen Altersgruppe). Die Nachfrage nach sozialen Diensten ist jedoch nicht unabhängig von den Lebenslagen und den Lebensformen alter Menschen, die z.B. mit ihrem Partner, in der Familie oder allein leben. Diese Lebensformen wiederum unterscheiden sich erheblich zum Beispiel in Stadt und Land. Solche Differenzierungen sind in der Regel nicht Bestandteil der verwendeten Indikatorenkataloge (vgl. z.B. www.loegd.nrw.de).

Gängige Indikatoren für „Armut“ sind Messzahlen sozialer Ungleichheit auf der Grundlage der Einkommensverteilung oder von Kennziffern des Sozialhilfebezugs. Immer aber geht es um Bewertungen dieser Indikatoren, die prinzipiell kontrovers sein können. Im Ergebnis konnten bislang weder die Armutsforschung, noch die amtliche oder die nichtamtliche „Armutserichterstattung“ „auf die Frage, was Armut ist oder wer arm ist, (eine) objektive, wissenschaftlich beweisbare Antwort (geben). Man kann daher nur die in der sozialwissenschaftlichen Literatur, in der Politik oder in der Gesellschaft vertretenen Auffassungen herausarbeiten; anschließend muss man eine Wertentscheidung treffen, um das Berichtobjekt abzugrenzen und entsprechende Informationen zusammenstellen zu können. Alle Ergebnisse hängen von diesem Werturteil ab und sind nur im Hinblick auf dieses Werturteil interpretierbar.“ (Hauser 1997, S. 19). Es ist deshalb aller

Armutsforschung und -berichterstattung zum Trotz nach wie vor möglich, die Existenz von Armut überhaupt zu leugnen.

In den 1980er und 1990er Jahren wurde die fachwissenschaftliche Debatte durch verschiedene Studien: Armutsbericht der Caritas „Arme unter uns“ (Hauser/Hübinger 1993 und 1993a)³, „Armut in Deutschland“ (Deutscher Gewerkschaftsbund und Paritätischer Wohlfahrtsverband 1994, vgl. Hanesch 1994)⁴ und verschiedene wissenschaftliche Projektberichte der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten wissenschaftlichen Studien des SFB 186 an der Universität Bremen und das DFG-Projekt „Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich“ an der Universität Bielefeld⁵, ausdifferenziert.

Ohne weitere Interpretation und vor allem ohne Bewertung bedeuten soziale Indikatoren wenig. Weder erlauben sie ohne weiteres, planerische Konsequenzen zu ziehen, noch begründen sie überhaupt Handlungsbedarf.

1.2 Formen indikatorengestützter Sozialberichterstattung

Indikatorengestützte Sozialberichterstattung für die Sozialpolitik ist ein vergleichsweise neuer Zweig der anwendungsbezogenen empirischen Sozialforschung. Ihre Anfänge liegen in den späten 1960er Jahren, auch wenn es schon lange davor anwendungsbezogene sozialwissenschaftliche Enqueten (etwa die des Vereins für Sozialpolitik) gegeben hat. In einer vergleichenden Bestandsaufnahme der neueren (kommunalen) Armuts- und Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik, gelangt z.B. Cremer (2000) aufgrund einer Vielzahl von ihm ausgewerteter Sozialberichte zu einer Klassifikation, in der er

- "Sozialstrukturberichte",
- "Sozialberichte",
- "Sozialhilfeberichte"
- "Armutsberichte",
- "Zielgruppenberichte",
- "Sozialraumanalysen",

³ vgl. Hauser, Richard/Hübinger, Werner (Hg. Deutscher Caritas-Verband) (1993): Arme unter uns, Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung, Freiburg i.B.; dies. (1993): Arme unter uns, Teil 2: Dokumentation der Erhebungsmethoden und Instrumente der Caritas-Armutsuntersuchung, Freiburg i.B. Als methodisches Konzept wird eine Kombination des Ressourcen- und Lebenslageansatzes angewendet.

⁴ vgl. Hanesch, Walter et al. (Hg.) (1994): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek. Wie in der Studie „Arme unter uns“ wird hier ebenfalls eine Kombination des Ressourcen- und Lebenslagenansatzes verwandt.

⁵ vgl. Andreß, Hans-Jürgen et al. (1996): Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Endbericht des DFG-Projektes „Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich“, Bielefeld. Zu nennen ist hier noch die von dem Bundesverband der AWO in Auftrag gegebene Studie zur Armut von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik. Im Herbst 1998 erschien der erste Zwischenbericht (vgl. Hock/Holz 1998).

- "Sozialraumanalysen",
- "Leistungsberichte"
- sowie
- "sonstige Berichte"

unterscheidet. Diese Klassifikation ist nicht für die lokale Sozialberichterstattung brauchbar. Hauptgesichtspunkt dieser Unterscheidung ist die Zielsetzung der Berichte. Hinsichtlich der Art der verwendeten Daten findet Cremer große Übereinstimmung. Im Zentrum steht die Sozialhilfestatistik. "Die Sozialhilfe kann ... als der Leitindikator (Cremer meint: als wichtigste Datenquelle) der Armuts- und Sozialberichterstattung angesehen werden." (Cremer 2000, S. 209). Hier hat die Sozialberichterstattung des Landes NRW in der Vergangenheit einen deutlich breiteren Ansatz verfolgt, der andere amtliche Datenquellen sowie Datensätze der Umfrageforschung in die Sozialberichterstattung einbezogen hat. Die Analysemöglichkeiten, die die Sozialhilfestatistik (als Datenquelle, aus der Indikatoren gewonnen werden können) neuerdings (seit 1994) bietet, wurden erstmals im Sozialbericht NRW 1998 erprobt (dazu ausführlich Strohmeier und Kersting 2000a, 188ff). Andere Autoren klassifizieren Sozialberichterstattung nach der (räumlich-administrativen) Berichtsebene, der Art der Berichterstattung und den beteiligten Akteuren (z.B. Noll 1998, S. 635).

Tab. 1: Typologie der Sozialberichterstattung nach Noll

• Ebene	• Art	• Akteure
<ul style="list-style-type: none"> • Supranational • National • Regional, • subnational • Lokal, kommunal 	<ul style="list-style-type: none"> • Umfassend, bereichsübergreifend • Speziell ⇒ einzelne Lebensbereiche ⇒ Teilpopulationen ⇒ spezielle soziale Probleme 	<ul style="list-style-type: none"> • Amtlich ⇒ Statistische Ämter ⇒ Ministerien • Nicht-amtlich ⇒ wissenschaftliche Institute ⇒ Verbände

Quelle: Noll 1998: S. 635.

Solche Klassifikationen machen deutlich, dass wir es mit einem extrem uneinheitlichen Arbeitsgebiet zu tun haben, in dem Wissenschaft mit unterschiedlichen Methoden und mit einem durchaus begrenzten Repertoire an Daten mit Analysen erkennbar unterschiedlicher Qualität unterschiedliche praktische Zielsetzungen der beteiligten Akteure in Verwaltung, Politik und Wissenschaft bedient.

Cremer untersucht nur die kommunale Ebene. Beziehen wir die übrigen in Tabelle 1 genannten Ebenen mit ein, so erhalten wir ein völlig amorphes Bild von Sozialberichterstattung. Jede (wissenschaftliche, amtliche, nicht-amtliche) empirische Untersuchung ungleicher Lebensverhältnisse (allgemein oder spezieller sozialer Probleme) der Menschen innerhalb eines nach oben offenen Kontinuums regionaler Einheiten zwischen Stadtteil und Welt fiel danach unter die Kategorie Sozialberichterstattung, die vorbereitenden Untersuchungen für eine Sanierung nach § 137 Baugesetzbuch ebenso wie die Familienberichte der Länder und des Bundes oder die Shell-Jugendstudien.

1.3 Der Nutzen indikatorengestützter Sozialberichterstattung?

Um hier das Feld zu sortieren, bedarf es einer Klärung, was Sozialberichterstattung leisten soll und leisten kann. Erst wenn größere Genauigkeit bezüglich der sozialpolitischen Ziele und praktischen Zweckbestimmungen der Sozialberichterstattung erreicht und wenn geklärt ist, wozu (und wem) Sozialberichterstattung dienen soll, können methodische (wie soll berichtet werden?) und inhaltliche Überlegungen (was soll berichtet werden?) anschließen.

Informationsfunktion

Allgemein ist die Funktion von Sozialberichterstattung die Bereitstellung von Informationen für Politik, Verwaltung und die Öffentlichkeit. Hierbei unterscheiden sich die Funktionen je nach Adressatengruppe: Für die Sozialverwaltung, die politischen Gremien und die freien Träger vor Ort sollen Sozialberichte die „Bewertung der praktizierten (oder alternativer) Strategien“ (Hanesch 1990, S. 69⁶) ermöglichen und „bei der praktischen Arbeit Orientierung und Hilfestellung geben“ (Schmid-Urban et al. 1992, S. 14f.). Für die Fachöffentlichkeit bilden die Sozialberichte eine bedeutende Grundlage zur fachlichen Auseinandersetzung und für deren qualifizierte Weiterentwicklung. Dies wirkt auch auf das kommunale Handlungspotential zurück, indem wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse fundiert und erweitert, dadurch Kooperationen zwischen Wissenschaft und Praxis verbessert und bestehende Hilfen weiterentwickelt werden können (vgl. Hanesch 1990, S. 70). Für die Bürgerinnen und Bürger schließlich machen Sozialberichte die sozialen Entwicklungen und Probleme nachvollziehbar und legen Rechenschaft über das Handeln der gewählten Vertreter. Sie stehen so im Kontext der demokratischen Kontrolle politischen Handelns. Aus sozialpolitischer Sicht ist die Berichterstattung zudem auch ein „Instrument offensiver Öffentlichkeitsarbeit“, um „die in großen Teilen der Öffentlichkeit nach wie vor vorherrschende Verdrängung und Tabuisierung ... zu durchbrechen und die Bereitschaft für solidarische Lösungs- und Bewältigungsformen zu fördern“ (Hanesch 1990, S. 70). Für alle Gruppen gilt darüber hinaus, dass die Informationen „Ansatzpunkte für politische Initiativen bieten“ (Schmid-Urban et al. 1992, S. 15).

Der Nutzen der durch Sozialberichte bereitgestellten Informationen für Politik und Verwaltung liegt speziell in zwei Funktionen:

Planungsfunktion

Sozialberichterstattung dient der Bereitstellung von Informationen für die planende Verwaltung und die Politik (Hanesch 1986, S. 265; Schmid-Urban et al. 1992, S. 14f.). Sozialberichterstattung soll dazu

⁶ Hanesch begründet mit diesen Funktionen zwar die Armutsberichterstattung, dies gilt aber auch in seinem Sinne für Sozialberichterstattung im allgemeineren, da er (1997, S. 33) bei einer Fachtagung der SPD-Bundestagsfraktion die „Einführung einer umfassenden Armuts- und Sozialberichterstattung“ einfordert.

beitragen, Probleme und Handlungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen (Noll 1998, S. 632f.; Schmid-Urban et al. 1992, S. 15). Als Frühwarnsystem ermöglicht sie so, abhängig von den jeweiligen sozialpolitischen Zielen, ein „angemessenes und bedarfsgerechtes Reagieren“ (Noll 1998, S. 632f.).

Evaluationsfunktion

Zugleich kann und soll Sozialberichterstattung darüber informieren, ob die bestehenden und vollzogenen Maßnahmen wirksam sind, und in welchem Maße die politischen Ziele verwirklicht wurden (ebd.). Eine maßnahmen- und wirkungsorientierte Sozialberichterstattung ist somit die Grundlage, um „eine rationale Politik im sozialen Sektor auch unter schwierigen Rahmenbedingungen zu ermöglichen“ (Hanesch 1986, S. 267).

Zur weiteren Klärung der Frage nach den Zielen und dem Nutzen von Sozialberichterstattung einschließlich der Verschiebung der Zielsetzungen in den letzten Jahrzehnten ist es notwendig, kurz auf die *Geschichte* der Sozialberichterstattung und der sozialwissenschaftlichen Indikatorenforschung einzugehen.

1.4 Entwicklung indikatorengestützter Sozialberichterstattung

Sozialberichterstattung ist ein „zentrale[r] Bestandteil des Systems zur Bereitstellung gesellschaftlicher und gesellschaftspolitischer Informationen“ (Noll 1997 S. 7). Ihr Ziel (Zapf 1977, S. 11) ist es, „über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse sowie über die Voraussetzungen und Konsequenzen gesellschaftspolitischer Maßnahmen regelmäßig, systematisch und autonom zu informieren“. Adressaten solcher Informationen sind Regierungen und Verwaltungen sowie die Öffentlichkeit. Sozialberichterstattung „in ihren heutigen, modernen Formen [hat sich] erst seit den sechziger Jahren [des vergangenen Jahrhunderts] entwickelt“ (vgl. Noll 1998, S. 634) und als politisches Informationssystem etabliert⁷.

⁷ Mit ersten amerikanischen Studien zu allgemeinen Problemen urbanen Lebens, den Arbeiten der „Chicago School“ um Robert E. Park und der Forschungsarbeit von Rowntree (1901) in England wurden jedoch schon in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts Grundlagen für eine systematische Sozialberichterstattung erarbeitet. Sie lösten die eher journalistischen Beschreibungen von Lebensbedingungen allmählich ab (vgl. z.B. Robert E. Park; vgl. auch die Arbeiten des Briten Henry Mayhew aus der Mitte des 19. Jahrhunderts „Die Armen von London“). Die Entwicklung der Forschungs- und Methodenstandards war in den USA nach dem zweiten Weltkrieg am weitesten fortgeschritten. Dort wurde die früh eingesetzte Tradition von „social surveys“ ohne Einschnitte weiterentwickelt. An die Standards und Ergebnisse konnte nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland angeknüpft werden. Als frühe wegbereitende Arbeiten im deutschsprachigen Raum sind u.a. die Arbeiten von Marie Jahoda und Paul Lazarsfeld, der nach der Emigration seine Arbeit in den USA fortsetzte, in der „Österreichischen Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle“ und die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert hervorzuheben. Vgl. auch zur Zusammenfassung der Geschichte empirischer Sozialforschung z.B. Schnell et al. 1995, S. 15-46.

Die hohe Zeit der indikatorengestützten Sozialberichterstattung in Deutschland waren die gestaltungsoptimistischen 1970er Jahre. Charakteristisch für die Sozialpolitik in dieser Zeit war ein Orientierungswechsel von der Input- zur Outputorientierung. Nicht mehr die Summe der (finanziellen) Aufwendungen bestimmte den Nutzen von Politik, sondern ihre Wirkungen bei den Adressaten (Kaufmann, 1977; Kaufmann et al., 1980). Eine Sozialpolitik, die sich als aktive Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse verstand, bedurfte zur Ermittlung des "Gestaltungsbedarfs" und zur Messung der "Wirkungen" ihres Handelns sozialer Indikatoren. Die Ziele der Politik in jenen Tagen seien hier nur stichwortartig bezeichnet, es ging um nicht weniger als um "mehr Demokratie" und um "mehr Lebensqualität" (darin eingeschlossen auch der Ausgleich sozialer Chancen).

In dieser Zeit entstand eine Anzahl regierungsamtlicher Berichtssysteme (z. B. die Familienberichte der Bundesregierung) und wissenschaftlicher Datenbanken (z.B. im Frankfurt/Mannheimer) SPES Projekt, unter Einschluss freilich auch einer wachsenden Zahl von "Datenfriedhöfen", also wachsender und tendenziell ausufernder Bestände uninterpretierter Daten, deren Handhabung spezialisierte Fachkenntnisse und hohen zeitlichen Aufwand verlangt.

Tabelle 1 beschreibt, wie schon gesagt, eine kaum zu übersehende Vielfalt an Berichtsformen und Berichtsinhalten. Auf der inter- und supranationalen Ebene sind insbesondere die Berichte der OECD, der UNO, der WHO und der EU (z.B. von EUROSTAT) zu nennen. Sie beziehen sich zwar inhaltlich auf unterschiedlich spezifizierte Themenbereiche, sind aber aufgrund ihrer international vergleichenden Perspektive zumeist als „umfassend und bereichsübergreifend“ anzusehen. Im Gegensatz zur nationalen Ebene gibt es auf der internationalen Ebene kaum nicht-amtliche Berichte⁸. Die Unterscheidung in amtliche oder nicht-amtliche Akteure, ist insofern bedeutsam, als „damit u.a. Konsequenzen für die Art und Form sowie die Verbindlichkeit und Unabhängigkeit der Berichterstattung verbunden sind“ (Noll 1998, S. 635).

Auf der nationalen Ebene in der Bundesrepublik werden zwar (z.T. recht unregelmäßig) amtliche Berichte zu speziellen Lebensbereichen oder Bevölkerungsgruppen veröffentlicht, wie z.B. Berufsbildungsberichte, Familienberichte, Alten- oder Jugendberichte, seit 1999 gibt es im Auftrag der Bundesregierung eine umfassende Armuts- und Reichtumsberichterstattung.

Mit der Verknappung der öffentlichen Mittel ist ein Wandel der Informationsinfrastruktur eingetreten: Beruhten Berichte in den siebziger Jahren noch auf einem durch wirtschaftliches Wachstum begründeten „Wohlfahrtsoptimismus“ bei relativer Marginalität von Armut (Noll 1998, S. 639), so haben sich im Zuge der niedrigeren Wachstumsraten, der zunehmenden und anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der Knappheit öffentlicher Mittel auch die Informationsbedarfe der Politik weg von

⁸ Abgesehen von Berichten von amnesty international, den internationalen Hilfsorganisationen wie dem Médecins Sans Frontières, Roten Kreuz u.a.

der Ermittlung politischer Gestaltungsmöglichkeiten hin zur Effizienzbeurteilung praktizierter Politik und zu einer an Sparzwängen orientierten Prioritätenermittlung verlagert.

Hinzu kommt eine Tendenz zunehmend thematisch spezialisierter Sozialberichterstattung, mit der einzelne Problem- und Lebensbereiche bzw. einzelne Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen werden⁹. Auf diese Weise hat sich seit Mitte der 1980er Jahre die *Armutsberichterstattung* als ein spezifischer Teilbereich der Sozialberichterstattung etabliert.

1.5 Armutforschung und Armutsberichterstattung

Armutforschung und Armutsberichterstattung sind in Deutschland in weiten Teilen identisch. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Armut (sichtbar an der Zunahme der Zahl von Empfängerinnen und Empfängern von Sozialhilfe und den steigenden Ausgaben der kommunalen Sozial-Haushalte) hat seit 1985 eine „Publikationswelle“ (Hanesch 1986, S. 264) von (vor allem kommunalen) Armutsberichten eingesetzt¹⁰.

In der Bundesrepublik ist die Armutforschung „ein vergleichsweise junger Zweig der empirisch orientierten Sozialforschung“ (Hanesch 1997a, S. 164). Dementsprechend nimmt in den fachwissenschaftlichen Debatten ein intensiver Diskurs über Armutsbegriffe und angemessene Untersuchungskonzepte breiten Raum ein. In der soziologischen Armutstheorie wird zentral zwischen den ressourcen- und den lebenslageorientierten Armutskonzepten unterschieden¹¹. Wenn Armut im Mangel an Ressourcen besteht, so variiert unter den Ressourcenansätzen dabei das, was als „Ressource(n)“ angesehen wird. Die meisten Autoren betrachten Einkommensarmut (vgl. Hauser 1997, S. 20ff.; Hanesch u.a. 1994, S. 129). Unumstritten ist, dass Einkommensarmut eine zentrale Dimension von Armut ist. Die Verfügung über Einkommen ist in Marktgesellschaften entscheidend für die Realisierung von Lebenschancen (vgl. Hanesch u.a. 1994, S. 23ff.). Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, wie die monetären Ressourcen tatsächlich verwendet werden (Hübinger 1996, S. 61f.).

⁹ Diese Neigung wird sowohl von den jeweiligen administrativen Stellen als auch von nicht-amtlichen Organisationen mit getragen. Die amtliche Berichterstattung gliedert sich nach den ministeriellen Zuständigkeiten - wie oben durch die aufgeführten Beispiele schon deutlich wurde. Zur institutionalisierten nicht-amtlichen Berichterstattung gehören z.B. die Shell-Jugendstudien.

¹⁰ „Dieses Bild einer westdeutschen Wohlstandsgesellschaft, in der Armut kaum existierte, wird noch deutlicher, wenn man sich bewusst wird, dass es faktisch keine (soziologische) Armutforschung gab. Dieses gilt auch für den anderen Teil Deutschlands, denn unter dem Vorzeichen des real-existierenden Sozialismus war Armut ein Tabu“ (Leibfried/Voges 1992, S. 16).

¹¹ Zu den Entwicklungsstufen von Armutskonzepten vgl. Dietz 1997, S. 110f.

Einige Abgrenzungen beziehen Merkmale wie u.a. Ausbildung, Gesundheit, Haushaltszusammensetzung, Verfügbarkeit über soziale Infrastruktur ausdrücklich mit ein und gehen damit weit über mangelndes Einkommen als Armutsindikator hinaus¹².

Lebenslageorientierte Armutskonzepte sind dagegen weitaus komplexer. Der Begriff der Lebenslage¹³ enthält sowohl objektive und materielle als auch subjektive und immaterielle Dimensionen. Der Begriff zeichnet sich durch uneinheitliche Verwendung und Mehrdeutigkeit¹⁴ aus. Verschiedene Autoren versuchen jedoch, die konkreten Lebensbedingungen in unterschiedlichen Lebensbereichen und deren subjektive Wahrnehmung und Einschätzung zu erfassen. Häufig wird zwischen den Lebensbereichen Einkommen, Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und Versorgung mit sozialer und gesundheitlicher Infrastruktur unterschieden und das jeweilige Ausmaß von Unterversorgung bzw. die Kumulation von Unterversorgung¹⁵ insgesamt bestimmt.

Die hohen Ansprüche in theoretischer und methodischer Hinsicht führen zu erheblichen Problemen der empirischen Operationalisierung (vgl. Glatzer/Neumann 1993, S. 37). Der Lebenslagebegriff ist aber vor allem als „Leitidee“ der Armutsforschung allgemein anerkannt. Tragend für eine indikatorengestützte Sozial- und Armutserichterstattung ist er jedoch nicht.

Ein zentraler Ansatz, das Potential und die Entwicklung von Armut differenziert zu bestimmen, ist die Analyse des Sozialhilfebezugs (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt). Die Sozialhilfestatistik ist heute, wie oben bereits gesagt, die Hauptdatenquelle der amtlichen Armut- und Sozialberichterstattung. Sozialhilfebezug kann „heute als quasi-offizielle Armutsgrenze in der Bundesrepublik angesehen werden“ (Hauser/Neumann 1992, S. 245). Als Armutsschwelle hat die Sozialhilfe eine erhebliche gesellschaftliche Bedeutung.

¹² Einen guten Überblick über die indirekten Armutdefinitionen und dem dieser Gruppe zuzuordnenden Ressourcenansatz bietet Andreß 1996, S. 10ff. („Indirekt“ bedeutet in diesem Zusammenhang, daß Armut über den „Zugang der Individuen zu verschiedenen Ressourcen“ (Andreß 1996, S. 9) und nicht über die Resultate, d.h. „den Lebensstandard, über den die Person tatsächlich verfügt“ („direkte“ Armutdefinition; ebd., S. 10), definiert wird.)

¹³ vgl. z.B. Weisser, Gerhard (1954): Wirtschaft, in: Ziegenfuss, Werner (Hg.) (1954): Handbuch der Soziologie, Stuttgart, S. 987.

¹⁴ „... bis heute [hat] sich kein einheitlicher, unumstrittener Lebenslageansatz in der sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Fachdiskussion herausgebildet ..., [so]daß vielmehr eine ganze Reihe von sehr verschiedenen und in unterschiedlichen Graden operationalisierten Lebenslagekonzepten nebeneinander existiert“ (Hanesch 1997a, S. 165).

¹⁵ Unterversorgung in mehreren Bereichen wird häufig als „Deprivation“ bezeichnet (vgl. Hanesch u.a. 1994, S. 25).

Eine erhebliche methodische Schwierigkeit bei der Untersuchung von Armut anhand der Sozialhilfestatistik liegt in der hohen Dunkelziffer¹⁶. Der Indikator Sozialhilfebezug vernachlässigt die hohe Zahl der nach dem BSHG potentiell Hilfeberechtigten, die aus unterschiedlichsten Gründen keinen Antrag stellen (Hartmann 1981, S. 260; Hanesch 1990, S. 64). Geschätzt wird, dass die Zahl der in sog. „verdeckter Armut“ Lebenden noch einmal so hoch ist wie diejenigen, die ihren Rechtsanspruch geltend machen: Ungefähr jeder zweite Anspruchsberechtigte stellt keinen Antrag und wird so nicht in der Sozialhilfestatistik ausgewiesen (Hartmann 1981; Lompe 1987). Die hohe Dunkelziffer wird noch dadurch erhöht, dass in die Statistik auch Obdachlose und Nichtsesshafte nicht eingehen¹⁷. Durch die zum 01.01.2003 eingeführte bedarfsorientierte Grundsicherung soll diese „verschämte“ Armut jedoch bekämpft werden. Erste Zahlen der amtlichen Grundsicherungsstatistik bleiben abzuwarten.

Auch dass die Sozialhilfestatistik frühestens sechs Monate nach Ablauf des Berichtsjahres vorliegt, wird insbesondere aus Sicht der Planung und Steuerung kritisiert, deren Qualität an möglichst zeitnahen, d.h. aktuellen Informationen gebunden ist. Trotz dieser Probleme ist die Sozialhilfestatistik von „einer Vielzahl von amtlichen und wissenschaftlichen Datenquellen ... bisher trotz ihrer Mängel eine der wichtigsten Informationsquellen für alle, die Interesse an der Beobachtung und Erklärung sozialer Probleme haben: Betroffene, Praktiker aus Sozialverwaltungen und -verbänden, Sozialplaner, Sozialwissenschaftler und vor allem Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker.... sie (ist) die einzige Erhebung, die kontinuierlich und flächendeckend organisiert Auskunft über die Entwicklung der Sozialhilfe gibt“ (Hoffmann et al. 1994, S.117)¹⁸.

Unstrittig ist der informatorische, wenn nicht aufklärerische Wert von Armutsberichterstattung. Zu bedenken ist aber, dass ihr Gegenstand „Armut“ immer eine Sache normativer Definition ist. Das hat Auswirkungen auf die politische Umsetzung der Ergebnisse, denn sie erfordert stets eine Einigung der Akteure auf eine gemeinsame Bewertung vorliegender empirischer Befunde. Die rasche Entwicklung der Armutsforschung und die bisherige Konzentration der Sozialberichterstattung auf Armutsfragen „... darf keineswegs darüber hinweg täuschen, dass mit dem Identifizieren von Armut die Ansatzpunkte für positive Veränderungen und Konzepte im Bereich der Sozialpolitik keineswegs automatisch bestimmt sind“ (Karsten et al. 1990, S. 12). Armut ist ein Ausmaß sozialer Ungleichheit, das bei wertender Betrachtung als ungerecht und nicht akzeptabel empfunden wird.

¹⁶ Das Problem der Untererfassung „armutsrelevanter“ Gruppen weisen jedoch auch andere Datenquellen auf, die in der Sozial- und Armutsforschung verwandt werden. Zur kritischen Diskussion u.a. des SOEP und des Mikrozensus vgl. NRW Sozialbericht 1998

¹⁷ Kortmann (1986, S. 258) nimmt jedoch an, dass insbesondere die „verschämte Armut“ abnimmt und so die Dunkelziffer (langfristig) sinkt.

¹⁸ Auch die anderen zur Verfügung stehenden Daten der amtlichen Statistik und anderer Quellen (insbes. das SOEP) wurden einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen. Die Reform der Sozialhilfestatistik von 1994 ist u.a. eine Konsequenz dieser Diskussionen.

Gegenstand indikatorengestützter Sozialberichterstattung sind Indikatoren *sozialer Ungleichheit*. Soziale Ungleichheit als *soziale Benachteiligung und Armut* zu bezeichnen, ist eine Frage der Bewertung der Indikatoren nicht der Indikatoren selbst (Hoppensack 1989, Karsten et al. 1990, S. 13).

1.6 Armuts- und Sozialberichterstattung im Land Nordrhein-Westfalen

Sozialberichterstattung der Länder

In den späten 90er Jahren wurden von mehreren Bundesländern Sozial- bzw. Armutsberichte erarbeitet und herausgegeben. Der Prozess war mitunter von erheblichen Konflikten begleitet (Bayern). Die Berichte unterscheiden sich thematisch, inhaltlich und methodisch erheblich. Meist wird jedoch das Konzept der Lebenslage als Leitidee - zumindest dem Namen nach- reklamiert, ohne dass eine konsequente Umsetzung in entsprechende Indikatoren erfolgt. Anzumerken ist ferner, dass die Aktualität der Berichte in der Regel zu wünschen übrig lässt. Konkrete Ansätze zu einer systematischen Verstetigung oder einer - wie auch immer gearteten EDV-gestützten - Fortschreibung werden in den Berichten mit Ausnahme von NRW nicht weiter bedacht oder wenigstens nicht konsequent verfolgt.

Neben den Veröffentlichungen für Nordrhein-Westfalen liegen Sozial- bzw. Armutsberichte u.a. für folgende Bundesländer vor (Literaturnachweis s.u.):

- Bayern
- Brandenburg
- Hamburg
- Niedersachsen
- Rheinland-Pfalz
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen
- Mecklenburg-Vorpommern.

Armuts- und Sozialberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Land Nordrhein-Westfalen gibt es keine Landesarmutsberichterstattung im oben beschriebenen engen Sinne. Was dagegen vorliegt, ist eine "ältere" Reihe von „Landessozialberichten“ mit Zielgruppenorientierung, von denen weiter unten noch die Rede sein wird, und der NRW Sozialbericht 1998 als Auftakt zu einem neuen stärker indikatorengestützten Berichtswesen. Gleichzeitig und quasi "nebenan" gibt es ein im Verlauf der 1990er Jahre entwickeltes, und von einem spezialisierten Landesinstitut mit Fachpersonal regelmäßig aktualisiertes und gepflegtes on line-Indikatorensystem der Gesundheitsberichterstattung, ergänzt durch periodische Expertenberichte, das, wenngleich es zeitweise in einem anderen Fachministerium als die Sozialberichterstattung ressortiert hat, für die Zwecke einer aktuellen, zudem regional differenzierten Sozialberichterstattung viel zu bieten hat (vgl.

Cremer 2000), und das lange Zeit die technischen Standards eines zu entwickelnden Systems sozialer Indikatoren gesetzt hat.

Soziale Indikatoren und Armutsindikatoren in der Gesundheitsberichterstattung des Landes NRW

Mit der Pflege der Gesundheitsindikatoren (und mit der kontinuierlichen Berichterstattung) ist das Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst in Bielefeld (LÖGD) beauftragt. Die Gesundheitsindikatoren dienen der Problembeschreibung und der Erfolgskontrolle im Hinblick auf die Erreichung der von der Landesregierung propagierten „zehn Gesundheitsziele“. Es handelt sich um einen Tätigkeitsbericht und eine Beschreibung des Aufgabenfeldes des Gesundheitswesens.

Im Themenfeld 2, „Bevölkerung und bevölkerungsspezifische Rahmenbedingungen des Gesundheitswesens“, enthält die Gesundheitsberichterstattung des Landes einige Armutsindikatoren, wie die Sozialhilfedichte, die Wohngeldinanspruchnahme, Arbeitslosenquoten oder mittlere verfügbare Nettoeinkommen, ausgewiesen jeweils für die 54 Kreise und kreisfreien Städte des Landes. Im Themenfeld 3 finden sich Gesundheitsindikatoren im engeren Sinne, deren Nutzen für die Sozialberichterstattung bislang nicht systematisch untersucht worden ist. Im Vergleich der Kreise und kreisfreien Städte in NRW lassen sich z.B. hochsignifikante Korrelationen der Lebenserwartung oder bestimmter Morbiditätskennziffern mit traditionellen Armutsindikatoren, wie der Sozialhilfedichte oder der Arbeitslosenquote aufzeigen.

Die „verfügbaren Gesundheitsindikatoren für Nordrhein-Westfalen“ (lögd, 1999) umfassen insgesamt ca. 1000 Indikatorentabellen. Auf den ersten Blick erschiene es als ein durchaus gangbarer Weg, die Indikatoren der Gesundheitsberichterstattung um eine Anzahl valider und relevanter Armuts- bzw. Lebenslageindikatoren zu ergänzen, um so ein mächtiges für die Zwecke einer umfassenden Sozialberichterstattung geeignetes Indikatorensystem zu erhalten.

Dagegen stehen jedoch durchaus gravierende Hindernisse: Die Gesundheitsindikatoren sind Elemente eines zwischen den Bundesländern abgestimmten nationalen Berichtssystems, entsprechend müsste jede Erweiterung um soziale Indikatoren bundesweit abgestimmt werden. Im Land NRW waren zudem bis zum Jahr 2002 unterschiedliche Ministerien zuständig. Die Zuständigkeiten für Sozial- und Gesundheitsberichterstattung sind im neuen MGSFF vereinigt. Die Jugendberichterstattung dagegen ist seit 2002 im Bildungsministerium verankert.

Die Chance, ein integriertes Sozial- und Gesundheitsberichtssystem zu erhalten, ist durch die Zusammenführung der Zuständigkeiten größer geworden.

Exkurs: Technische Systeme

Mittlerweile hat sich bundesweit eine Reihe von ‚technischen Informations-Systemen‘ und -Medien mit überwiegend oder zumindest teilweise sozialpolitischen Inhalten etabliert. Die Systeme unterscheiden sich im Hinblick auf die Nutzerorientierung, die Ziele, Inhalte und Indikatoren, die Art der genutzten Quellen, den Regionalisierungsgrad, die Aktualität und die technische Plattform erheblich. Meist handelt es sich um Systeme, die entweder auf sehr spezielle Informationsinteressen ausgerichtet sind (Bundesgesundheitsberichterstattung; Indikatorensystem des LÖGD; Informationsstelle Jugendhilfe; Internetangebot der Bundesanstalt für Arbeit; 'Lokales Informationssystem Arbeitsmarkt' des KVR) oder sehr unspezifisch sind (Internetangebot des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) und des Statistischen Bundesamtes; INKAR der BBR).

Zum Teil lassen sich die Informationen über das Internet abrufen. Erwähnenswert sind u.a.

- Indikatorensystem des Landesinstitutes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (LÖGD)
- Bundesgesundheitsberichterstattung (GBE)
- Internetangebot des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS)
- Internetangebot des Statistischen Bundesamtes
- Regionaldatenbank des Deutschen Jugendinstitutes (DJI)
- Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik
- Internetangebot der Bundesanstalt für Arbeit und des Landesarbeitsamtes NRW
- LISA – 'Lokales Informationssystem Arbeitsmarkt' des Kommunalverbandes Ruhrgebiet.

Hinzu kommen einige mittlerweile als PDF-Files verbreitete Berichte, die als CD-Rom oder ebenfalls über das Internet verfügbar sind (Datenreport; Familienbericht Baden-Württemberg).

Die Landessozialberichte

Mit Beschluss vom 3.6.1992 hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Einführung von „Landessozialberichten“ beschlossen. Die Landessozialberichte sind wissenschaftliche Untersuchungen über die soziale Situation besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die, so der Landtagsbeschluss, „ein differenziertes Bild der sozialen Lage der Bevölkerung im größten Bundesland“ geben sollen. Besonders in den Blick genommen werden „jene Bevölkerungsgruppen, deren Lebensbedingungen und Lebenslagen in besonderer Weise als problem- und risikobeladen angesehen werden müssen, bei denen also in besonderem Maß sozialstaatliche Handlungsbedarfe vorliegen“ (zit. nach Bäcker und Hanesch 1998).

Die Landessozialberichte basieren auf Forschungsaufträgen, die von der Landesregierung an ausgewiesene Experten erteilt wurden. Die Ergebnisse wurden in einer eigenen Reihe vom zuständigen Ministerium (früher MAGS, dann MASSKS, MASQT) in loser Folge veröffentlicht.

Die nachfolgende Übersicht enthält die Titel der bis 2000 veröffentlichten Berichte

Titel der bisher erschienenen Landessozialberichte in NRW

- Armut im Alter
- Wohnungsnot und Obdachlosigkeit
- Alleinerziehende - Lebenslagen und Lebensformen
- Verschuldung, Überschuldung und Schuldnerberatung
- Soziale Situation kinderreicher Familien
- Ausländerinnen und Ausländer in NRW
- Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalt mit Niedrigeinkommen
- Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und ihre Familien

Es ist die Aufgabe der Landessozialberichte, politische Handlungsbedarfe anzuzeigen, und sie werden dieser Aufgabe genauso gut gerecht, wie wissenschaftliche Forschung dies tun kann. Angesichts des langen Vorlaufs, den wissenschaftliche Expertisen nun einmal brauchen, handelte es sich bei den vorliegenden Publikationen nicht um ein sozialpolitisches Frühwarnsystem.

Die nachfolgende Übersicht fasst zusammen, welche empirischen Informationen die bisher erschienenen Bände der Landessozialberichte verwendet haben:

Informationsgrundlagen der bisher erschienen Landessozialberichte

1. Auswertungen wissenschaftlicher Literatur
2. Veröffentlichte amtliche Statistik
3. Sonderauswertungen der amtlichen Statistik
4. Sozio-oekonomisches Panel(SOEP)
5. Surveys.

Allen verwendeten Datengrundlagen gemeinsam sind die Probleme der Aktualisierung und Fortschreibung sowie der fehlenden bzw. unzureichenden regionalen Differenzierung der empirischen Indikatoren. Sofern Daten der amtlichen Statistik verwendet werden, sind die Analysemöglichkeiten aufgrund der starren Tabellierungsroutinen der statistischen Ämter begrenzt. Sofern Surveydaten verwendet worden sind, sind zwar tiefenschärfere Analysen möglich, es stellt sich aber auch hier das Problem der schlechten Aktualisierbarkeit und der unzureichenden regionalen Differenzierung. Will man regional differenzierte Analysen bestimmter Bevölkerungsgruppen mit dem SOEP durchführen, so gehen einem sehr schnell die Fälle aus.

Der Sozialbericht NRW 1998

Im Koalitionsvertrag zwischen der SPD und Bündnis90/Grüne von 1995 war vereinbart worden, dass die Landesregierung dem Landtag bis Ende 1998 einen Armutsbericht vorlegt, der in besonderer Weise die Lebenslage von Frauen in NRW berücksichtigen und Möglichkeiten einer Aktualisierung und Verstetigung vorsehen sollte:

„Die Landessozialberichterstattung wird durch eine umfassende und differenzierte Armutsberichterstattung weiterentwickelt, die regelmäßig fortgeschrieben werden soll. Ziel ist, die Lebenssituation der von Armut betroffenen Menschen, Möglichkeiten und Grenzen traditioneller sozialer Sicherungs- und Hilfesysteme sowie die Frage nach Ursachen und Lösungsperspektiven in das Licht der politischen und öffentlichen Diskussion zu rücken. Dabei soll durchgängig nach Geschlechtern differenziert werden. Die Berichterstattung erfolgt durch unabhängige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Ein Erstbericht soll 1998 öffentlich vorgestellt werden.“

Auch hier handelt es sich also, wie bei den Landessozialberichten, um einen Expertenauftrag. Der Auftrag für die in diesem Zusammenhang durchzuführenden sozialstatistischen Analysen von Individualdaten erging an ZEFIR. Das Ergebnis ist in einer integrierten Fassung des Projektkoordinators vom damaligen MASSKS und in einer Langfassung der sozialstatistischen Analysen (die von uns verantwortet wird) veröffentlicht worden.

Datenbasis des sozialstatistischen Teils des NRW-Sozialberichts 1998 sind die folgenden Informationen:

1. Individualdaten der Sozialhilfestatistik
2. Individualdaten des Mikrozensus
3. Sozio-oekonomisches Panel (NRW-Teilsample)

Der Bericht enthält ferner „updates“ verschiedener Tabellen der älteren Landessozialberichte, die von uns im wesentlichen aus diesen Daten berechnet worden sind, er wird angereichert um Fallstudien.

Unter „Armutsforschern“ ist gelegentlich der Vorschlag zu hören, ein eigenes NRW-Panel (in der Art und im Umfang des SOEP) könne das Problem des Mangels an aktuellen, regional hinreichend differenzierten Daten in angemessener Merkmalstiefe zur Bestimmung des „Armutspotentials“ in NRW lösen. Den Nutzen eines solchen NRW Panels für die Wissenschaft sehen wir durchaus. Die Erhebung von Primärdaten im Rahmen sozialwissenschaftlicher Surveys halten wir aber unter Effizienzgesichtspunkten jedoch solange für die allenfalls zweitbeste Lösung, wie nicht die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Individualdaten der amtlichen Statistik für eine repräsentative und regional differenzierte Sozial- und Armutsberichterstattung geklärt ist. Die Individualdaten der amtlichen Statistik sind bislang in der Sozialforschung wie in der Sozialberichterstattung eine notorisch untergenutzte Quelle.

Der Vorteil der *Mikrodatenauswertungen* liegt unter anderem in den sehr weitreichenden Analysemöglichkeiten. Durch beliebige Kombinierbarkeit der Merkmale sowie durch die stärkere Differenzierung der Merkmalsausprägungen (z.B. Altersjahre statt Altersklassen) sind Mikrodaten für die Sozialberichterstattung und Sozialplanung besonders ertragreich. Da derartige Daten, so z.B. die der Sozialhilfestatistik, auch auf der Ebene der Kommunen vorliegen, eignen sie sich auch hervorragend zur Generierung von Steuerungsinformationen für die kommunalen Sozial- und Gesundheitsverwaltungen. Insofern mag es verwundern, dass die Mikrodaten der Sozialhilfestatistik

bislang weder in der kommunalen noch in der überregionalen Sozialberichterstattung größere Beachtung gefunden haben. Einschränkend muss jedoch gesagt werden, dass die Datenqualität bei etlichen Kommunen noch verbesserungswürdig ist und dass insofern Maßnahmen zur Qualitätssicherung erforderlich sind. Im Bereich der Sozialhilfestatistik hat sich, ausgelöst durch die Arbeiten am Landessozialbericht, ein „Qualitätszirkel Sozialhilfestatistik“ gebildet, dem außer der Fachabteilung Soziales des zuständigen Ministeriums, dem LDS und ZEFIR zahlreiche Kommunen angehören. Ziel ist die Verbesserung der Datenqualität auf der Erhebungsseite .

Die im Landessozialbericht dargestellte „aktive, steuernde und moderierende Rolle“ der Landesebene (MASSKS 1999a: 139) und die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Landessozialberichterstattung implizieren, dass das Land eine Dienstleistungsfunktion für die Kommunen übernimmt, die mit der Erstellung entsprechend aufwendiger Informationssysteme größtenteils überfordert sein dürften (ohne dass die Gründe dafür hier näher ausgeführt werden müssen).

Sozialberichterstattung der Kommunen

Die Kommunen haben eine wichtige Rolle als Wegbereiter und Vordenker in der Armuts- und Sozialberichterstattung gespielt, auch wenn dies in der akademischen Sozialforschung und Sozialberichterstattung kaum wahrgenommen worden ist. Seit Mitte der 1980er Jahre haben zahlreiche Kommunen Armutsberichte erstellt und veröffentlicht (vgl. Hanesch 1990, S. 59; Hanesch 1986, S. 264). Wir finden daher auf der örtlichen Ebene ein sehr differenziertes und vielfältiges Sozialberichtswesen. Gleichzeitig finden wir hier eine erhebliche Varianz der Qualitätsstandards (dazu Cremer, 2000). Die Kommunen haben maßgeblichen Anteil daran, dass Armut und soziale Ungleichheit in Deutschland zum Gegenstand der Sozialberichterstattung geworden sind und dass diese Themen später zunächst von einigen Bundesländern und zuletzt von der Bundesregierung für die eigene Berichterstattung aufgegriffen wurden (vgl. Bartelheimer 2000, S.1). Den auf kommunaler Ebene entwickelten Aktivitäten sollte daher bei der Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Kommunale Sozialstatistik und -berichterstattung ist im Gegensatz zur Statistikführung und Berichterstattung der Länder und des Bundes nicht gesetzlich vorgeschrieben. Die Kommunen sind zwar verpflichtet, Daten an die Statistischen Landesämter zu liefern, sie sind jedoch nicht dazu verpflichtet, darüber hinausgehende Statistiken zu führen und/oder regelmäßig über spezifische kommunale oder regionale Entwicklungen zu berichten. Nach allgemeiner Verfassungs- und Rechtsauffassung folgt die Planungskompetenz aus der Sachkompetenz: „Alle Verwaltungsinstanzen sind ohne besondere gesetzliche Ermächtigung im Rahmen ihrer Aufgaben zu entsprechender Planung aufgerufen und befugt“ (Lölhöfel 1985, S. 55). So folgt die kommunale Sozialberichterstattung zwar nicht direkt aus Gesetzen. Eine Reihe von einschlägigen Gesetzen fordert jedoch zu einer umfassenden Sozialplanung auf, die von einer empirischen Erfassung der Lebensbereiche abhängig ist, in denen mittels Maßnahmen, Projekten etc.

geplant und dann gehandelt werden soll¹⁹. Die seit den achtziger Jahren verbreitetere Berichterstattung der Kommunen über das örtliche Ausmaß und Entwicklungen von Armut hat bisher (noch) nicht dazu geführt, die Sozialberichterstattung insgesamt organisatorisch, thematisch und methodisch zu erweitern und zu vertiefen. So sind in den letzten Jahren nur in wenigen Kommunen Sozialberichte im Sinne eines kontinuierlichen und aufeinander bezogenen Berichtswesens institutionalisiert worden²⁰.

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) führt seit 1995 eine Übersicht über Armuts- und Sozialberichte, die aber bei weitem nicht vollständig ist (vgl. ISS 1998)²¹. Nicht nur die Anzahl, sondern auch der Umfang, die Form und Methodik kommunaler Berichte sind bisher nicht oder nur unzureichend erfasst. Schon die ZEFIR vorliegenden Berichte weisen im Vergleich untereinander große Unterschiede u.a. im Untersuchungsdesign, in der Fragestellung, Bearbeitung und der einbezogenen Daten auf²² (vgl. auch Hauser 1997, S. 33).

Methodische und datentechnische Probleme kommunaler Sozialberichterstattung

Die allgemeine Funktion von Sozialberichterstattung haben wir oben als „Bereitstellung von Informationen“ angesprochen (vgl. oben). Solche Informationen werden besonders auf der lokalen Ebene, da wo die Probleme sich stellen und wo sie bearbeitet werden, benötigt. Zugleich aber haben die Kommunen es mit erheblichen Problemen in Bezug auf die praktischen Möglichkeiten von Sozialberichterstattung und deren Umsetzung zu tun. Das zentrale Problem von Kommunen besteht darin, dass sie zwar im Verwaltungsvollzug Daten für die Landes- und Bundesebene produzieren bzw. nach oben berichten, dass sie aber auf der anderen Seite kaum über die technischen und personellen Möglichkeiten, noch über das fachliche know how der Aufbereitung und Auswertung der Daten verfügen.

Vorrangig beruhen kommunale Sozial- und/oder Armutsberichte auf der Auswertung amtlicher Daten und Statistiken (vgl. z.B. Klatt 1990, S. 55; Schmid-Urban et al. 1992, S. 16). Neben der Volkszählung

¹⁹ Dazu gehört neben den umfassenden Beschreibungen sozialer Entwicklungen (im weiten Sinne) nach Zielgruppen, die anhand relevante Merkmale wie Alter, Nationalität, Geschlecht etc. unterschieden werden, auch z.B. die Bestandsaufnahme der Einrichtungen sozialer Infrastruktur nach Lage, Kapazität etc.

²⁰ Zu den wenigen Fällen zählen z.B. die Städte Essen und München.

²¹ Diese Übersicht beruht auf Literaturlauswertungen, und z.T. werden dem ISS die Berichte unaufgefordert zugesandt.

²² Dabei ist der Aufwand zur Beschaffung dieser Berichte recht groß. Es gibt keine zentrale Informationsquelle, die regelmäßig und zuverlässig die kommunale Berichterstattung dokumentiert (Der Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ist da noch die wichtigste Quelle). So erfährt auch der aufmerksame Beobachter erst spät oder zufällig von einer neuen Veröffentlichung. Eine solche erhält man aber meist erst nach einem Telefonmarathon durch die kommunale Verwaltung. Da die Variationen kommunaler Sozialberichterstattung sowohl von den betreffenden wissenschaftlichen Disziplinen als auch von den kommunalen Instituten (z.B. DIFU, KGSt) oder Spitzenverbänden bisher nicht untersucht wurden, ist es nicht möglich, hier einen systematischen Überblick zu präsentieren.

und dem Mikrozensus zählen zu den Grunddaten die Bevölkerungs-, Sozialhilfe-²³ und der Arbeitslosenstatistik.

Prozessproduzierte Daten spielen eine zentrale Rolle (vgl. Seibert 1998, S. 141). Diese müssen aber aufbereitet werden, um in die städtische Gesamtentwicklung und zur Beurteilung von Maßnahmen einbezogen werden zu können (vgl. Andreß et al. 1992, S. 88)²⁴. Hierzu gehören neben den o.g. Quellen u.a. die Daten des Einwohnermelderegisters, des Wohnungsamtes (Wohngeldempfängerdatei), aber auch die Informationen über die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur von spezifischen Fachverwaltungen und Daten der freien Träger etc.. Zusätzlich könnten Sondererhebungen zu Merkmalsbereichen durchgeführt werden, zu denen kein oder nicht ausreichendes Datenmaterial vorhanden ist. Aktenanalysen, Betroffenen- und Expertenbefragungen bieten sich hier an, sind jedoch mit einem relativ hohen Aufwand verbunden (vgl. u.a. Schmid-Urban et al. 1992, S. 82ff).

Zusätzlichen Aufbereitungsaufwand macht es, Daten auf eine einheitliche räumliche Basis als Berichtseinheit umzurechnen. Die Arbeitslosendaten, die die Arbeitsverwaltung zur Verfügung stellt, können (in kreisfreien Städten) außer für die Gesamtstadt nach Postleitzahlbezirken und wahlfreien Raumeinheiten kostenpflichtig angefordert werden. Will man den Analysen also eine tiefere Gliederung als die Stadt- oder Kreisebene zugrundelegen, so sind umfangreiche Vorarbeiten zu leisten. Dies betrifft auch andere Datensätze, die kleinräumig ausgewertet werden sollen, denn „in vielen Kommunen [stehen] solche Daten bisher nicht zur Verfügung, auch wenn sie aus den eigenen Datenquellen erschlossen werden können; entsprechende Aufbereitungskonzepte müssen erst entwickelt werden“ (Schmid-Urban et al. 1992, S. 18).

Räumliche Disaggregationen sind unbedingt notwendig, um sozialräumliche Verteilungen von Versorgungs- und Problemlagen nachzuzeichnen, differenzierte Strategien zu entwickeln und Hilfen gegen raumspezifische Unterversorgungen bereitzustellen²⁵.

Da kommunale Sozialberichterstattung in systematischer Form keine weit zurückreichende Tradition hat, gibt es - wie schon deutlich wurde - „noch wenig eigens dafür entwickelte Instrumente“ (Schmid-Urban et al. 1992, S. 32). Dies betrifft sowohl die Datengrundlagen als auch die methodischen Konzepte. Hauptsächlich beruhen Sozial- und Armutsberichte auf deskriptiven Auswertungen und „passagenweise nur aus Aneinanderreihung von Statistiken“ (Hanesch 1986, S. 265).

²³ Die Kritik der eingeschränkten Erfassung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen durch die Sozialhilfestatistik betrifft die kommunale Sozialberichterstattung natürlich auch. Weiteres zur Problematik der Sozialhilfestatistik bei Kersting /Langenhoff, 1998.

²⁴ Zu weiteren Auswertungsproblemen speziell der Sozialhilfestatistik vgl. ebd. S. 106f.

²⁵ So haben z.B. Frankfurt am Main (1997), Düsseldorf (1996) und Köln (1998) Berichte erstellt, die u.a. auf solchen kleinräumigen Auswertungen basieren. Besonders hervorzuheben ist die Stadt Essen, deren „Berichte zur sozialen Ungleichheit im Stadtgebiet“ neben diesem Aspekt zudem noch regelmäßig erstellt werden.

War kommunale Sozialberichterstattung ursprünglich ein Kind eingengter sozialpolitischer Handlungsspielräume (Klatt 1990, S. 43), so scheint sich nach dieser Implementierungs- bzw. Startphase abzuzeichnen, dass sie zunehmend als politisches und sozial- und stadtplanerisches Instrument wahrgenommen wird. Inwieweit Sozialberichte mittel- und langfristig als Instrument für eine bedarfsgerechte und rationale Politik etabliert und dabei u.a. die oben beschriebenen Probleme bewältigt werden, bleibt abzuwarten, denn „nach wie vor [ist] in vielen Kommunen eine Skepsis bis Abwehrhaltung gegenüber einer Armuts- und Sozialberichterstattung und den möglichen Folgen solcher Berichte anzutreffen“ (Hanesch 1997, S. 33).

„Es ist unbestritten, daß die Sozialberichterstattung einen politisch - nicht sozialpolitisch - ambivalenten Charakter hat“ (Klatt 1990, S. 56). Sie bietet einerseits eine Grundlage für Kritik durch die Opposition im Rat und von Trägern und Akteuren der Sozialpolitik vor Ort, tragen aber andererseits als „Jubilberichte“ nicht dazu bei, sozialpolitische Veränderungserfordernisse zu reflektieren und haben keine vorwärtsweisenden Impulse (vgl. ebd.). Aber die „Kunst der Sozialberichterstattung liegt gerade dort, wo das eine getan wird, ohne das andere zu lassen“ (Klatt 1990, S. 56).

In den Sozialverwaltungen wurde im Kontext Neuer Steuerungsmodelle in den letzten Jahren ein neues Instrument eingeführt. Der interkommunale Kennzahlenvergleich stellt insofern einen neuen Typus der kommunalen Berichterstattung dar, da mit ihm im Gegensatz zur Sozialberichterstattung andere Fragen an die soziale Entwicklung in der Kommunen gestellt werden. Wie die Neue Steuerung, so sind auch ihre Instrumente ein Ausdruck des Bemühens, aus dem Dilemma, in dem Kommunalpolitik und -verwaltung sich befindet, einen Ausweg zu finden. Insbesondere die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen bringen Prozesse ökonomischer und sozialer Desintegration mit sich, die vor allem in den Großstädten sichtbar werden, wobei gleichzeitig die Möglichkeiten kompensatorischer Regulation eingeschränkt werden (vgl. Scharpf 1991).

Die Diskussion um angemessenere Bewältigungsstrategien spiegelt sich in dem kontroversen Verhältnis von interkommunalen Kennzahlenvergleichen als Controllinginstrument der Neuen Steuerung und den eher sozialpolitisch orientierten Vorstellungen von kommunalen Sozialberichterstattung wider (dazu ausführlich und methodenkritisch: Strohmeier et al., 1999).

2 Indikatoren gestützte Sozialberichterstattung des Landes für die Kommunen und die (Fach-)Öffentlichkeit

2.1 Berichtsebenen und Bedarfe

Auf der Landesebene, hier speziell in NRW, gibt es ein entwickeltes System der allgemeinen und zielgruppenspezifischen Sozialberichterstattung, das sich bislang traditioneller Formen der Erstellung wissenschaftlicher Gutachten und ihrer Publikation durch traditionelle Printmedien bedient. Die Schwächen dieses Systems liegen in seiner Schwerfälligkeit bzw. der nur schlecht möglichen Aktualisierbarkeit der veröffentlichten Daten und Befunde und seiner unbefriedigenden regionalen Differenzierung. Mit Ausnahme des Systems der Gesundheitsberichterstattung, das hier eine Orientierungsfunktion einnehmen kann, werden neue Medien von den vorhandenen Formen der Landessozialberichterstattung bislang kaum genutzt. Das gilt auch für die kommunale Sozialberichterstattung.²⁶

Die größte Intensität der Sozialberichterstattung, gleichzeitig auch die größte Heterogenität, sowohl was Themen und Zielsetzungen als auch Datenqualität, methodisches Vorgehen und Qualität der Analyse angeht, finden wir auf der kommunalen Ebene. Gleichzeitig und damit im Zusammenhang können wir auf der örtlichen Ebene sowohl unter Effektivitäts- als auch unter Effizienzgesichtspunkten den größten Bedarf an Sozialberichterstattung sowohl im Sinne der Informationsfunktion als auch der Planungs- und Evaluationsfunktion feststellen.

Das von Cremer eingangs bestimmte Spektrum an örtlichen Berichtsformen "Sozialstrukturberichte", "Sozialberichte", "Sozialhilfeberichte", "Armutberichte", "Zielgruppenberichte", "Sozialraumanalysen" und "Leistungsberichte" der Verwaltung beschreibt den Informationsbedarf auf der lokalen Ebene, wo Probleme sich kleinräumig stellen und (sei es auch in Ausführung von Bundes- und Landesgesetzen) bearbeitet werden. Die Kommunen sind das Anwendungs- und Wirkungsfeld des größten Teils sozialpolitischer Maßnahmen.

Es gibt einen unabweisbaren Bedarf an handlungsleitender und orientierender Sozialberichterstattung in den Kommunen. Solche Informationen sollten im Sinne der Vergleichbarkeit möglichst standardisiert sein.²⁷ Die meisten Kommunen sind mit der Aufgabe einer solchen Berichterstattung aus den genannten Gründen überfordert. Die Sicherung der Vergleichbarkeit erfordert ein gewisses Maß an zentraler Koordination. Das Land kann sowohl im Hinblick auf die Übernahme dieser

²⁶ Gemeinsam mit dem MFJFG hat ZEFIR eine Internet-Präsentation der Materialien zum 7. Jugendbericht NRW erstellt (www.jugendberichterstattung.de)

²⁷ Im Rahmen unterschiedlicher Vergleichsringe der "Sozialhilfeberichterstattung" wird genau dies angestrebt

Koordinierungsfunktion als auch in der Bereitstellung der benötigten technischen, personellen und Wissensressourcen hier eine Steuerungs- und Servicefunktion übernehmen.

Der Sozialbericht NRW 1998 stellt mit seinem Indikatorenspektrum eine wichtige Informationsinfrastruktur für eine vergleichende und zeitnahe Sozialberichterstattung der Städte, Kreise und Gemeinden dar. Der Einsatz neuer Medien, speziell von Internet- und Intranet-Lösungen gewährleistet die effiziente Nutzung und fortlaufende Verbesserung des Systems im Sinne der Interessen seiner Nutzer.

Voraussetzung für eine leistungsfähige Weiterentwicklung der Armuts- und Sozialberichterstattung ist die Einbeziehung der „auf dem Gebiet der Sozialberichterstattung tätigen Akteure in der öffentlichen Verwaltung, Wohlfahrtspflege, Stiftungen, Wissenschaft und Forschung auf lokaler und regionaler Ebene“ (MASSKS 1999a, S. 143). Der Landessozialbericht schlägt dazu die Schaffung eines Organisationsnetzes aller in NRW auf dem Gebiet der Sozialberichterstattung tätigen Akteure vor (ebd.; vgl. auch Bartelheimer 2000).

2.2 Berücksichtigung des Konzeptes der Lebenslage

Für die nordrhein-westfälische Armuts- und Sozialberichterstattung gilt das 'Lebenslagenkonzept' als Anspruch und Leitlinie (MASSKS 1999b, S. 5).

Empirisch angelegte Studien operationalisieren 'Lebenslage' i.d.R. pragmatisch im Sinne multipler Benachteiligung in unterschiedlichen Lebensbereichen. Meist dient das Einkommen als Leitkategorie. Der Zugang über das *Einkommen* und spezifische '*Zielgruppen*' wurde auch im 'Sozialbericht 1998' gewählt. Einerseits wird dort entlang der Einkommensdimension der als einkommensschwach identifizierte Bevölkerungsteil nach Lebenslagen-Dimensionen und sozialstrukturellen Merkmalen genauer beschrieben. Zum anderen werden Zielgruppen definiert die von Einkommensarmut am meisten bedroht oder betroffen sind und sozial differenziert dargestellt (MASSKS 1999b; MASSKS 1999a; Hanesch 1992, S.8).

Dieses Beobachtungsraster liegt auch der Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung in NRW zugrunde, die die Kennziffern und objektiven Indikatoren des Sozialberichtes NRW 1998 aufnimmt und fortschreibt. Der Ansatz hat den Vorteil, relativ leicht umsetzbar und systematisierbar zu sein. Zudem erlaubt die verhältnismäßig gute Datenlage eine regelmäßige Fortschreibung und regionale Darstellung. Ein solches System hat allerdings dort seine Grenzen, wo es um die genaue Analyse spezifischer Lebenslagen und vertiefter *Fragestellungen* geht. Die mehrdimensionale Beschreibung der Lebenslage einzelner benachteiligter Personengruppen und der Verursachungszusammenhänge würde ein Indikatorensystem von vornherein überfordern. Allerdings kann auch in diesem Zusammenhang erfolgversprechend auf die dem Indikatorensystem zugrunde liegenden *Mikrodaten* zurückgegriffen werden.

Einvernehmen besteht bis dato darüber, dass der Satz der von den Experten für den *Sozialbericht NRW 1998* ausgewählten und dort genauer dargestellten Indikatoren *Grundlage* und Ausgangspunkt für weitere Überlegungen zur Verstetigung und Fortschreibung der Landessozialberichterstattung ist.

Die im Sozialbericht verwendeten Indikatoren und Kennziffern wurden von uns dokumentiert und werden in einer relationalen Datenbank geführt. Ergänzt wurde die Aufstellung um einige wichtige Indikatoren aus den einzelnen Landessozialberichten sowie um einige zusätzliche sozialstrukturelle Kennziffern. Insgesamt handelt es sich um einige hundert Merkmale mit mehreren tausend Ausprägungen. Für den Zweck der Fortschreibung des Sozialberichts 1998 haben wir uns in Abstimmung mit der Fachabteilung Soziales des damaligen MASQT auf die nachfolgend vorgestellten Indikatoren beschränkt. Diese Auswahl ist jedoch nicht starr und unveränderlich. Wir gehen davon aus, dass „die genaue Auswahl der Indikatoren.... mittels eines eingehenden an sozialpolitischen Zielvorgaben orientierten Abstimmungsprozesses zwischen Wissenschaft und Politik erfolgen (soll), in dem die ... Erkenntnisinteressen von Politik und Verwaltung identifiziert und konkretisiert werden.“ (Strohmeier/Kersting 1999, S. 5).

2.3 Auswahlkriterien für Indikatoren

Ein „*Indikator*“ ist eine statistische Größe, eine Zahl, die etwas anzeigt, was keiner direkten Messung zugänglich ist. Die meisten *sozialen Indikatoren* beschreiben Strukturen *sozialer Ungleichheit* in Bezug auf die *Lebenslagen*, die *Lebensformen* und die *Lebenschancen* der Menschen. An solchen Indikatoren ist, wie wir anschließend sehen werden, kein Mangel. Das Problem ist eher eines der Selektion aus der Fülle der potentiell verfügbaren Informationen. Nicht „was können wir berichten?“ sondern „was wollen wir berichten?“ ist die Frage.

Ein Ausschlusskriterium, auf das Wissenschaft und Politik/Verwaltung sich relativ schnell einigen können, ist mangelnde Datenqualität. Darüber hinaus aber gelten unterschiedliche Relevanzen. Aus wissenschaftlicher Sicht z.B. folgen sinnvolle Kriterien für die Auswahl von Indikatoren aus der Fülle der vorhandenen Informationen aus der Art der zu prüfenden *Theorien*. Im Fall deskriptiv-explorativer Studien könnte auch hinreichende *Varianz* ein Auswahlkriterium sein. Was keine Varianz hat, ist nicht erklärungsbedürftig.

Aus der Sicht der Politik/Verwaltung ist eben das kein hinreichendes Ausschlusskriterium. Eine geringe Einkommensvarianz oder eine geringe regionale Streuung der Armutsquoten könnte im Gegenteil ein Indiz *erfolgreicher* Politik sein. Daraus folgt ein erstes Selektionskriterium: Welche Indikatoren sind geeignet, Hinweise auf die Wirksamkeit des Handelns von Politik/Verwaltung zu geben? Ein zweites Kriterium ist damit unmittelbar verbunden: Welche Indikatoren zeigen politischen *Handlungsbedarf* an? Das wissenschaftliche Interesse an indikatoren gestützter Sozial-

berichterstattung ist theoretisch-methodischer Natur, das politisch administrative ist in erster Linie instrumentell.

Daraus folgt ein wichtiges Auswahlkriterium für Indikatoren: sie sollen *problemanzeigend* und „*evaluationsgeeignet*“ sein.

Zentrale Aufgabe des Projekts ist es gewesen, ein System Sozialer Indikatoren für die Verstetigung und Weiterentwicklung der Landessozialberichterstattung zu entwickeln. Die Realisierung dieses Ziels erforderte ein *prozess- und entwicklungsorientiertes Vorgehen*. Die Struktur der Landessozialberichterstattung und die Indikatoren wurden in enger Kooperation von Fachabteilung und Sozialwissenschaftlern mit dem Ziel entwickelt, nicht einen einmaligen, umfangreichen Bericht in Printform zu erstellen, sondern langfristig zu einem stetig aktualisierbaren und über das Internet präsentierten System Sozialer Indikatoren zu kommen. Zu diesem Zweck stellen die hier präsentierten Indikatoren und Datenwerte einen ersten Vorschlag dar, der sich freilich noch bewähren muss und gegebenenfalls zu modifizieren sein wird.

Das Konzept des „Systems Soziale Indikatoren NRW“ vereint die beiden Strukturprinzipien bisher entwickelter Sozialberichterstattung. Das von ZEFIR vorgeschlagene Indikatorenprogramm ermöglicht sowohl eine Perspektive über Lebensbereiche (Lebenslagen, Lebensformen, Lebenschancen) als auch bereichsübergreifend einen genauen Blick auf bestimmte Zielgruppen, der die Landessozialberichterstattung NRW bisher ausgezeichnet hat.

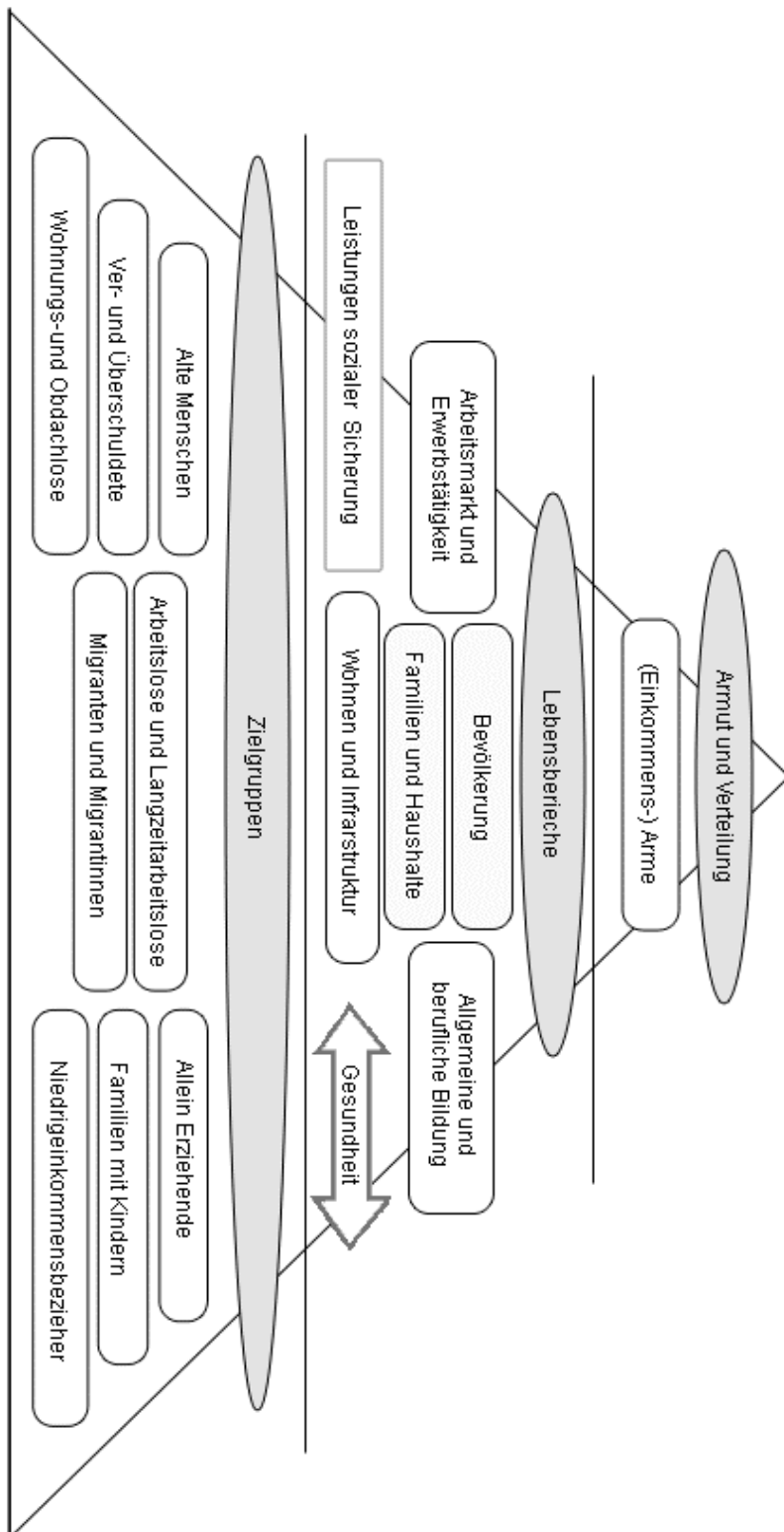
Die *Zielgruppenbereiche* stellen den *Kern des Indikatorensystems* dar. Die Personengruppen entsprechen denen, die in den letzten Jahren durch die Landesregierung im Rahmen der bisherigen Sozialberichte als Zielgruppen der Landespolitik bestimmt worden sind. Insofern erfüllen die Indikatoren zu den Zielgruppen eine *problembeschreibende Funktion*. Die Bereiche enthalten im wesentlichen die zentralen Indikatoren, die bereits in den zusammenfassenden Sozialbericht `98 Eingang gefunden haben. Die zielgruppenspezifischen Indikatoren und Daten bilden die Entwicklung der Lebenslagen der jeweiligen Zielgruppen ab und liefern durch ihre *räumliche und merkmaltiefe Differenzierung* steuerungsrelevante Informationen für Politik und Verwaltung auf der Kommunal- und Landesebene.

Bestimmte allgemeinere Informationen zu Aspekte von Lebenslagen, Lebensformen und Lebenschancen der Bevölkerung, die gleichermaßen Zielbereiche sozialer Politik sind und die daher auch Standards einer Sozialberichterstattung darstellen (z.B. Bildung, Jugendliche, Gesundheit), sollten auch in dem System Sozialer Indikatoren des Landes NRW berücksichtigt werden (s. auch unten). Auf diesem Wege sind zudem möglicherweise „neue“ Problemdimensionen (im Sinne einer „Frühwarnfunktion“) identifizierbar, die eine gezielte politische Intervention erfordern, jedoch durch ihre frühzeitige Erkennung bereits präventive Maßnahmen ermöglichen. Den Indikatoren dieser

Beobachtungsbereiche kommt daher eine *grundlegende* und zugleich eine *problemanzeigende Funktion* zu.

Der Indikatorenbereich „Armut und Verteilung“ liegt quer zu den allgemeinen Beobachtungs- und speziellen Zielgruppenbereichen und hebt die besondere Bedeutung dieser Verteilungs-Dimension sozialer Lebenslagen hervor, die bereits durch die zentrale Stellung im Sozialbericht `98 von der Landesregierung gesetzt worden ist. Die Indikatoren beruhen auf dem ersten und zweiten Teil dieses Gesamtberichtes und befassen sich mit Einkommensarmut, der Einkommensverteilung und der Sozialhilfebedürftigkeit der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens.

Abbildung 1: Konzept „Soziale Indikatoren NRW“



06.01.2003

2.4 Anforderungen an die Indikatoren und Daten

Die Standardindikatoren und die Datenbasen sollen

- repräsentativ
- zeitnah verfügbar und
- kontinuierlich aktualisierbar sein.

Des Weiteren wurde vorgesehen, die Auswahl an der Frage auszurichten, ob die notwendigen Auswertungen *effizient und kostengünstig* durchgeführt werden können und ob das Indikatorensystem im Prinzip von der Landesregierung in eigener Regie fortgeführt werden kann.

Daher wurde angeboten, dass da, wo es möglich ist, Datenquellen der *amtlichen Statistik* zugrunde gelegt werden, die leicht zugänglich und kostenneutral bzw. kostengünstig aktualisierbar sind.

Durch die überwiegende Nutzung amtlicher Datenquellen kann zugleich eine weitere Anforderung an das System erfüllt werden. Im Gegensatz zu Surveydaten hat die amtliche Statistik den Vorteil, *regional differenziert und räumlich flexibel auswertbar* zu sein.

Ferner erfüllen die Indikatoren insbesondere durch ihre Zielgruppenorientierung die Anforderung nach *lebenslagenorientierten, mehrdimensionalen und handlungsorientierten Informationen*.

Die **Vorlauf- und Frühwarnfunktion** wird in allen drei Indikatorenbereichen erfüllt. Diese beziehen sich einerseits auf bereits identifizierte Zielgruppen bzw. besondere Problemgruppen der sozialen Sicherung, die einer besonderen Unterstützung bedürfen, andererseits werden durch die Beobachtungsbereiche alle Personen und/oder Haushalte in Nordrhein-Westfalen in den Blick genommen. Damit ist gewährleistet, dass sozialpolitisch relevante Entwicklungen in Bevölkerung und Gesellschaft rechtzeitig bekannt werden.

In den allgemeinen *Beobachtungsbereichen* sind einerseits die bereits in den entsprechenden Sozialberichten dokumentierten „allgemeinen“ Informationen eingeordnet und um ggf. fehlender Merkmale bzw. Personengruppen ergänzt worden. Hinzugenommen wurden Daten, die in den Sozialberichten bislang nicht berücksichtigt, u.E. aber eine sinnvolle Ergänzung sind. Im einzelnen:

Im Bereich „Bevölkerung“ sollen z.B. neben den Bevölkerungszahlen nach standarddemographischen Merkmalen, die Bevölkerungsdichte regional differenziert dokumentiert und die Bevölkerungsveränderung dargestellt werden.

Der Bereich „Familien und Haushalte“ wurde um elementare Daten zu Privathaushalten nach ihrer Personenanzahl und nach den Altersgruppen des Haushaltsvorstandes ergänzt.

Der Bereich „Allgemeine und berufliche Bildung“ stellt Informationen zu den „Lebenschancen in den Regionen“ anhand von Bildungsindikatoren bereit, wie z.B. Zeitreihen zur Entwicklung der Schüler und Schulabgänger nach Schulabschluss und Staatsangehörigkeit.

Der Beobachtungsbereich Gesundheit wird im Rahmen dieser Expertise aus folgenden Gründen nicht behandelt:

„Gesundheit“ gilt als ein Standard-Beobachtungsbereich. Die Gesundheitsberichterstattung des Landes verfügt bereits über ein entwickeltes und bundesweit abgestimmtes Indikatoren-System auf hervorragendem Niveau. Das Programm ist via Internet zugänglich und stellt zahlreiche Indikatoren über Excel-Tabellen und begleitende Dokumentationen bereit. Wir schlagen daher vor, *keine Doppel-Struktur* aufzubauen, sondern stattdessen entweder auf die Seiten des LÖGD zu verweisen²⁸ oder mit dem LÖGD die Bereitstellung ausgewählter Indikatoren für das System Soziale Indikatoren zu vereinbaren.

²⁸ Für die Internetversion würde dies bedeuten, einen Hyperlink zum LÖGD zu legen.

Teil B

1 Empirische Messung von Armut in Nordrhein-Westfalen

1.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung

Die Frage, wie „Armut“ definiert werden soll, wird in der Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft kontrovers diskutiert. Der Begriff „Armut“ entzieht sich weitgehend einer objektiven Definition und unterliegt insofern einer Wertentscheidung. In der Armutforschung herrscht jedoch mehr oder weniger Einvernehmen über folgende Sachverhalte:

Die Definition und genaue Erfassung muss sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Hinsicht allgemeine gesellschaftliche Lebensgewohnheiten beachten. Armut ist demnach „relativ“. Anerkannt ist zudem, dass in hoch entwickelten Gesellschaften der Maßstab für Armut nicht mehr nur das physische Existenzminimum sein darf. Kriterium ist vielmehr die Möglichkeit der Teilhabe an der gesellschaftlichen Normalität, das sogenannte „soziokulturelle Existenzminimum“.

Armut ist folglich umfassend zu verstehen und nicht auf Einkommensaspekte zu beschränken. Obwohl fehlende finanzielle Ressourcen meist von zentraler Bedeutung sind, ist Armut ein mehrdimensionales Phänomen, dessen Definition neben unzureichendem Einkommen auch soziale Benachteiligungen in weiteren Lebensbereichen (Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit etc), verfügbare bzw. eingeschränkte Handlungsspielräume und ungleiche gesellschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigen muss.

Diese Überlegungen fließen in die weitgehend anerkannte Definition der Kommission der EG, (vgl. Zitat Sozialbericht '98) von 1984 ein: "Verarmte Personen sind Einzelpersonen, Familien, Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist".

Konzepte zur näheren Bestimmung von Armut gehen in der Regel von diesem „relativen Armutsbegriff“ aus. Unterschieden werden in diesem Zusammenhang die beiden Basiskonzepte des Ressourcen- und Lebenslagenansatzes.

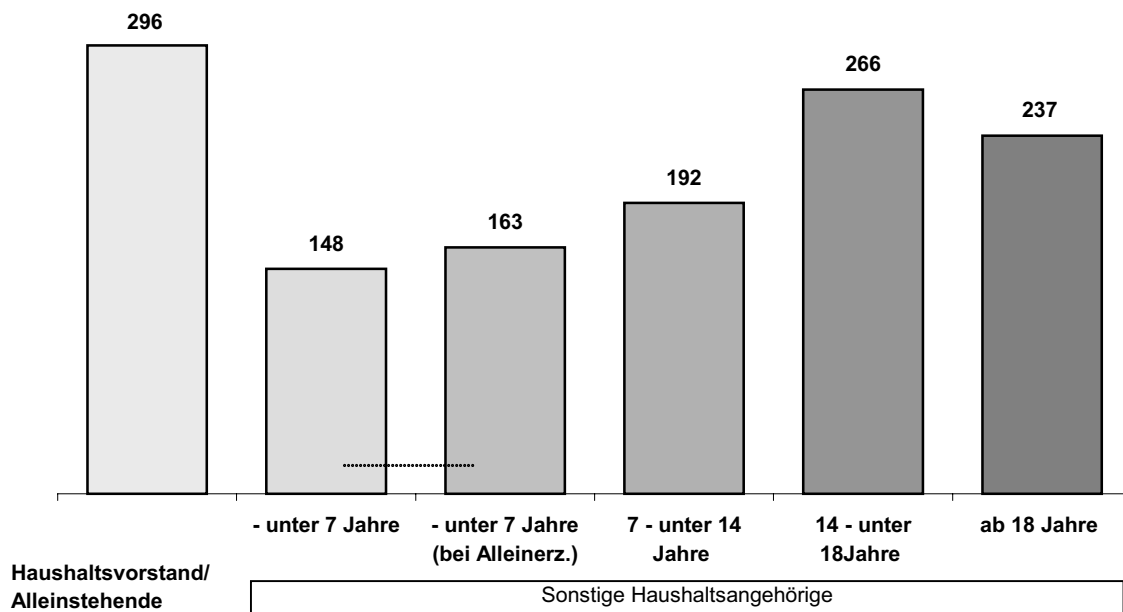
Im Zentrum des Ressourcenansatzes steht die materielle und ökonomische Versorgung der Haushalte, die primär über das Einkommen ermittelt wird. Unter dem Aspekt der Armut an Ressourcen kann zusätzlich eine Unterscheidung von zwei Einkommensansätzen vorgenommen werden:

Nach dem Konzept der relativen Einkommensarmut gelten solche Personen als arm, die in Haushalten mit weniger als 40%, 50% oder 60% des bedarfsgewichteten durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens leben (arithmetisches Mittel oder Median). Zur Kennzeichnung von Armut

wird in der Regel von der 50%-Schwelle ausgegangen; der entsprechende Betrag lag für allein Erziehende mit einem Kind unter 15 Jahren 1997 in NRW bei 1487 DM (760,29 EURO). Die 40%-Schwelle hingegen markiert 'strenge Armut'. Ein Anteil von 60% des Durchschnittseinkommens kann als armutsnahes Niedrigeinkommen bezeichnet werden. Kritiker wenden ein, dass auf die genannte Weise lediglich Verteilungsungleichheit gemessen werde.

Im Unterschied zum Konzept relativer Einkommensarmut geht der „bedarfsorientierte“ Ansatz der „Sozialhilfebedürftigkeit“, die als quasi offizielle, „politisch-normative“, Armutsgrenze betrachtet wird, davon aus, dass jene Personen als arm anzusehen sind, die Anspruch auf den Bezug von „laufender Hilfe zum Lebensunterhalt“ haben. Dem wird mitunter entgegen gehalten, Sozialhilfebezug stehe für „bekämpfte Armut“. Nur, wer seinen Anspruch nicht wahrnehme, sei arm („verdeckte Armut“). Der Einwand hat kaum Bestand (s. Abbildung 2-1). Es wird verkannt, dass Sozialhilfeabhängigkeit eine benachteiligende Lebenssituation beschreibt, deren Überwindung erklärtes Ziel der Sozialpolitik ist.

Abbildung 1-1: Regelsätze der Sozialhilfe in NRW - in EURO
Stand 1. Juli 2003



Obwohl den beiden Einkommensansätzen sehr unterschiedliche Definitionen zugrunde liegen, gibt es dennoch eine große „Schnittmenge“ von Personen und Haushalten, die mit beiden Verfahren erfasst werden. Sozialhilfebeziehende verfügen in der Regel über 40 % bis 50 % des durchschnittlichen Einkommens. Der wesentliche Grund für die quantitative Differenz zwischen der Personengruppe der Sozialhilfebeziehenden und derjenigen, die unter die relative Einkommensarmutsschwelle fällt, liegt

darin, dass ein Teil der einkommensarmen Personen ihren bestehenden Anspruch auf Sozialhilfe nicht in Anspruch nimmt und somit in „verdeckter Armut“ lebt. Über den Umfang der verdeckten Armut gibt es unterschiedliche Annahmen.

In Erweiterung des Ressourcenansatzes versucht der Lebenslagenansatz eine ausschließlich an monetären Kriterien ausgerichtete Definition von Armut durch einen mehrdimensionalen und ganzheitlichen Ansatz zu überwinden. Das zugrunde liegende theoretische Konzept der „Lebenslage“ (Neurath; Weisser; Nahnsen) ist allerdings komplex und anspruchsvoll. Der Ansatz gilt daher in der Armutsforschung und Sozialberichterstattung zwar als Leitidee, jedoch zugleich als empirisch schwer umsetzbar. Die Operationalisierung erfolgt in der Praxis meist vereinfachend durch die Analyse der Lebensbedingungen in relevanten Lebensbereichen (Einkommen, Bildung, Erwerbstätigkeit, Wohnen, Gesundheit etc.).

Die im vorliegenden Bericht durchgeführten Armutsanalysen stützen sich in erster Linie auf das Konzept der Einkommensarmut, die nach wie vor die zentrale Dimension zur Feststellung von Armut ist. Darauf aufbauend werden die Lebenslagen der einkommensarmen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen anhand unterschiedlicher Indikatoren genauer beschrieben.

Bei der Verwendung von Einkommen als Armutsindikator stellt sich u.a. das Problem, Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung mit einander vergleichbar zu machen. Würde man das Haushaltseinkommen lediglich durch die Zahl der Mitglieder teilen, so blieben Vorteile gemeinsamen Wirtschaftens in Mehrpersonenhaushalten ebenso unberücksichtigt wie geringere Bedarfe von Kindern und Jugendlichen. Zur Umrechnung des Haushaltsnettoeinkommens in ein entsprechend bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen dienen sogenannte Äquivalenzskalen, die die zu erwartenden Spareffekte je Haushalt aber auch den Bedarf von Kindern recht unterschiedlich definieren. Umfang und Struktur der ermittelten Armutsbevölkerung variieren deshalb mit der jeweils gewählten Skala. Im vorliegenden Bericht werden daher zu Beginn Analysen mit den drei gebräuchlichsten Skalen referiert. Die Präferenz für tieferegehende Analysen liegt allerdings bei der alten OECD-Skala, die nach bisherigen Untersuchungen den sozialen und institutionellen Umständen in der Bundesrepublik am ehesten entspricht (Übersicht 1-1; vgl. Hauser 2001):

Ein bedeutender Faktor für die Bewertung von Armut ist die Dauer oder Dynamik der Situation. Langwährende Armutsperioden deuten auf besonders problematische Lebenssituationen hin. Je länger die Phase der Armut anhält, um so mehr verschärfen sich tendenziell auch die psychischen und sozialen Folgen für die Betroffenen und erschweren damit die Chance auf ein finanziell unabhängiges Leben.

Übersicht 1-1: Die drei gebräuchlichsten Äquivalenzskalen

Gewichte der Personen im Haushalt:

	1. Person	weitere Personen	
		ab 15 Jahre	unter 15 Jahre
Alte OECD-Skala	1	0,7	0,5
Neue OECD-Skala	1	0,5	0,3

Sozialhilfeskala	
Haushaltsvorstand / Alleinstehende	1
Haushaltsangehörige:	
bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres:	0,5
bei allein Erziehenden	0,55
v. Beginn des 8. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	0,65
v. Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	0,9
v. Beginn des 19. Lebensjahres an	0,8

1.2 Datenquellen

Die Armutsberichterstattung kann mittlerweile auf eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Datenquellen zurückgreifen. Zur differenzierten Beschreibung der Lebenssituation armer Bevölkerungsgruppen dienen hier der Mikrozensus (MZ) als jährliche und größte Haushalts-Stichprobe, die amtliche Sozialhilfestatistik sowie für einige ausgewählte Aspekte das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) des DIW. Bei der vorliegenden Aktualisierung des Sozialberichtes NRW wurde auf diese Quellen zurück gegriffen. aufgrund des Stichprobenumfangs (für NRW annähernd 200.000 Fälle) und der Datenaktualität (2000) nimmt der Mikrozensus allerdings eine herausragende Stellung ein. Mit dieser Datenbasis sind differenzierte und mehrdimensionale Analysen von Lebenslagen auch auf Landesebene möglich, die das SOEP nicht erlaubt.

2 Umfang und soziale Struktur von Armut in Nordrhein-Westfalen

2.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung

Gesellschaftspolitische Bedeutung

Für den Sozialstaat, der auf den Prinzipien der gleichberechtigten Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, der Chancengleichheit und des sozialen Ausgleichs gründet, stellt soziale Ausgrenzung und Armut eine außerordentliche Herausforderung dar. Für die Gesellschaft insgesamt stellt Armut neben der akuten finanziellen Belastung vor allem eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt dar. Dies insbesondere, wenn sie sich verstetigt und räumlich konzentriert.

Leben unter Armutsbedingungen bedeutet für die Betroffenen in der Regel eine erhebliche Einschränkung ihrer Lebensqualität und Zukunftschancen.

Ursachen und Hintergründe

Spätestens seit den 80er Jahren ist die längst überwunden geglaubte Armut großer Bevölkerungsgruppen auch in einem reichen Land wie Nordrhein-Westfalen wieder zu einer sozialpolitisch vorrangigen Aufgabe geworden. Die Erklärungen für das erneute Anwachsen von Armut, die ebenso vielfältig wie umstritten sind, lassen sich zu drei Ursachenbündeln zusammenfassen: So führten die Veränderungen der demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen (Massenarbeitslosigkeit, Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, Wandel der Familienformen, vgl. Teil B, Kapitel 5) zu einem erhöhten Armutsrisiko für breite Schichten der Bevölkerung.

Die sozialen Sicherungssysteme erweisen sich vor dem Hintergrund dieser Situation als nicht hinreichend 'armutsfest' und effizient. Kontrovers diskutiert wird, in welchem Maße der Staat selbst durch die Einschränkung von Sozialleistungen (Arbeitslosenversicherung) bzw. ihre 'zu großzügige' Gewährung ('Armutsfalle') die Ausbreitung von Armut mit verursacht habe.

In der öffentlichen Diskussion wird auch individuelles (Fehl)Verhalten als Ursache für Armut angeführt. Diese Debatte zielt insbesondere auf die Gruppe der Sozialhilfeempfänger/innen, der man Desinteresse an einer eigenständigen und verantwortlichen Existenzsicherung sowie Missbrauchsabsichten unterstellt. Die Bedeutung dieser Gesichtspunkte wird allerdings - wie zahlreiche Untersuchungen zeigen - überschätzt.

Begriffsbestimmung

Die Diskussion über Armut und soziale Ausgrenzung erfolgt generell im Kontext spezifischer, sich historisch wandelnder sozialer, politischer und ökonomischer Bedingungen. Folglich wird der Begriff der „Armut“ sehr unterschiedlich verstanden. Die politischen und wissenschaftlichen Diskussionen machen deutlich, dass es keine einheitliche und anerkannte Definition von Armut in der Bundesrepublik Deutschland gibt (s. Teil B, Kapitel 1). Unbestritten ist allerdings, dass die Verfügung über materielle und monetäre Mittel eine Schlüsselrolle einnimmt. Das Haushaltseinkommen ist nach wie vor die zentrale Dimension, die über den Zugang zu Lebenschancen und -perspektiven entscheidet.

Im Folgenden wird auf der Grundlage von einkommensbasierten Armutsmaßen eine Einschätzung des Umfangs- und der Struktur von Armut in Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Als „arm“ oder armutsgefährdet gelten in diesem Sinne Personen in Haushalten, die über erheblich weniger als das durchschnittliche bedarfsgewichtete Einkommen verfügen (40-60% des arithmetischen Mittels) und Sozialhilfeempfänger/innen die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen. Auf die damit verbundenen methodischen Probleme wird in Teil B, Kapitel 1 eingegangen. Eine genauere Beschreibung der Lebenslagen von Bevölkerungsgruppen mit höheren Armutsrisiken erfolgt in den Kapiteln 3-7 des Teil B.

2.2 Umfang und Struktur

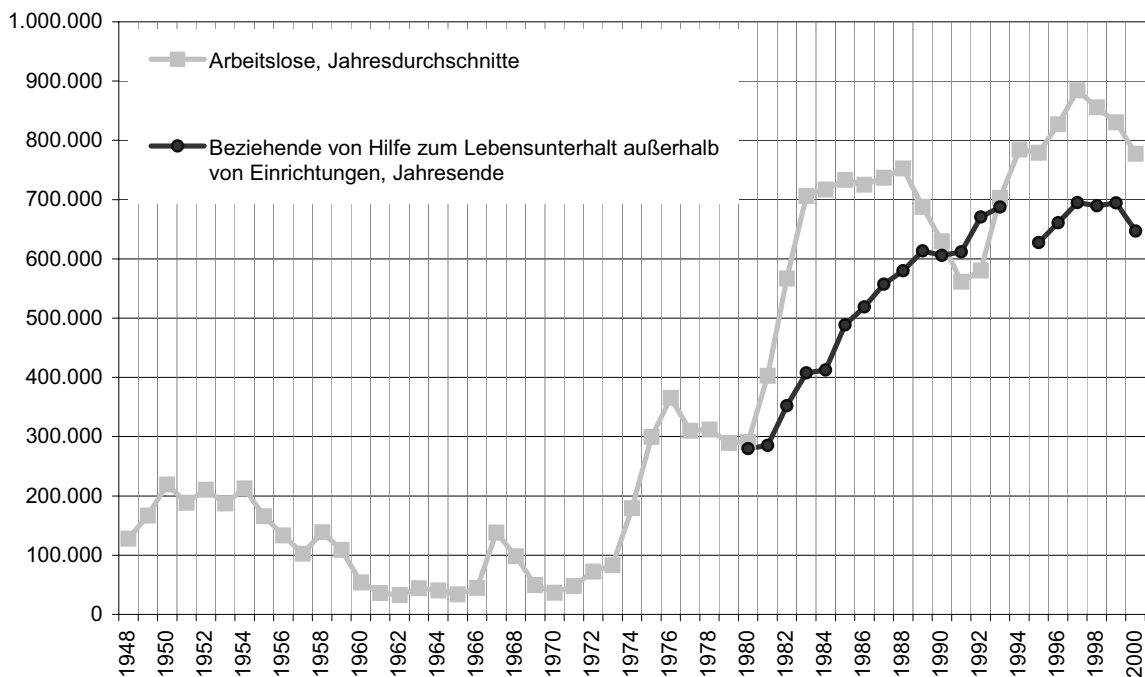
Chronologische Entwicklung

Nachdem Armut in Nordrhein-Westfalen ebenso wie in der Bundesrepublik lange Zeit überwunden schien, ist die ökonomische Unterversorgung breiter Bevölkerungskreise in den letzten Jahren wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten. Abgesehen von der Massenarmut der Nachkriegsphase galt wirtschaftliche Not bis zum Ende der 60er Jahre als „Einzelschicksal“. Seit Anfang der 70er Jahre setzte allerdings ein kontinuierlicher und zeitweise sprunghafter Wiederanstieg der Armut in NRW ein, der auch Bevölkerungsgruppen betraf, die bisher nicht oder nur selten einem Armutsrisiko ausgesetzt waren. Die Entwicklung war nicht zuletzt Spiegelbild der Krise im heimischen Montan Sektor, die ihren Ausgangspunkt im Ruhrgebiet hatte. Allein zwischen 1975 und 1985 gingen in NRW eine halbe Million Industriearbeitsplätze und damit die Einkommensquellen und Zukunftsperspektiven nicht nur für die betroffenen Industriearbeiter, sondern auch für ihre Familien und Kinder verloren. Zeitgleich verdoppelte sich die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger (Abbildung 2-1). Armut war fortan nicht mehr Ausdruck eines individuellen Schicksals – wenn sie dies je gewesen ist –, sondern traf vor allem Familien der Arbeiterschicht und junge Heranwachsende. Auch in NRW fand somit der vielfach konstatierte „Strukturwandel“ der Armut statt:

Während die Altersarmut nur wenig anstieg, wuchs die Zahl vor allem junger Kinder und Erwachsener im Familienalter in Nordrhein-Westfalen dramatisch.

So hat sich das Ausmaß der Sozialhilfeabhängigkeit von Kindern im Vorschulalter allein in den 80er Jahren etwa verdreifacht. Vielfältige arbeitsmarkt- und sozialpolitische Anstrengungen konnten nicht verhindern, dass die negative Entwicklung im letzten Jahrzehnt weiter anhielt. Einkommensarmut (Tabelle 2-1), Sozialhilfeabhängigkeit und Arbeitslosigkeit (Abbildung 3-1) haben sich in den letzten Jahren in NRW kaum verändert.

Abbildung 2-1: Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfebeziehenden in Nordrhein-Westfalen



Dimensionen und besondere Problemgruppen

Die genauere Quantifizierung des Umfangs und Anteils der von Einkommensarmut betroffenen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hängt von der gewählten Definition ab. Legt man - wie dies im Weiteren geschieht - die verbreitetste Armutsschwelle zugrunde und bezeichnet diejenigen Personen als arm, die über weniger als 50% des Nettoäquivalenzeinkommens verfügten, so waren im Jahr 2000 in NRW etwa 2 Millionen Menschen betroffen. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 12%.

Die 50%-Armutsgrenze lag 1997 für einen Einpersonenhaushalt bei 1113 DM (569,07 EURO), für allein Erziehende mit einem Kind unter 15 Jahren bei 1487 DM (760,29 EURO) und für ein Ehepaar mit einem Kind bei 2180 DM (1114,62 EURO).

Als armutsgefährdet und damit in ihrem Lebensstandard stark eingeschränkt gelten zusätzlich noch einmal etwa 10% der Bevölkerung. Kritische Ereignisse im Lebenslauf (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Scheidung, Renteneintritt) können diesen Personenkreis sehr schnell in akute Armut führen (Tabelle 2-1).

Tabelle 2-1: Einkommensarmut *) in Nordrhein-Westfalen (Betroffene in % der Gesamtbevölkerung)

Armutsgrenze	1996	1997	1998	1999	2000
Bedarfsgewichtet nach Bundessozialhilfegesetz					
40%-Grenze	6,5%	6,4%	5,8%	6,0%	6,3%
50%-Grenze	13,8%	11,0%	12,9%	12,8%	13,6%
60%-Grenze	22,2%	19,8%	19,4%	20,6%	21,8%
Bedarfsgewichtet mit alter OECD-Gewichtung					
40%-Grenze	5,8%	5,7%	5,2%	5,1%	6,1%
50%-Grenze	12,0%	12,0%	11,2%	11,7%	12,2%
60%-Grenze	19,7%	18,0%	20,8%	19,9%	22,0%
Bedarfsgewichtet mit neuer OECD-Gewichtung					
40%-Grenze	5,8%	4,3%	5,3%	5,1%	5,5%
50%-Grenze	10,7%	10,2%	9,9%	9,1%	9,7%
60%-Grenze	20,4%	19,3%	19,0%	17,8%	18,3%

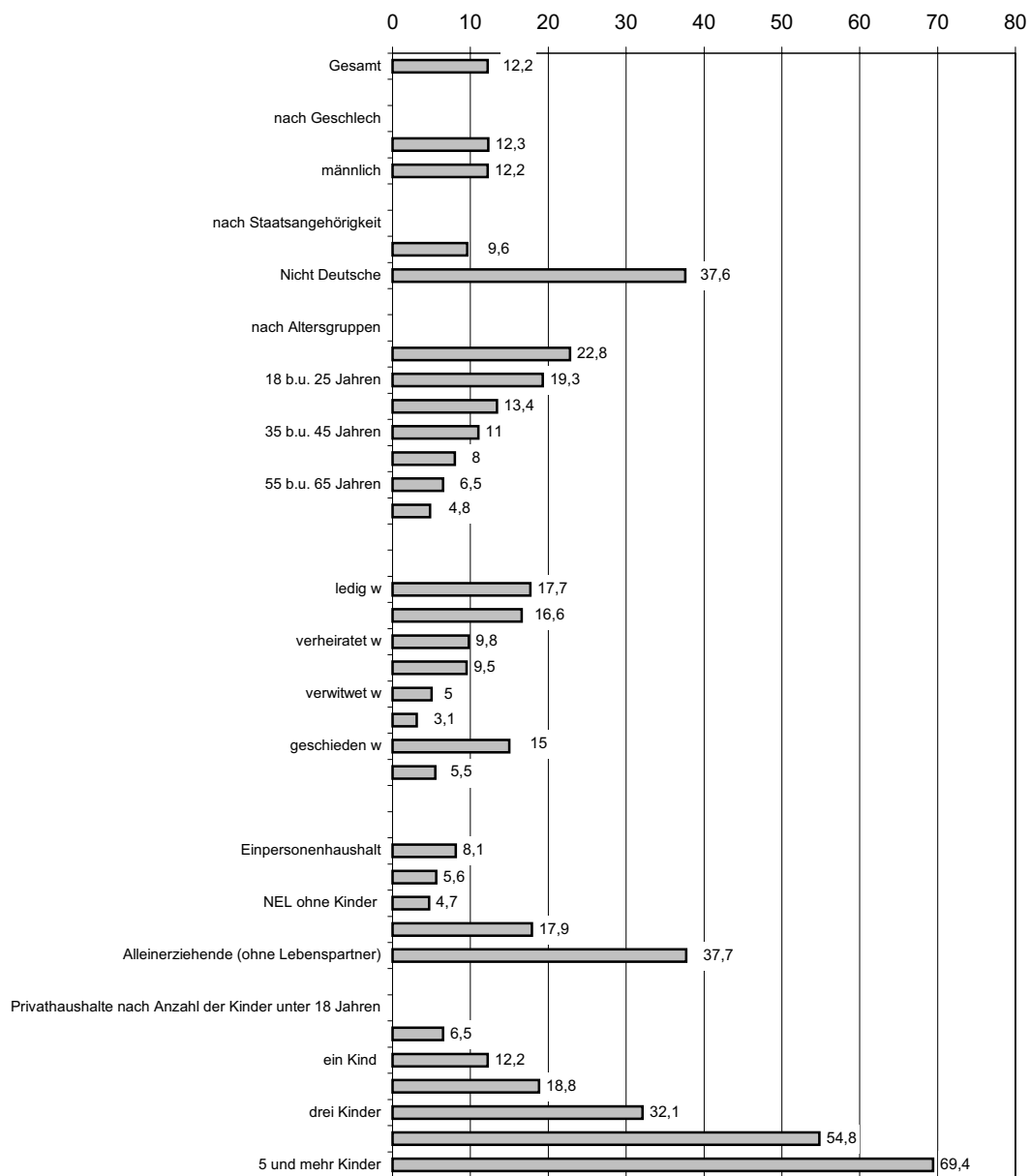
*) Auf Grundlage des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommens

Quelle: Mikrozensus 1996-2000, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit

Diese Quoten machen das Ausmaß der Armut in der gesamten Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen deutlich, sagen jedoch nichts über die Betroffenheit einzelner Personengruppen und Lebensformen aus. Deren Risiko arm zu sein, lässt sich als Anteil oder Quote der einkommensarmen Personen an der jeweils betrachteten Gruppe ausdrücken. Eine genauere Auswertung zeigt, dass Armut sehr unterschiedlich verteilt ist (vgl. Abbildung 2-2).

Zunächst fällt bei den personenbezogenen Merkmalen auf, dass Frauen „relativer Einkommensarmut“ nur unwesentlich stärker unterliegen als Männer. Dies weicht von den Ergebnissen der Sozialhilfestatistik ab, die eine höhere Betroffenheit von Frauen erkennen lässt (s.u.).

Abb. 2-2: Anteile der Personen in Haushalten unterhalb der 50%-Einkommensgrenze* in NRW 2000



Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit

Drastische Unterschiede ergeben sich für die deutsche und nicht deutsche Bevölkerung: nicht deutsche Personen tragen mit einer Armutsquote von fast 40% ein nahezu viermal so hohes Armutsrisiko wie deutsche. Die altersspezifischen Armutsquoten lassen erkennen, dass heute Einkommensarmut mit zunehmendem Alter sinkt. Auffällig sind die hohen Quoten bei Minderjährigen und Heranwachsenden, unter denen ein Fünftel einkommensarm ist.

Auch der Familienstand beeinflusst das Armutsrisiko maßgeblich: ledige Personen sind ebenso wie geschiedene Frauen weitaus häufiger einkommensarm.

Von den in NRW vorherrschenden Lebensformen zeichnen sich vor allem Ehepaare mit Kindern und Alleinerziehende durch eine hohe Armutsgefährdung aus. Leben Kinder im Haushalt, steigt das Risiko kontinuierlich mit ihrer Anzahl: Wohnen drei Kinder im Haushalt, so liegt die Armutsquote bei 32%, bei vier Kindern ergibt sich sogar eine Quote von 50%.

Das Ausmaß des Sozialhilfebezuges in NRW kann als weiterer Armutsindikator herangezogen werden. Dabei ist zu bedenken, dass in der Statistik nur die Personen erfasst werden, die ihren Anspruch auch wahrnehmen (s. Teil B, Kapitel 1).

Anspruch auf Sozialhilfe haben Personen, die ihren erforderlichen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften aufbringen können. Maßstab ist demnach nicht das durchschnittliche Einkommen, sondern das politisch bestimmte Existenzminimum, das sich im monatlichen "Bruttobedarf" der Sozialhilfe ausdrückt. Die konkreten Beträge lagen in NRW Ende Dezember 2000 durchschnittlich für einen einzelnen Haushaltsvorstand bei 1094 DM (559,35 EURO) und für eine allein Erziehende mit einem Kind bei 2019 DM (1032,30 EURO).

Im Dezember des Jahres 2000 bezogen in Nordrhein-Westfalen knapp 650.000 Personen Sozialhilfe im engeren Sinne (sog. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen). Der Anteil der Sozialhilfebeziehenden an der Bevölkerung betrug somit 3,6%.

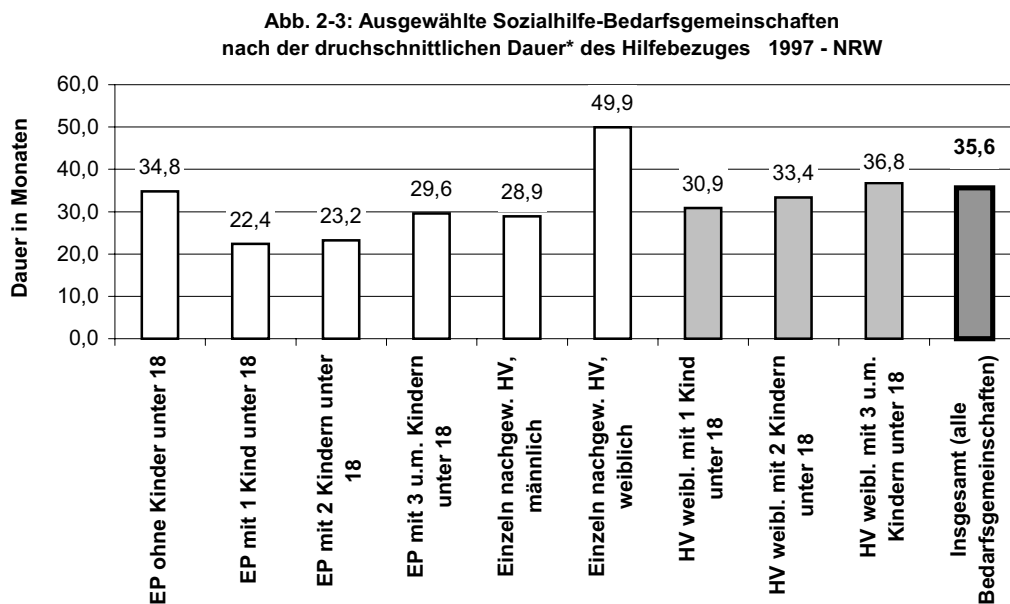
Ogleich zwischen der Gruppe der Sozialhilfebeziehenden und der einkommensarmer Personen große Überschneidungen bestehen, zeigen sich auch Unterschiede: Während anhand der relativen Armutsquote die Aussage, dass Armut vor allem weiblich sei, nicht belegt werden kann, so zeigt der Vergleich der Sozialhilfequoten eine stärkere Betroffenheit der Frauen (4,1%) gegenüber den Männern (3,1%). Bestätigt wird hingegen die finanzielle Notlage vieler Ausländer und ihrer Familien in NRW. Ihr Sozialhilferisiko ist mehr als doppelt so hoch wie das der Deutschen (7,8% bzw. 3,1%; vgl. Teil B, Kapitel 6).

Kinder und Jugendliche sind in hohem Ausmaß von Unterstützungsleistungen abhängig. Etwa jeder 16. deutsche und jeder 8. nicht deutsche Minderjährige ist in unserem Bundesland auf Sozialhilfe angewiesen. Das verweist erneut darauf, dass Haushalte mit Kindern ein besonders hohes Armutsrisiko tragen. In NRW leben fast 60% aller Sozialhilfeabhängigen in einem Haushalt (sog.

„Bedarfsgemeinschaft“) mit Kind(ern) unter 18 Jahren. Fast ein Drittel aller Hilfebedürftigen kommt aus einem allein erziehenden Haushalt und die Hälfte aller *minderjährigen* Sozialhilfeabhängigen wächst bei allein Erziehenden auf.

Aspekte der Dauer und des Lebenslaufs

Armut entsteht vielfach durch gravierende biographische Einschnitte (Arbeitslosigkeit, Trennung, Krankheit, Invalidität) oder als Folge von Ereignissen im Lebenszyklus (Ausbildungsphase, Geburt und Betreuung von Kindern, Ruhestand). Weil vielfältige biographische, aber auch individuelle (z.B. der Qualifikation) oder strukturelle Hintergründe (Verfestigung der Arbeitslosigkeit) maßgeblichen Einfluss auf die Dauer der Armutphasen haben können, lassen sich Aussagen über die Verläufe nicht verallgemeinern. Ebenso wenig lässt sich hier die Frage beantworten, ob Perioden der Armut und Ausgrenzung in der Regel eher kurzfristig oder dauerhaft verlaufen (Verzeitlichung vs. Verfestigung). Es ist jedoch möglich, für Nordrhein-Westfalen Zusammenhänge zwischen der Lebens- bzw. Haushaltsform – rechtlich handelt es sich um sog. Bedarfsgemeinschaften - und der Dauer des Sozialhilfebezuges darzustellen:



* ununterbrochene Leistungsgewährung an mindestens ein Mitgl. der Bedarfsgemeinschaft
Quelle: Anonymisierte Einzeldaten der Sozialhilfestatistik, eigene Berechnungen (ZEFIR)

Je nach dem, ob die laufende Dauer für den gesamten Haushalt oder für mindestens ein Mitglied betrachtet wird, liegt der Durchschnitt bei knapp zwei bzw. über 3 Jahren. Aufschlussreicher ist die zweite Meßmethode, da sich durch die Veränderung von Haushaltskonstellationen (Geburt eines Kindes, Trennung etc.) zwar die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft ändert, die betroffenen

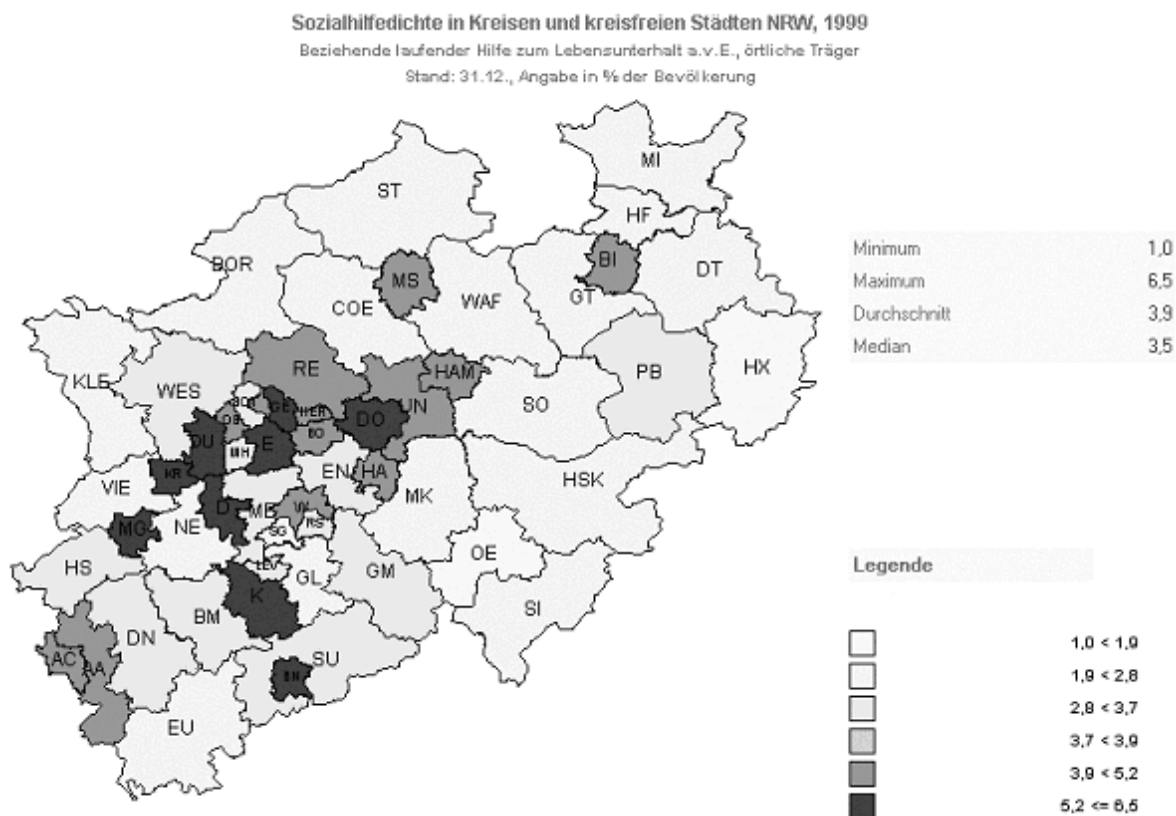
Personen jedoch weiterhin auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die Ergebnisse zeigen u.a., dass allein Erziehende - neben allein Stehenden (älteren) Frauen - besonders lange auf Unterstützung angewiesen sind (Abbildung 2-3) .

Auch das Bildungsniveau hat einen erheblichen Einfluss darauf, wie schnell die Hilfeabhängigkeit überwunden werden kann. Für NRW lässt sich klar belegen: Je niedriger der erreichte Schulabschluss, umso länger dauert der Sozialhilfebezug.

Räumliche Dimension

Armut ist auch räumlich sehr unterschiedlich ausgeprägt. Der Vergleich der nordrhein-westfälischen Regionen offenbart eine erhebliche Variation der Sozialhilfedichten zwischen 1 und 2% in mehreren ländlichen Kreisen und um 6% in Städten an Rhein und Ruhr (1999; vgl. Karte 2-1; 'Informationssystem Sozialhilfedaten': http://193.159.218.75/arbeit/sozialhilfe/sozialhilfedaten_nrw/sb-demo/index.htm [Stand 18.02.2003]).

Karte 2-1:



Quelle: 'Informationssystem Sozialhilfedaten', http://193.159.218.75/arbeit/sozialhilfe/sozialhilfedaten_nrw/sb-demo/index.htm [Stand 18.02.2003]

Die plakative Formel „Armut ist städtisch“ kennzeichnet dennoch die Situation nur unzureichend, weil zunehmend auch Umlandkreise der Großstadtregionen betroffen sind. Ferner sind die Städte in sich sozialräumlich stark gespalten, da Armut räumlich konzentriert in bestimmten Stadtteilen auftritt. Die Problematik kann jedoch nicht auf sog. „soziale Brennpunkte“ reduziert werden: In den als „Brennpunkte“ bezeichneten hochproblematischen und meist kleineren Quartieren lebt mitunter mehr als die Hälfte der Kinder von Sozialhilfe; aber es gibt auch eine Vielzahl großer Stadtteile, in denen eine ähnliche Problematik besteht, hier bezieht jedes fünfte Kind - oder sogar mehr - Sozialhilfe. Diese Stadtteile, von denen nur ein kleiner Teil im Rahmen von Stadtteilprogrammen gefördert wird, sind nicht nur von hohen Armutsquoten, sondern auch von einer Häufung weiterer sozialer und ökologischer Benachteiligungen gekennzeichnet, die sich gegenseitig verstärken und problemverschärfend wirken.

2.3 Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation

In den seltensten Fällen beschränkt sich Armut auf ein zu geringes Einkommen. Zu den finanziellen Einschränkungen treten psychische und soziale Belastungen, die oft weitaus folgenreicher sind, als die wirtschaftliche Benachteiligung. Prinzipiell werden durch knappe finanzielle Mittel auch Handlungsspielräume, Entwicklungs- und Erfahrungsmöglichkeiten begrenzt. So hängt die Beteiligung an sozialen Aktivitäten, der Erholungsurlaub, gute Ernährung, die Qualität der Wohnbedingungen bzw. des -umfeldes nicht zuletzt vom verfügbaren Einkommen ab. In unserer Gesellschaft, in der soziale Teilhabe eng an finanzielle Spielräume gebunden ist, kann daher ökonomische Benachteiligung schnell in eine Spirale sozialer Ausgrenzung mit der Gefahr der Isolation führen. Erfahrung von Schuldzuweisungen und Diskriminierungen durch das soziale Umfeld und die Öffentlichkeit (Missbrauchsvorwurf, Stigmatisierung) verstärken die Tendenz zum Rückzug und zur Resignation. Je länger Armut andauert, umso geringer sind die Chancen, die Situation aus eigenen Kräften zu verändern. Bezogen auf Kinder und Jugendliche ist vielfach belegt, dass Armutserfahrungen, insbesondere wenn sie von längerer Dauer sind, erhebliche Entwicklungsrisiken nach sich ziehen können.

Bekannt ist allerdings auch, dass Einkommensarmut sehr unterschiedlich verarbeitet und wirksam wird. Materielle Unterversorgung muss daher nicht zwangsläufig gravierende Folgen haben. Die Bewältigung hängt in hohem Maße von der Unterstützung durch das Umfeld ab (Familie, Schule, Freizeit- und Arbeitsbedingungen etc.).

3 Menschen in NRW in prekärer Lebenslage

3.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung

Gesellschaftspolitische Bedeutung

In der Armutsforschung, der Politik und der Öffentlichkeit wird der Begriff der "prekären Lebenslage" recht unterschiedlich, zumeist jedoch im Zusammenhang mit der Kumulation von sozialen Problemen und Benachteiligungen und daraus erwachsenden Risiken der sozialen Ausgrenzung diskutiert. Menschen in prekären Lebenssituationen ist mit materiellen Unterstützungsleistungen nur begrenzt zu helfen. Vielmehr geht es darum, die Betroffenen bei der Bewältigung von Problemen individuell zu unterstützen. Dabei ist die Mehrdimensionalität ihrer Problemlagen zu berücksichtigen.

Besonders wirksam erscheinen sozialpolitische Unterstützungsangebote, die auf der individuellen Ebene ansetzen und auf die je spezifischen Probleme und die individuellen Handlungsspielräume der Betroffenen abgestimmt sind. Jedoch würden Hilfsangebote zu kurz greifen, die die auftretenden Schwierigkeiten lediglich als individuelle Problemlagen einzelner Menschen begreifen. Soll diesen Personen geholfen werden, Wege aus ihrer prekären Lebenslage zu finden, so müssen strukturelle Benachteiligungen sowie Belastungen und Besonderheiten ihrer Haushalte berücksichtigt werden.

Ursachen und Hintergründe

Einkommensarmut kann zwar als Maß dafür gelten, dass die Mittel für eine als angemessen geltende alltägliche Lebensführung deutlich unterschritten werden. Jedoch ist ein niedriges Einkommen meist nicht das einzige Problem, armer und armutsgefährdeter Personen. Andere zumeist gleichzeitig auftretende Benachteiligungen oder Besonderheiten kommen hinzu, die nicht nur die Lebensqualität beeinträchtigen, sondern es oft schwer machen, das Leben erfolgreich zu gestalten und Anforderungen aus eigener Kraft zu bewältigen. Die betroffenen Personen befinden sich damit in einer „prekären Lebenslage“, die eine eigenständige Lebensbewältigung erschwert und die Lebenschancen insgesamt beeinträchtigt. Welche Bedingungen führen in „prekäre Lebenslagen“?

Besonders bedeutend sind ein niedriges Ausbildungsniveau und ein eingeschränkter Arbeitsmarktzugang. Lebenschancen und soziale Teilhabe werden in modernen Gesellschaften vor allem über die Erwerbsarbeit bestimmt. Eine ausreichende eigenständige soziale Absicherung ist nur über eine kontinuierliche Erwerbsarbeit zu erreichen. Das Bildungsniveau, vor allem ein anerkannter beruflicher Bildungsabschluss, d.h. z.B. ein Lehrabschluss, ein Abschluss einer beruflichen Schule oder ein Fachhoch- bzw. Hochschulabschluss, hat erhebliche Auswirkungen auf das Spektrum beruflicher Möglichkeiten, auf die beruflichen und betrieblichen Aufstiegschancen und auf die soziale Position in jeder Lebensphase, sei es zu Beginn der beruflichen Laufbahn, während der aktiven

Erwerbsphase, bei einem beruflichen Wiedereinstieg ins Erwerbsleben (z.B. nach einer Familienpause) oder im höheren Erwerbsalter. Darüber hinaus ist das Bildungsniveau entscheidend für die Arbeitsmarktchancen und damit auch für die Höhe des zu erreichenden Erwerbseinkommens. Aber auch wer eine berufliche Ausbildung hat, kann aus unterschiedlichen Gründen Schwierigkeiten haben, erfolgreich und dauerhaft erwerbstätig zu sein.

Nicht allein individuelle Bildungsdefizite können in prekäre Lebenslagen führen. Belastungen in der Familie, wie z.B. die Versorgung mehrerer Kinder oder pflegebedürftiger Personen und die damit verbundenen eingeschränkten Handlungsspielräume (z.B. hinsichtlich des Arbeitszeitumfangs) spielen eine wichtige Rolle. Bisher tragen vor allem Frauen diese Belastungen und Einschränkungen sowie die damit verbundenen Konsequenzen des Verzichts auf Erwerbstätigkeit, auf ein eigenes Einkommen und auf berufliche Karrierechancen.

Gerade das Zusammenwirken mehrerer der genannten Problemlagen macht ihre Überwindung so schwer. Für Menschen in prekären Lebenslagen besteht neben ihrem erhöhten Armutsrisiko die Gefahr, dass sich die prekären Lebenslagen verfestigen und zur dauerhaften sozialen Ausgrenzung führen. Sie bedürfen daher in besonderem Maße sozialpolitischer Unterstützung zur Wahrung ihrer Lebenschancen.

Begriffsbestimmung

Bei Menschen in prekären Lebenslagen treffen Probleme und Benachteiligungen verschiedener Lebensbereiche zusammen, die in unterschiedlichem Maße und auf unterschiedliche Weise einschränkend wirken. Für die Armuts- und Sozialberichterstattung bedeutet dies konsequenterweise, nicht bei einer nur einkommensbezogenen Betrachtung stehen zu bleiben. Das Konzept "prekäre Lebenslagen" wird zum einen verwendet, um die Lebenssituation von Menschen zu beschreiben, die sich in einer akuten sozialen Krise befinden, mit unter Umständen lebens- oder existenzbedrohenden Folgen, wie sie z.B. für die Situation von Obdachlosen oder Suchtkranken, aber auch aidsinfizierten Personen charakteristisch sind. Zum anderen werden mit dem Konzept materielle Notlagen z.B. im Sinne einer Unterversorgung hinsichtlich gesellschaftlicher Mindeststandards charakterisiert, ohne dass diese bereits existenzbedrohende Ausmaße angenommen haben müssen.

Ein weiter gefasstes Verständnis des Begriffs "prekäre Lebenslage" meint Lebenssituationen, die durch eine Kumulation unterschiedlicher, sich gegenseitig verstärkender sozialer Probleme gekennzeichnet sind. Dahinter steht die Erkenntnis, dass Armut und Armutslagen oft mehrdimensional sind, d.h. dass sowohl materielle als auch soziale Benachteiligungen zusammentreffen können, die Risiken sozialer Ausgrenzung begründen. Nicht selten werden auch verminderte kulturelle und politische Teilhabechancen, die mit solchen Lebenssituationen verknüpft sein können, in die Definition des Begriffs eingeschlossen. Eine solche umfassende Begriffsbestimmung birgt jedoch die Gefahr alle möglichen Formen sozialer Benachteiligungen pauschal als prekäre Lebenslagen zu interpretieren.

Der Begriff wird also unterschiedlich verwendet. Darüber hinaus bestehen bei der empirischen Umsetzung bisher erhebliche Defizite.

Dies liegt zum einen an den Einschränkungen der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Datensätze: Die verfügbaren bevölkerungsrepräsentativen Datensätze sind oft zu klein, um für Bundesländer noch ausreichend valide Aussagen treffen zu können. Zudem sind die erhobenen Merkmalsbereiche vielfach zu undifferenziert, um mehrdimensionale Problemlagen abzubilden. Bevölkerungsrepräsentative Erhebungen sind also im Allgemeinen nur begrenzt brauchbar, um die Situation von Menschen in prekären Lebenslagen genauer zu beschreiben. Eine besondere methodische Schwierigkeit liegt in der Vielfalt möglicher Dimensionen, die in die Analyse einfließen sollen. Schon bei der gemeinsamen Betrachtung von nur drei Problembereichen (z.B. Einkommen, Ausbildung und Gesundheit) ergibt sich eine Vielzahl von Kombinationsmöglichkeiten. Mit der Anzahl der gemeinsam betrachteten Probleme sinkt die Größe der jeweils betroffenen Personengruppe.

Bestimmte Einzelprobleme betreffen darüber hinaus nur einen Teil der Bevölkerung, z.B. Suchtprobleme und Überschuldung. In beiden Fällen sind die Betroffenen auch in großen bevölkerungsrepräsentativen Umfragen als Gruppe nicht mehr in ausreichender Zahl vertreten. Auch wohnungslose Personen und Personen in Gemeinschaftsunterkünften, z.B. in Alten- und Pflegeheimen sind in diesen Erhebungen nicht vertreten, so dass auch für sie keine Analysen vorgenommen werden können, obgleich gerade die Lebenslagen dieser Personengruppen häufig prekär sind.

Ferner birgt die empirische Umsetzung eines umfassenderen Konzeptes prekärer Lebenslagen in der Sozialforschung und Sozialberichterstattung eine Reihe weiterer methodischer Schwierigkeiten. Schon die Frage, welche Personen man sinnvoller Weise betrachten sollte, ist abhängig von der Zielsetzung der Analyse: Sollen allgemeine Aussagen zu Umfang und Verteilung prekärer Lebenslagen in der Gesellschaft gemacht werden, oder sollen Informationen bereitgestellt werden, um zu ermitteln, welche Personengruppen, in welchem Umfang, welcher sozialpolitischen Unterstützung bedürfen?

Kontrovers sind in diesem Zusammenhang auch die notwendigerweise zu definierenden Schwellenwerte, d.h. die auf die jeweilige Merkmalsdimension bezogenen Grenzwerte, ab der eine Lebenssituation als prekär definiert wird.

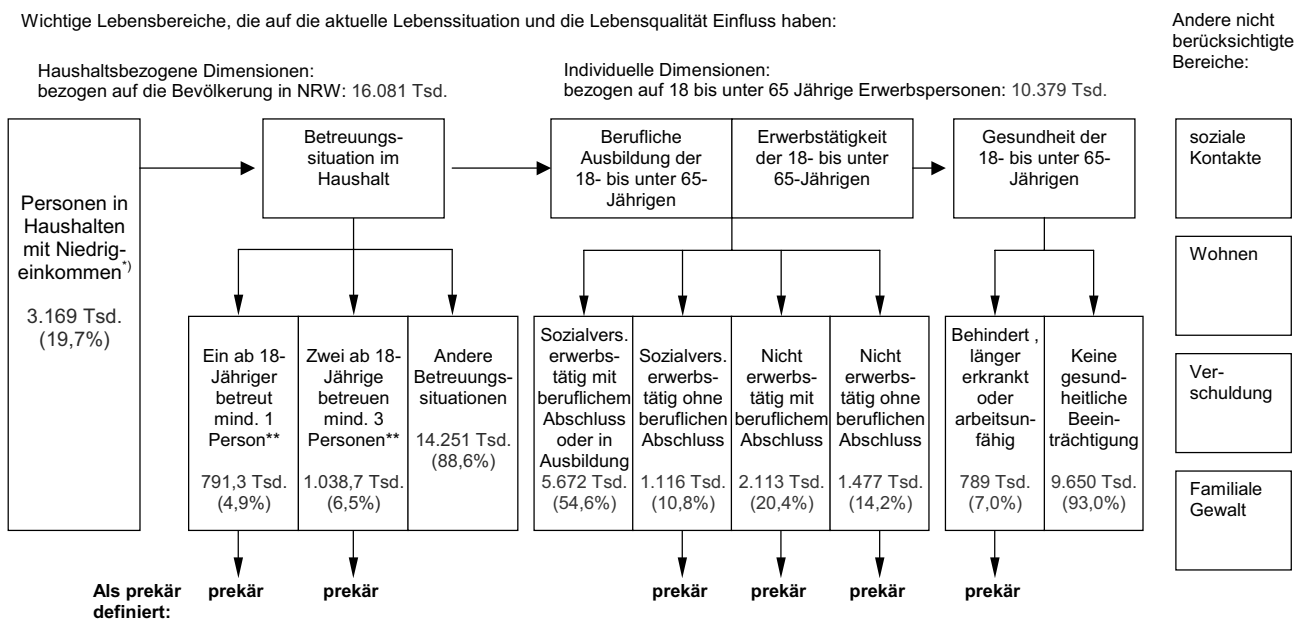
Im Rahmen des Sozialberichts Nordrhein-Westfalen soll dennoch ein erster Versuch unternommen werden, prekäre Lebenslagen und ihre Verbreitung im Bundesland empirisch umfassend zu dokumentieren. *Wir definieren hierzu Menschen in prekären Lebenslagen als arme oder armutsgefährdete Personen, deren in mehrfacher Hinsicht eingeschränkte Lebenssituation eine eigenständige Lebensbewältigung erschwert.*

Diese Darstellung konzentriert sich aufgrund ihrer weiten Verbreitung auf Einschränkungen der Lebenssituation durch Niedrigeinkommen, Betreuungsbelastungen in der Familie, unzureichende berufliche Ausbildung, fehlende Erwerbstätigkeit und gesundheitliche Beeinträchtigungen (vgl. Übersicht 3-1). Wie bereits angedeutet, bleibt dabei eine Vielzahl anderer Probleme, z.B. fehlende soziale Kontakte, schlechte Wohnsituationen, Verschuldungsprobleme oder mangelnde politische Partizipationschancen, aber auch familiäre Gewalt oder Suchtprobleme unberücksichtigt.

Im Folgenden wird die Lebenssituation einer Person dann als prekär eingestuft, wenn mehrere Probleme parallel auftreten: neben Einkommensarmut oder Niedrigeinkommen, hohe Betreuungsbelastung, fehlende berufliche Ausbildung und/oder Erwerbslosigkeit. Zusätzlich wird eine gesundheitliche Beeinträchtigung, also eine Behinderung, längere Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit bei den 18 bis unter 65-Jährigen berücksichtigt (vgl. Übersicht 3-1).

Übersicht 3-1: Prekäre Lebenslagen als multimedimensionale Problemlagen von Menschen mit Niedrigeinkommen (Operationalisierung im Sozialbericht NRW)

Wichtige Lebensbereiche, die auf die aktuelle Lebenssituation und die Lebensqualität Einfluss haben:



Von einer prekären Lebenslage wird dann ausgegangen, wenn neben einem Niedrigeinkommen ein oder mehrere der als prekär definierten Merkmale zusammentreffen.

*) Haushalten mit einem (OECD-alt) bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 60% des nordrhein-westfälischen Durchschnitts.
 **) Kinder unter 18 Jahren oder pflegebedürftige Personen.
 Quelle: Mikrozensus 1999 - 45%-Unter Stichprobe, eigene Berechnungen (ZEFIR), nur Bevölkerung am Familienwohnsitz und bekanntem Haushaltseinkommen.

3.2 Umfang und Struktur

Dimensionen prekärer Lebenslagen in der Bevölkerung

Vielfalt und Verschiedenartigkeit der möglichen Problemkonstellationen erschweren zusammenfassende Aussagen zur Verbreitung und zum Ausmaß prekärer Lebenslagen. Die folgende Betrachtung für das Jahr 1999 setzt auf der Ebene prekärer Einkommenslagen an und versucht zusätzlich, neben familienbezogenen auch individuelle Merkmale zu berücksichtigen.

Ein Niedrigeinkommen ist ein (nach der alten OECD-Skala gewichtetes) Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 60% des Durchschnittseinkommens in NRW (vgl. Teil B, Kap. 1). In Nordrhein-Westfalen lebten 1999 3.169.000 Personen in Haushalten mit derart niedrigen Einkommen, das sind 19,7% der Gesamtbevölkerung (vgl. Übersicht 3-1).

Für die vorliegende Analyse gehen wir davon aus, dass eine hohe Betreuungsbelastung dann vorliegt, wenn Kinder unter 18 Jahren oder abhängige, pflegebedürftige Personen im Haushalt zu versorgen und zu betreuen sind. Im Einzelnen werden folgende Betreuungssituationen als prekär eingestuft, da sie besondere Belastungen der materiellen Daseinsvorsorge und der Alltagsbewältigung bedeuten:

- Ein/e nicht pflegebedürftige/r Erwachsene/r lebt mit einem oder mehreren zu Betreuenden zusammen (z.B. allein Erziehende/r mit Kindern unter 18 Jahren oder eine Frau mit pflegebedürftigem Mann). 1999 lebten in solchen Haushalten etwa 791.000 Personen, das sind etwa 5% der Gesamtbevölkerung (vgl. Übersicht 3-1).
- Zwei nicht pflegebedürftige Erwachsene leben mit drei oder mehr zu Betreuenden zusammen (z.B. ein Ehepaar mit drei Kindern oder eine nichteheliche Lebensgemeinschaft mit zwei Kindern und einer pflegebedürftigen Mutter). Diese Lebenssituation betraf 1999 in Nordrhein-Westfalen 1.038.700 Menschen (vgl. Übersicht 3-1).

Wenn im Folgenden von Betreuenden oder betreuenden Personen gesprochen wird, so sind dies immer nicht pflegebedürftige Erwachsene ab 18 Jahren.

Unsere Analysen gehen weiter davon aus, dass im Haushalt alle nicht pflegebedürftigen Personen ab 18 Jahren (und insbesondere Personen im Erwerbsalter von 18 bis unter 65 Jahren) Verantwortung für das Wohlergehen und die Versorgung der anderen Familienmitglieder aktiv wahrnehmen können. Diese werden im folgenden knapp als Erwachsene oder betreuende Erwachsene bezeichnet, da sie in der Regel über Erwerbsarbeit bzw. durch Lohnersatzleistungen, die auf vorangegangener abhängiger Erwerbsarbeit basieren, zum Lebensunterhalt beitragen. Einschränkungen des Arbeitsmarktzugangs und der Arbeitsmarktchancen, insbesondere aufgrund unzureichender beruflicher Abschlüsse werden häufig zum Auslöser prekärer Lebenslagen. Daher wird für diese Erwachsenen nach folgenden prekären Erwerbs- und Ausbildungssituationen unterschieden:

- sozialversicherungspflichtig Erwerbstätige ohne berufliche Ausbildung,
- Erwerbslose mit beruflicher Ausbildung (Lehrabschluss, Abschluss einer beruflichen Schule, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss),
- Erwerbslose ohne berufliche Ausbildung (vgl. Übersicht 3-1).

Eine erhebliche Zahl der betreuenden Erwachsenen im Jahr 1999 in Nordrhein-Westfalen sind gesundheitlich beeinträchtigt (789.000), d.h. teilweise oder vollständig behindert, länger erkrankt oder arbeitsunfähig (vgl. Übersicht 3-1). Für sie ist es besonders schwer, zusätzliche soziale Probleme, wie hohe Betreuungsbelastungen oder prekäre Erwerbsituationen zu bewältigen.

Etwas mehr als ein Viertel aller Personen in Haushalten mit Niedrigeinkommen, das waren 1999 etwa 829.000 in Nordrhein-Westfalen, lebt in Haushalten mit hoher Betreuungsbelastung (vgl. Tabelle 3-1). D.h. ein/e Betreuende/r versorgt ein Kind oder mehrere Kinder unter 18 Jahren oder Pflegebedürftige, oder zwei betreuende Personen versorgen drei oder mehr zu Betreuende der genannten Art. Personen in Haushalten mit hoher Betreuungsbelastung sind besonders häufig armutsgefährdet, insbesondere wenn sie in Haushalten mit zwei Betreuenden und drei oder mehreren zu Betreuenden leben. Fast jeder Zweite in einer solchen Lebenssituation lebt in einem Haushalt mit weniger als 60% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Nettoeinkommens in Nordrhein-Westfalen. Das sind bezogen auf alle Haushalte dieser Zusammensetzung im Durchschnitt etwas mehr als 920 DM (etwa 470 Euro) pro Kopf.

Tabelle 3-1: Betreuungssituation im Haushalt von Personen mit Niedrigeinkommen¹⁾ in Nordrhein-Westfalen in 1999

Personen mit Niedrigeinkommen ¹⁾				
Betreuungssituation im Haushalt	In Tsd.	In %	Ø Pro-Kopf-Einkommen in DM ²⁾	In % aller Personen in der jeweiligen Betreuungssituation
Insgesamt	3.169	100,0%	941 (481 Euro)	19,7%
Nicht prekär	2.340	73,8%	952 (487 Euro)	16,4%
Prekärer Betreuungssituation	829	26,2%	919 (470 Euro)	45,3%
Darunter:				
Prekär: Ein/e Erwachsene/r betreut mind. ein Kind unter 18 Jahren bzw. einen Pflegebedürftigen	327	10,3%	879 (449 Euro)	41,3%
Prekär: Zwei Erwachsene betreuen mind. drei Kinder unter 18 Jahren bzw. Pflegebedürftige	502	15,9%	926 (473 Euro)	48,4%

¹⁾ Personen in Haushalten mit einem (OECD-alt) bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 60% des nordrhein-westfälischen Durchschnitts

²⁾ Durchschnittliches (OECD-alt) bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen

Quelle: Mikrozensus 1999, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit

Bei dieser Gruppe handelt es sich in der Mehrzahl um kinderreiche Familien (vgl. Teil B, Kapitel 4). Besonders hoch ist die Armutsgefährdung für Menschen in kleineren Haushalten mit hoher Betreuungsbelastung, zumeist allein Erziehende (vgl. Teil B, Kapitel 5), aber auch Betreuende, die sich um eine weitere pflegebedürftige Person kümmern. Sie müssen im Durchschnitt nur mit etwa 880 DM (etwa 450 Euro) bedarfsgewichtetem Pro-Kopf-Einkommen wirtschaften. Zu beachten ist, dass die genannten Einkommensangaben für Mehrpersonenhaushalte nicht das tatsächlich zur Verfügung stehende Einkommen pro Kopf darstellen. Durch die Bedarfsgewichtung fallen die genannten Beträge höher aus, als das tatsächliche Einkommen pro Kopf, da erwartbare Spareffekte berücksichtigt werden, z.B. durch das gemeinschaftliche Wohnen und Wirtschaften von mehreren Personen. Ein Niedrigeinkommen bzw. die damit verbundene Armutsgefährdung bedeutet oft, dass kritische Lebensereignisse, z.B. die Geburt eines weiteren Kindes, eine Scheidung, eine längere Krankheit oder die Arbeitslosigkeit betreuender Personen, die Lebenssituation so verschlechtern, dass der gesamte Haushalt unter die Schwelle der Einkommensarmut sinkt bzw. auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Personen ohne hohe Betreuungsbelastungen hingegen sind weniger armutsgefährdet. Nur etwa jeder Sechste in Haushalten ohne prekäre Betreuungssituation ist armutsgefährdet. Da es sich aber um eine sehr große Bevölkerungsgruppe handelt, betrifft dies etwa 2,34 Mio. und damit die Mehrzahl der Menschen mit Niedrigeinkommen. Diese Personen haben auch nach der Bedarfsgewichtung im Durchschnitt etwas mehr Einkommen zur Verfügung als alle Haushalte mit Niedrigeinkommen.

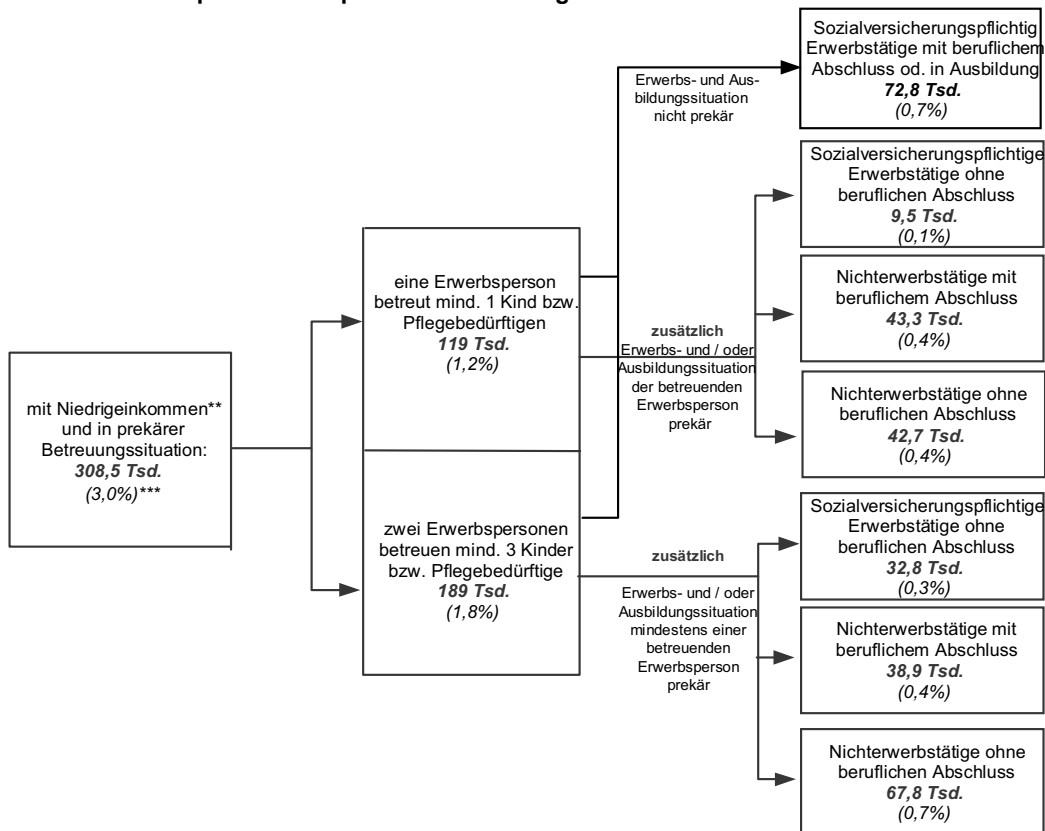
Bei den zu Betreuenden in den Haushalten mit prekären Lebensbedingungen handelt es sich zu 95% um nicht pflegebedürftige Kinder. Die restlichen 5% sind pflegebedürftige Kinder oder Erwachsene. Im Jahr 1999 sind dies etwa 25000 Personen.

Situation der Betreuenden

Die Verantwortung für die Betreuung und Versorgung dieser Familienmitglieder liegt bei den über 18-jährigen Erwachsenen. Übersicht 3-2 gibt in hierarchischer Form Auskunft über das Zusammentreffen der interessierenden Problemlagen unter den betroffenen Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen 1999.

Auffällig ist, dass bereits bei einer zusammenfassenden Betrachtung von Einkommensarmut und prekärer Betreuungssituation die Gruppe der betroffenen Erwachsenen auf 308.500 schrumpft, das sind nur 3% aller Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen. Bei einer zusätzlichen Berücksichtigung der Erwerbs- und Ausbildungssituation liegt die Größe aller betrachteten Gruppen bereits unter 1% aller Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen, wobei die Nichterwerbstätigen bzw. Erwerbslosen ohne beruflichen Abschluss mit insgesamt 110.500 Erwachsenen die zwei größten Untergruppen mit prekärer Erwerbs- und Ausbildungssituation stellen.

Übersicht 3-2: Erwerbspersonen in prekären Lebenslagen in Nordrhein-Westfalen 1999*

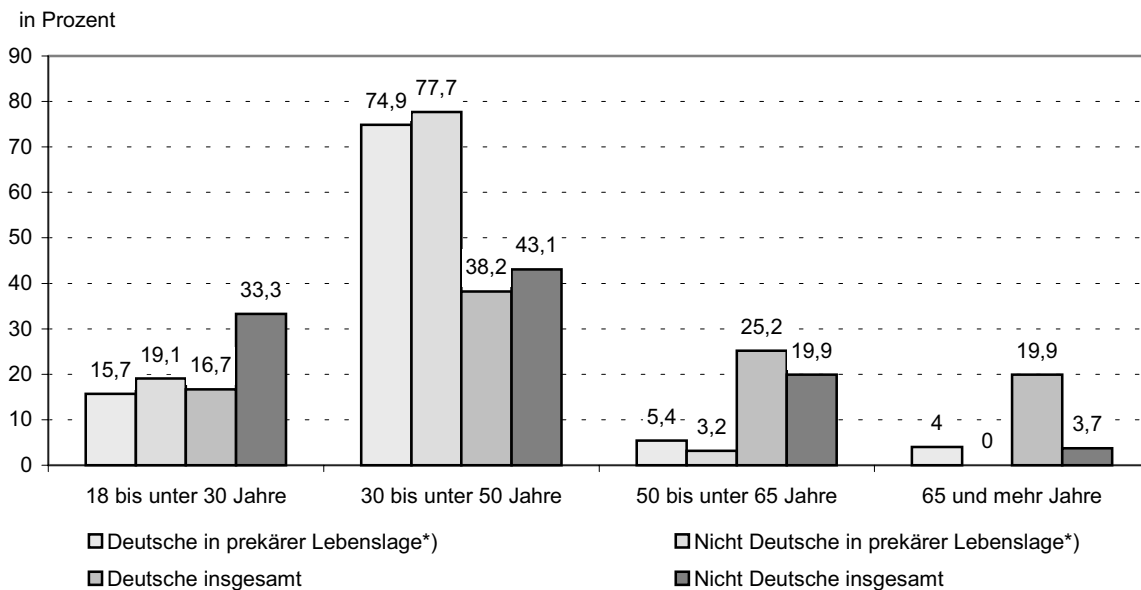


*) Die enthaltenen hochgerechneten Werte von unter 10.000 haben nur eine eingeschränkte Aussagekraft, da mit einem relativ hohen Stichprobenfehler zu rechnen ist.
 **) Personen in Haushalten mit einem (OECD-alt) bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 60% des nordrhein-westfälischen Durchschnitts.
 ***) Anteile an den nichtpflegebedürftigen Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen insgesamt in Klammern.
 Quelle: Mikrozensus 1999 - 45%-Unterstichprobe, eigene Berechnungen (ZEFIR), nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen.

Eine weitere Differenzierung hinsichtlich gesundheitlicher Einschränkungen ist aufgrund der geringen Gruppengrößen in dieser hierarchischen Darstellungsweise nicht mehr möglich. Die Betroffenen-gruppen mit differenzierten mehrdimensionalen Problemlagen sind in der Regel so klein, dass die hochgerechneten Werte schnell unter 10.000 Personen liegen. Aufgrund des Stichprobenfehlers kann in diesen Größenbereichen auch eine so große Stichprobe wie der Mikrozensus nur sehr ungenau Angaben liefern. Es werden daher im Folgenden nur zu einigen größeren und sozialpolitisch besonders relevanten Problemlagen Aussagen getroffen.

Die betreuenden Erwachsenen in Haushalten mit Niedrigeinkommen und hoher Betreuungsbelastung sind überdurchschnittlich häufig Männer und Frauen im Alter von 30 bis unter 50 Jahren, also vor allem Eltern in der Familienphase. Frauen und Männer höheren Alters hingegen befinden sich sehr viel seltener in prekären Lebenslagen, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht.

Abbildung 3-1: Altersstruktur der betreuenden Personen nach Staatszugehörigkeit und Lebenslage 1999 in NRW



*) Mit Niedrigeinkommen (weniger als 60% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Nettoeinkommens in NRW, OECD-alt) und in prekärer Betreuungssituation (Ein/e nicht pflegebedürftige/r Erwachsene/r versorgt 1 oder mehrere Kinder unter 18 Jahren oder Pflegebedürftige oder zwei nicht pflegebedürftige Erwachsene versorgen 3 oder mehr zu Betreuende der genannten Art.).

Quelle: Mikrozensus 1999, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit

Im Unterschied zur deutschen und nicht deutschen Bevölkerung über 18 Jahren in NRW insgesamt ist die Altersstruktur von deutschen und nicht deutschen Betreuenden in prekären Lebenslagen vergleichbar (vgl. Abbildung 3-1). Etwa drei von vier nicht deutschen Männern in einer prekären Lebenssituation waren 1999 zwischen 30 und unter 50 Jahren alt. Auch unter den deutschen Betreuenden in prekärer Lebenslage dominiert diese Altersgruppe. Alle anderen Altersgruppen hingegen sind sowohl unter den Deutschen als auch unter nicht Deutschen in prekären Haushaltssituationen unterrepräsentiert.

Im Jahr 1999 leben in Nordrhein-Westfalen etwa 670.000 betreuende Erwachsene in Haushalten mit prekärer Betreuungssituation, das sind etwas mehr als 6% der Erwachsenen. Etwas weniger als die Hälfte von ihnen, etwa 308.000, muss diese prekäre Betreuungssituation mit einem Einkommen von weniger als 60% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Nettoeinkommens bewältigen (vgl. Tabelle 3-2).

Im Lebensalltag bedeutet dies materielle Einschränkungen in vielen Alltagssituationen, aber auch häufig damit einhergehende schlechtere Wohnbedingungen, ein schlechtes Wohnumfeld oder andere sozial und kulturell defizitäre Lebensbedingungen. Unter den betreuenden Erwachsenen mit einer beruflichen Ausbildung und einer Erwerbstätigkeit ist der Anteil der Personen in einer solch schwierigen Betreuungssituation mit lediglich 5% unterdurchschnittlich.

Sie sind überdies besonders selten armutsgefährdet. Erwachsene ohne Erwerbstätigkeit und ohne beruflichen Ausbildungsabschluss sind dagegen überdurchschnittlich oft mit prekären Lebenslagen der gesamten Familie konfrontiert. Fast jede/r Zehnte unter diesen betreuenden Erwachsenen hat eine besonders hohe Betreuungsbelastung und etwa jeder Dreizehnte ist zusätzlich armutsgefährdet, d.h. er bzw. sie lebt in Haushalten mit Niedrigeinkommen. Sie leben außerdem anteilig häufiger in Haushalten mit mehreren zu betreuenden Personen.

Tabelle 3-2: Erwerbs- und Ausbildungssituation von betreuenden Erwerbspersonen nach Betreuungsbelastung und Lebenslage 1999 in Nordrhein-Westfalen

Erwerbs- und Ausbildungssituation	Betreuende Erwerbspersonen				
	Insgesamt	darunter:		darunter:	
		In prekärer Betreuungssituation**)	Mit Niedrigeinkommen*) und in prekärer		
			Insgesamt	Ein ab 18-Jähriger	Zwei ab 18-Jährige
Insgesamt in Tausend	10.379	669	308	119	189
Insgesamt in %	100%	6,4%	3,0%	1,2%	1,8%
Sozialvers. erwerbstätig, mit beruflichem Ausbildungsabschluss oder in Ausbildung	100%	5,0%	1,3%	0,4%	0,9%
Sozialvers. erwerbstätig, jedoch ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	100%	6,9%	3,8%	0,9%	2,9%
Ohne sozialvers. Erwerbstätigkeit mit beruflichem Ausbildungsabschluss	100%	7,8%	3,9%	2,1%	1,8%
Ohne sozialvers. Erwerbstätigkeit und ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	100%	9,7%	7,5%	2,9%	4,6%

*) Personen in Haushalten mit einem (OECD-alt) bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 60% des nordrhein-westfälischen Durchschnitts

**) Ein/e nicht pflegebedürftige/r Erwachsene/r versorgt 1 oder mehrere Kinder unter 18 Jahren oder Pflegebedürftige oder zwei nicht pflegebedürftige Erwachsene versorgen 3 oder mehr zu Betreuende der genannten Art.

Quelle: Mikrozensus 1999, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit

Dieser Zusammenhang wird in Abbildung 3-2 noch deutlicher. Mehr als die Hälfte aller Erwachsenen sind sozialversicherungspflichtig erwerbstätig oder in beruflicher Ausbildung. Unter den vergleichbaren Personen in Haushalten mit Niedrigeinkommen und in prekärer Betreuungssituation hingegen nicht einmal ein Viertel. Mehr als ein Drittel der betreuenden Erwachsenen mit Niedrigeinkommen und in prekären Betreuungssituationen sind 1999 nicht erwerbstätig und haben keine berufliche Ausbildung. Noch einmal etwas mehr als ein Viertel von ihnen hat zwar eine berufliche Ausbildung, ist aber nicht erwerbstätig.

Tabelle 3-3: Erwerbssituation von betreuenden Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen 1999

Betreuungs- und Erwerbssituation	Betreuende Erwerbspersonen			
	In Tausend	Arbeitssuchend	Mit Bezug von	Bezug von
Insgesamt	10.379	18,4%	4,8%	2,5%
Mit Niedrigeinkommen**) und in prekärer Betreuungssituation***)	308	24,6%	9,6%	23,6%
Sozialvers. Erwerbstätig, mit beruflichem Ausbildungsabschluss oder in beruflicher Ausbildung	73	/	/	4,5%
Sozialvers. Erwerbstätig, jedoch ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	42	0,0%	3,8%	4,5%
Ohne sozialvers. Erwerbstätigkeit mit beruflichem Ausbildungsabschluss	82	27,6%	18,7%	30,8%
Ohne sozialvers. Erwerbstätigkeit und ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	111	22,4%	11,0%	38,2%

*) Personen in Haushalten mit einem (OECD-alt) bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 60% des nordrhein-westfälischen Durchschnitts

**) Ein/e nicht pflegebedürftige/r Erwachsene/r versorgt 1 oder mehrere Kinder unter 18 Jahren oder Pflegebedürftige oder zwei nicht pflegebedürftige Erwachsene versorgen 3 oder mehr zu Betreuende der genannten Art.

Quelle: Mikrozensus 1999, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit

Besonders prekär ist die Ausbildungs- und Erwerbssituation von Personen ohne sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit und ohne berufliche Ausbildung die gleichzeitig in Haushalten mit hoher Betreuungsbelastung und mit Niedrigeinkommen leben. Mehr als ein Drittel dieser Personen bezieht Sozialhilfe. Etwa 22% sind arbeitssuchend gemeldet und etwas mehr als jeder Zehnte erhält Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe.

Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss ist eine Arbeitssuche besonders schwierig und Erwerbschancen ergeben sich allenfalls im Niedriglohnbereich, so dass für diese Personen auch bei einer Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht zu erwarten ist, dass sie ihre prekäre Lebenssituation dauerhaft überwinden. Eine besonders schwierige Erwerbssituation ist für Betreuende von Pflegebedürftigen und von mehr als drei Kindern zu erwarten (vgl. Tabelle 3-4). Dies bestätigt sich jedoch nicht. Vielmehr zeigt sich, dass gerade unter den sozialversicherungspflichtigen

Erwerbstätigen in prekären Lebenslagen überdurchschnittlich viele drei und mehr Kinder versorgten. Aufgrund der schwierigen Lebenssituation ist es hier anscheinend kaum möglich, auf eine Erwerbsarbeit zugunsten von häuslicher Kinderbetreuung zu verzichten. Erwerbslose mit beruflicher Ausbildung hingegen betreuen überdurchschnittlich oft Pflegebedürftige.

Tabelle 3-4: Erwerbs- und Ausbildungssituation von betreuenden Erwerbspersonen mit Niedrigeinkommen*) und in prekärer Betreuungssituation) nach Art der zu betreuenden Personen 1999 in NRW**

Erwerbs- und Ausbildungssituation	Betreuende Erwerbspersonen	
	Mit pflegebedürftigen Personen,	Mit 3 und mehr Kindern unter 18
Insgesamt	5,5%	65,6%
Sozialvers. erwerbstätigt, mit beruflichem Ausbildungsabschluss oder in Ausbildung	5,5%	71,2%
Sozialvers. erwerbstätigt, jedoch ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	2,4%	78,6%
Ohne sozialvers. Erwerbstätigkeit mit beruflichem Ausbildungsabschluss	8,5%	51,2%
Ohne sozialvers. Erwerbstätigkeit und ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	4,5%	67,6%

*) Personen in Haushalten mit einem (OECD-alt) bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 60% des nordrhein-westfälischen Durchschnitts

**) Ein/e nicht pflegebedürftige/r Erwachsene/r versorgt 1 oder mehrere Kinder unter 18 Jahren oder Pflegebedürftige oder zwei nicht pflegebedürftige Erwachsene versorgen 3 oder mehr zu Betreuende der genannten Art.

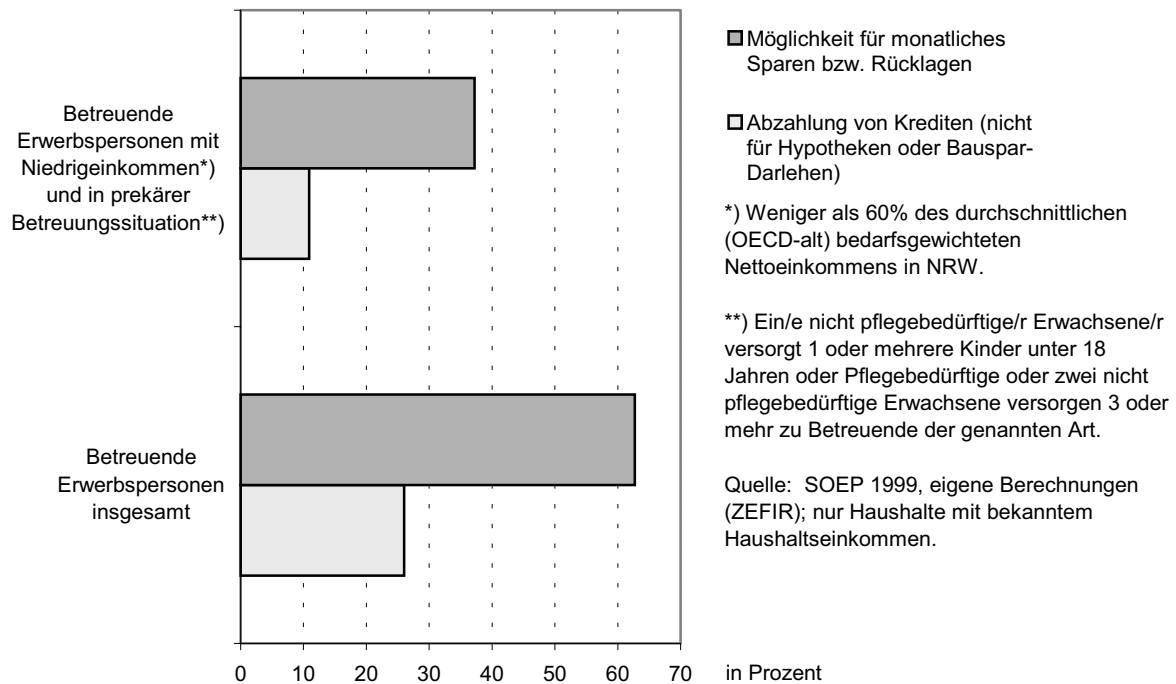
Quelle: Mikrozensus 1999, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbst-ständige Landwirte in der Haupttätigkeit

Inwieweit Erwerbslosigkeit ursächlich für die Armutsgefährdung ist, kann hier nicht geklärt werden. Sicher ist aber, dass es in der Regel nicht ausreicht, zusätzliche Erwerbs- und Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten. Denn sie können von den Betroffenen nur wahrgenommen werden, wenn gleichzeitig Unterstützungen zur Bewältigung ihrer Betreuungsbelastungen angeboten werden. Häufig erlaubt die jeweilige Situation in der Familie auch keine Ausweitung der Erwerbsarbeit oder es ist neben den Betreuungsaufgaben zuwenig Zeit, um eine Ausbildung aufzunehmen. Hier wirken zirkuläre Verstärkungen.

Inwiefern andere mit Einkommensarmut, Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit häufig eng verknüpfte zusätzliche Armutsfaktoren, wie etwa Verschuldung, Begleiterscheinung, Folge oder Ursache der aktuellen Lebenssituation darstellen, bleibt offen. Diese Risiken betreffen jedoch eher einen geringen Teil der Menschen in prekären Lebenssituationen (vgl. Abbildung 3-3). Der Großteil der Personen mit

Niedrigeinkommen und in prekären Betreuungssituationen hat sich offenbar notgedrungen auf die engeren finanziellen Möglichkeiten der Lebenssituation eingestellt.

Abbildung 3-3: Kreditverpflichtungen und Sparmöglichkeit der betreuenden Erwerbspersonen nach Lebenslage 1999 in NRW



Lediglich jeder Zehnte in einer solchen Lebenssituation in Nordrhein-Westfalen zahlt 1999 Kreditverpflichtungen für größere Anschaffungen ab. Das sind deutlich weniger als beim Durchschnitt der Erwachsenen insgesamt. Abzahlungen für Bauspardarlehen oder Hypotheken sind in diesen Angaben jedoch nicht enthalten. Leider lassen sich auch keine Aussagen zur Kredithöhe treffen. Es ist daher nicht auszuschließen, dass ein Teil unter Umständen auch überschuldet ist.

Etwa einem Drittel der betreuenden Erwachsenen in prekären Lebenssituationen gelingt es trotz der schwierigen Lebenssituation sogar, monatlich einen gewissen Betrag für Notlagen, größere Anschaffungen oder zur Vermögensbildung zu sparen, auch wenn der Anteil der Sparer erwartungsgemäß nur klein ist.

Besondere Gruppen

Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit stellt i.d.R. eine bedeutende Beeinträchtigung in der alltäglichen Lebensführung dar, nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch für deren Familienmitglieder. 1999 waren unter den betreuenden Erwachsene in Nordrhein-Westfalen 7% ganz oder teilweise arbeitsunfähig oder behindert (vgl. Tabelle 3-5).

Tabelle 3-5: Erwerbs- und Ausbildungssituation von gesundheitlich beeinträchtigten Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen

Erwerbs- und Ausbildungssituation	Betreuende Erwerbspersonen		
	in Tausend	darunter mit gesundheitlicher	
		insgesamt	mit Niedrigeinkommen**) und in prekärer Betreuungssituation***)
Insgesamt	10.379	7,0%	3,1%
Sozialvers. Erwerbstätig, mit beruflichem Ausbildungsabschluss oder in Ausbildung	5.672	4,0%	3,1%
Sozialvers. Erwerbstätig, jedoch ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	1.116	4,7%	3,5%
Ohne sozialvers. Erwerbstätigkeit	3.591	12,5%	3,4%

*) ganz bzw. teilweise arbeitsunfähig oder behindert, aber nicht pflegebedürftig.

**) Personen in Haushalten mit einem (OECD-alt) bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 60% des nordrhein-westfälischen Durchschnitts

***) Ein/e nicht pflegebedürftige/r Erwachsene/r versorgt 1 oder mehrere Kinder unter 18 Jahren oder Pflegebedürftige oder zwei nicht pflegebedürftige Erwachsene versorgen 3 oder mehr zu Betreuende der genannten Art.

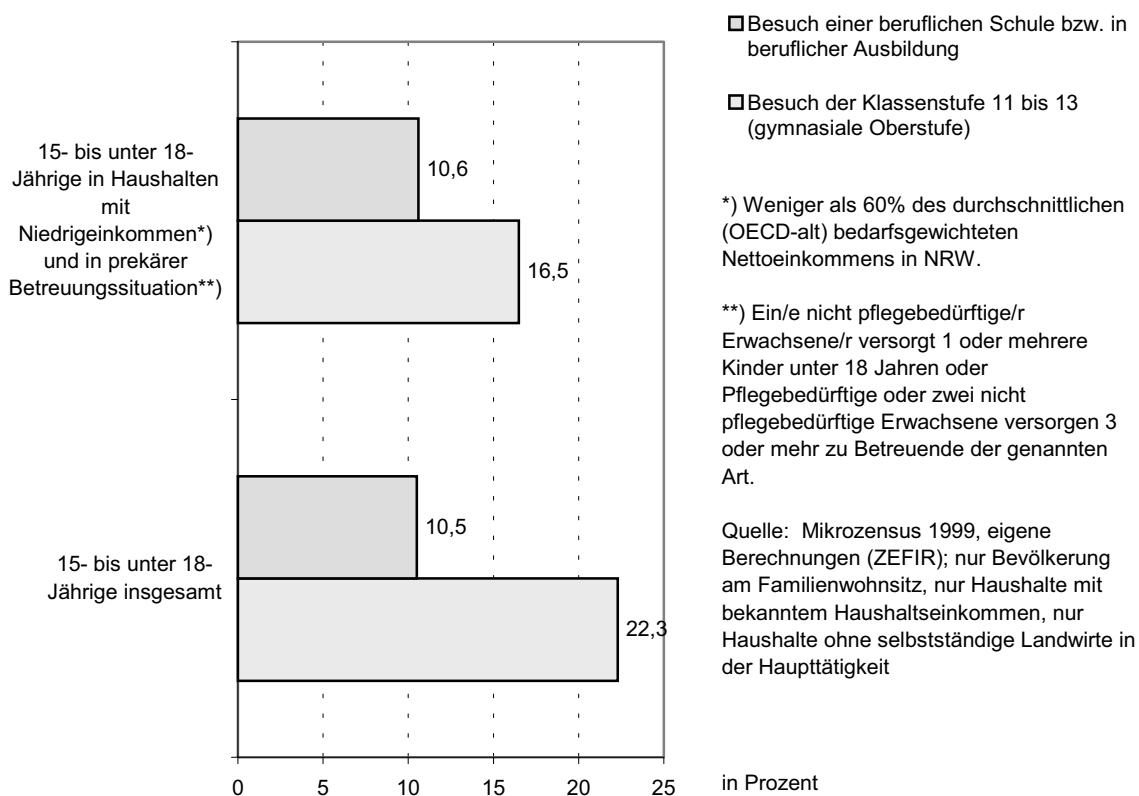
Quelle: Mikrozensus 1999, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit

Ein Teil von ihnen ist trotz dieser Einschränkungen erwerbstätig, auch wenn diese Gruppe unter den sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen deutlich unterrepräsentiert ist. Besonders folgenschwer für die Lebenssituation ist eine gesundheitliche Beeinträchtigung, wenn sie Menschen betrifft, die nicht nur für sich selbst, sondern auch für von ihnen abhängige Kinder oder pflegebedürftige Menschen Versorgungsverantwortung tragen. 3% der gesundheitlich beeinträchtigten Erwachsenen haben in Nordrhein-Westfalen nicht nur erhöhte Betreuungsbelastungen zu tragen, sondern sind zudem armutsgefährdet. Auch wenn diese besondere Häufung von Problemlagen lediglich für einen kleinen Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Nordrhein-Westfalen zutrifft, so bedeutete sie für die betroffenen Personen doch eine besonders hohe Alltagsbelastung, die leicht zur Überforderung führen kann. Diese Personen bedürfen daher besonderer Unterstützungsmassnahmen, nicht nur hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung, sondern auch bei der Bewältigung ihrer Betreuungsaufgaben.

Aspekte der Dauer und des Lebenslaufs

Für Menschen in prekären Lebenslagen besteht die Gefahr der Verstetigung der schwierigen Situation und damit einer längerfristigen sozialen Ausgrenzung und dauerhaften Abhängigkeit von sozialstaatlichen Hilfen. Der mit einer prekären Lebenslage häufig einhergehende unzureichende Zugang zu infrastrukturellen oder kulturellen Angeboten, aber auch ein eher belastetes Familienklima oder ein materiell eingeschränktes Alltagsleben, bedeuten für Kinder in der Regel schlechtere Startbedingungen ins Leben. Die prekäre Lebenslage kann sich ungünstig auf die Lebens- und Entwicklungsbedingungen der betroffenen Kinder auswirken. Ein deutlicher Indikator hierfür ist der geringere Anteil der Kinder aus Haushalten mit prekärer Lebenslage, die eine weiterführende Schule besuchen (vgl. Abb. 3-4).

Abbildung 3-4: Art der besuchten Schule der 15- bis unter 18-Jährigen nach Lebenslage 1999 in NRW



Die 15 bis unter 18-Jährigen in Haushalten mit Niedrigeinkommen und mit hoher Betreuungsbelastung besuchen zwar ebenso häufig wie alle Kinder dieser Altersgruppe in Nordrhein-Westfalen eine berufliche Schule bzw. sie sind bereits in einer beruflichen Ausbildung. Aber ihr Anteil in den Klassenstufen der gymnasialen Oberstufe ist unterdurchschnittlich, was gleichzeitig bedeutet, dass ein nur unterdurchschnittlicher Anteil dieser Kinder ein Studium aufnehmen kann. Prekäre Lebenslagen wirken sich also negativ auf die Aufstiegschancen der Kinder aus. Dies muss als schwerwiegende soziale Benachteiligung gewertet werden, die dem Ziel der Chancengleichheit in der Gesellschaft

zuwiderläuft. Ähnliche negative Folgewirkungen auf die schulische und persönliche Entwicklung von sozialhilfebeziehenden Kindern sind bereits nachgewiesen worden.

3.3 Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation

Prekäre Lebenslagen haben nicht selten ungünstige Auswirkungen auf die Lebenseinstellungen der betroffenen Menschen.

Tabelle 3-6: Lebenseinstellungen von Erwerbspersonen nach Betreuungsbelastung und Lebenslage 1999 in Nordrhein-Westfalen

	Betreuende Erwerbspersonen, die der Aussage voll zustimmen:			
	Insgesamt	darunter:		
		In prekärer Betreuungssituation**)	Mit Niedrigeinkommen*)	Mit Niedrigeinkommen*) und in prekärer Betreuungssituation**)
Wie mein Leben verläuft, hängt von mir selbst ab	41,3%	41,8%	40,9%	40,3%
Im Vergleich mit anderen habe ich nicht das erreicht, was ich verdient hätte	6,5%	18,3%	8,6%	21,9%
Was man im Leben erreicht, ist in erster Linie eine Frage von Schicksal oder Glück	7,0%	12,2%	9,3%	4,5%
Ich mache häufig die Erfahrung, dass andere über mein Leben bestimmen	3,1%	2,2%	3,7%	1,4%
Erfolg muss man sich hart erarbeiten	51,9%	42,7%	50,8%	37,0%
Wenn ich im Leben auf Schwierigkeiten stoße, zweifle ich oft an meinen Fähigkeiten	3,4%	6,0%	2,4%	0,3%
Welche Möglichkeiten ich im Leben habe, wird von den sozialen Umständen bestimmt	8,2%	18,0%	9,2%	10,9%
Wichtiger als alle Anstrengungen sind die Fähigkeiten, die man mitbringt	21,3%	23,4%	24,4%	29,6%
Ich habe wenig Kontrolle über die Dinge, die in meinem Leben passieren	1,8%	1,0%	2,7%	0,6%

*) Personen in Haushalten mit einem (OECD-alt) bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 60% des nordrhein-westfälischen Durchschnitts

***) Ein/e nicht pflegebedürftige/r Erwachsene/r versorgt 1 oder mehrere Kinder unter 18 Jahren oder Pflegebedürftige oder zwei nicht pflegebedürftige Erwachsene versorgen 3 oder mehr zu Betreuende der genannten Art.

Quelle: SOEP 1999, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen

Mögliche Folgen können Ohnmachtgefühle und Kontrollverluste sein, also z.B. das Gefühl, nur wenig aus eigener Kraft an der eigenen Situation ändern zu können, oder ein zunehmender Zweifel an den eigenen Fähigkeiten. Ob solche resignativen Lebenseinstellungen bei den Betroffenen zu finden sind, variiert aber auch mit der Art der Problemlagen (vgl. Tabelle 3-6).

Alles in allem fanden 1999 Lebenseinstellungen, die eine aktive Einflussnahme auf das eigene Leben und die Erfolge im Leben befürworten, die größten Zustimmungen sowohl unter allen Erwachsenen als auch unter den Erwachsenen in prekären Lebenslagen. So waren jeweils etwa 40% der Ansicht, dass es von ihnen selbst abhängt, wie ihr Leben verläuft. Auch die Ansicht, dass man sich Erfolg hart erarbeiten muss, wird von vielen geteilt. Aber dieser Anteil ist unter Personen mit Niedrigeinkommen und in prekären Betreuungssituationen am niedrigsten. Die Menschen in der Gruppe in besonders schwieriger Lebenssituation sind am häufigsten der Ansicht, dass sie im Vergleich mit anderen nicht das erreicht haben, was sie verdient hätten.

Diese Meinung ist auch unter Erwachsenen mit hoher Betreuungsbelastung überdurchschnittlich oft zu finden. Sie schreiben im Vergleich zu allen betreuenden Erwachsenen auch dem Schicksal, Glück oder sozialen Umständen häufiger eine entscheidende Rolle im Leben zu.

Für Erwachsene mit Niedrigeinkommen hingegen sind überdurchschnittlich häufig die Fähigkeiten, die man mitbringt, wichtiger als alle Anstrengungen. Unter ihnen ist auch der Anteil derjenigen am höchsten, die einschätzen, dass sie nur wenig Kontrolle über die Dinge haben, die in ihrem Leben passieren, obgleich der Anteil dieser Personen in allen betrachteten Gruppen sehr niedrig ist.

Armutgefährdung, hohe Betreuungsbelastungen und die damit verbundenen Probleme der Alltagsorganisation können sowohl bei betroffenen Kindern als auch bei Erwachsenen, aber besonders bei den verantwortlichen Betreuungspersonen zu Überlastungserscheinungen führen. Im Zusammenhang mit resignativen Lebenseinstellungen besteht daher gerade für diese Menschen ein erhöhtes Risiko, dass zu ihren materiellen Problemlagen Ängste, Aggressionen, psychische oder Suchtprobleme hinzutreten.

4 Kinderreiche Familien in Nordrhein-Westfalen

4.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung

Gesellschaftspolitische Bedeutung

Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Familie liegt in der qualitativen und quantitativen Nachwuchssicherung und in der Bildung des Humanvermögens der Gesellschaft. Diesen Gedanken hat 1994 der Fünfte Familienbericht der Bundesregierung und 2001 der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in seinem Gutachten „Gerechtigkeit für Familien“ herausgestellt. In der Familie erwerben Kinder wichtige Daseinskompetenzen, wie Solidarität und Empathie, also die Fähigkeit, sich in andere Menschen einfühlen zu können, die Grundlage aller weiteren Bildungsprozesse in der Gesellschaft sind. Beispiele zur Unterstützungen kinderreicher Familien sind:

- Ersatz oder Aufstockung des Haushaltseinkommens, wenn das Erwerbseinkommen nicht ausreicht
- Förderung und Gewährleistung einer ausreichenden nähräumlichen Infrastruktur (u.a. Einkaufsmöglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel, Kinderspielplätze)
- zeitlich umfangreiche und flexible Angebote für die Kinderbetreuung, um auch für Eltern in kinderreichen Familien eine gewünschte Erwerbstätigkeit zu ermöglichen
- schulische und/oder berufliche Qualifizierung, um den Anschluss an berufsrelevante Entwicklungen während der Phasen der Kindererziehung zu erhalten
- Beratung und praktische Unterstützung beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt nach der Kindererziehung

Ursachen und Hintergründe

Familiale Belastungen kinderreicher Familien äußern sich u.a. in einer erheblichen Einschränkung der finanziellen Handlungsspielräume, in verbreiteter Unterversorgung mit Wohnraum, vor allem aber in Einschränkungen in Bezug auf die persönliche Lebensführung, die vor allem junge Frauen in Gestalt mangelnder Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit betreffen. Während der Erziehungsphasen unterbrechen auch heute Mütter ihre Erwerbstätigkeit über längere Zeit und nehmen die damit verbundene Einschränkungen in Kauf. Das traditionelle Ernährermodell entspricht aber immer weniger den Lebensvorstellungen und familialen Lebensformen junger Menschen, insbesondere junger Frauen, die zunehmend Familie und Beruf kombinieren möchten.

Die Lebenssituation von kinderreichen Familien ist besonders deutlich durch das traditionelle Ernährermodell und durch Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geprägt. Zum einen reicht ein durchschnittliches Einkommen eines Ernährers in der Regel heute nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt von größeren Familien zu bestreiten. Zum anderen sind die Möglichkeiten kinderreicher Mütter, erwerbstätig zu sein bzw. zu bleiben, stark eingeschränkt, z.B. durch mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten und eine eingeschränkte zeitliche Mobilität.

Begriffsbestimmung

Familien sind im sozialwissenschaftlichen wie auch im alltäglichen Sprachgebrauch Haushaltsgemeinschaften von Erwachsenen, verheiratet oder unverheiratet, und unmündigen Kindern. Dieser Begriff ist sehr weitgehend, denn er schließt sowohl die alleinerziehende Mutter und ihr(e) Kind(er) und das Ehepaar mit Kind(ern) als auch gleichgeschlechtliche Paare oder Wohngemeinschaften mit ein, sofern sie Kinder haben. Die Kinder können leibliche oder an Kindes statt angenommene sein. In dieser Breite trägt der Familienbegriff dem in den letzten Jahrzehnten gewandelten Familienverständnis Rechnung. Indem die Definition „Familie“ an den Tatbestand der Haushaltsgemeinschaft gebunden wird, ist ein solcher Familienbegriff andererseits aber auch eng, denn er schließt Familien aus, deren Mitglieder nicht (mehr) zusammenleben. Auch nach dem Auszug der erwachsenen Kinder aus dem elterlichen Haushalt bleiben die engen Familienbeziehungen in der Regel bestehen. Dennoch ist diese Einschränkung in der Sozialberichterstattung unvermeidlich. Denn nur Familien, die in Haushaltsgemeinschaft zusammenleben, können in der Statistik relativ eindeutig als eine besondere Gruppe erfasst, gezählt und beschrieben werden. Zur Begriffsverwirrung trägt bei, dass die Statistiker auch zusammenlebende Ehepaare ohne Kinder und andere zusammenlebende Erwachsene ohne Kinder im Haushalt, sofern sie durch Abstammung oder Sorgerecht miteinander verbunden sind, als „Familien“ bezeichnen, z.B. in Veröffentlichungen der Statistischen Ämter zu Ergebnissen des Mikrozensus.

Im Sozialbericht Nordrhein-Westfalen wird ein engeres Verständnis zugrunde gelegt. Es werden Haushalte von Ehepaaren mit und ohne ledige Kinder unter 18 Jahren und von ledigen, verheiratet getrennt lebenden, verwitweten und geschiedenen Personen mit ledigen Kindern unter 18 Jahren im Haushalt betrachtet. Kinderreiche Familien sind Familien (in diesem Sinne), die mit drei oder mehr Kindern unter 18 Jahren zusammen leben.

Die pragmatische Beschränkung auf Familie als Haushaltsgemeinschaft von Eltern und Kindern unter 18 Jahren unterschätzt aber in jedem Fall das Ausmaß der tatsächlichen Familienbindungen in unserer Gesellschaft, denn auch die meisten Menschen, die nicht mehr in Familienhaushalten leben, haben nach wie vor regelmäßige und oft enge Familienbeziehungen zu Eltern oder Geschwistern. Darüber hinaus können auch Kinder über 18 Jahren, unabhängig davon, ob sie im Haushalt der Eltern leben oder nicht, noch wirtschaftlich von ihren Eltern abhängig sein.

4.2 Umfang und Struktur

Chronologische Entwicklung

Betrachtet man die absolute Anzahl von Familien mit und ohne Kinder in Nordrhein-Westfalen in der zeitlichen Entwicklung zwischen 1996 und 2000 (vgl. Tabelle 4-1) sind nach dem statistischen Familienbegriff die meisten Familien 'ohne Kinder' ausgewiesen.

Tabelle 4-1: Familienhaushalte^{*)} nach Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen (Angabe in Tausend)

Familienhaushalte ^{*)}	1996	1997	1998	1999	2000
Anzahl in Tausend					
Insgesamt	4.625	4.667	4.680	4.691	4.700
Ohne Kinder	2.638	2.671	2.687	2.703	2.707
Mit Kindern	1.987	1.995	1.993	1.988	1.993
Darunter:					
Mit einem Kind	968	980	975	981	967
Mit zwei Kindern	747	754	754	739	760
Mit drei oder mehr Kindern	272	261	264	269	266
Anteil in % an allen Familienhaushalten^{*)}					
Ohne Kinder	57,0%	57,2%	57,4%	57,6%	57,6%
Mit Kindern	43,0%	42,7%	42,6%	42,4%	42,4%
Anteil in % an allen Familienhaushalten^{*)} mit Kindern					
Mit einem Kind	48,7%	49,1%	48,9%	49,3%	48,5%
Mit zwei Kindern	37,6%	37,8%	37,8%	37,2%	38,1%
Mit drei oder mehr Kindern	13,7%	13,1%	13,2%	13,5%	13,3%

^{*)} Haushalte von Ehepaaren mit und ohne ledige Kinder unter 18 Jahren und von ledigen, verheiratet getrennt lebenden, verwitweten, geschiedenen Bezugspersonen (einschließlich genannter Bezugspersonen in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften) mit ledigen Kindern

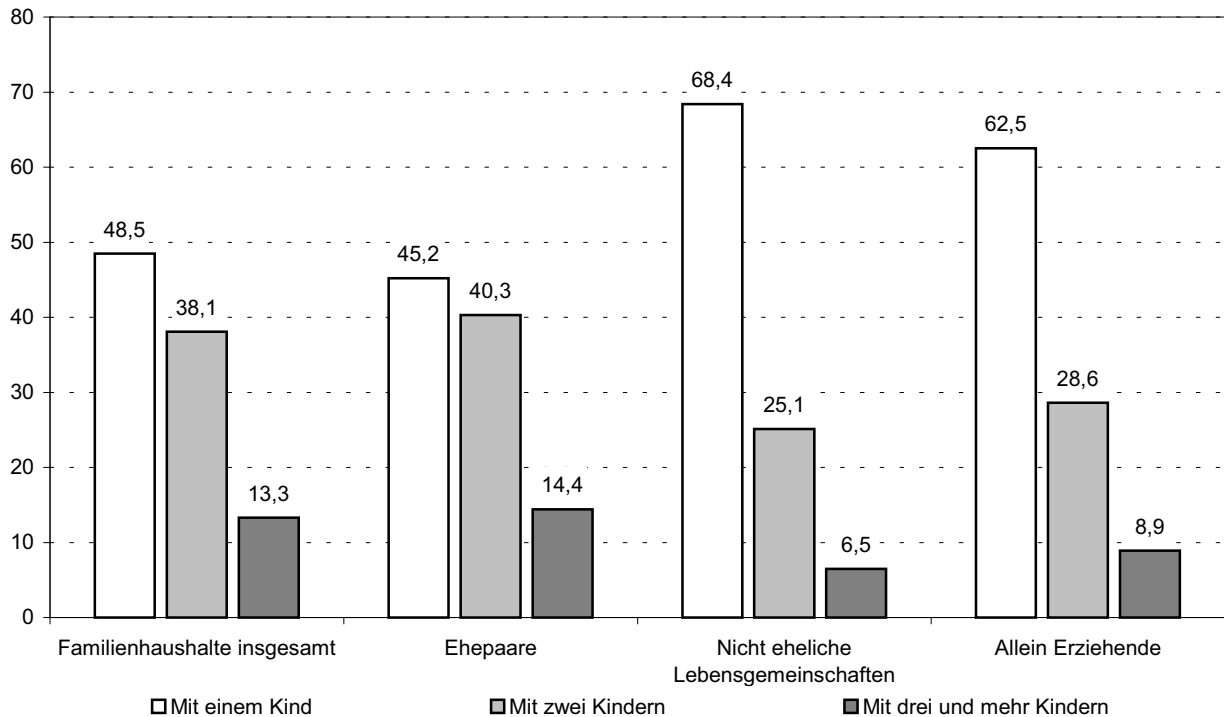
Quelle: Mikrozensus 1996 - 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Hier handelt es sich zumeist um allein lebende Ehepaare, aber auch Ehepaare mit älteren Kindern im Haushalt. Der Anteil der kinderlosen 'Familienhaushalte' in NRW ist in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mit gut 57% in etwa konstant geblieben, ebenso der Anteil der kinderreichen Familien mit etwa 14%. Unter den Haushalten mit minderjährigen Kindern in Nordrhein-Westfalen hatten im Jahre 2000 49% nur ein Kind, 38% hatten zwei und 13% hatte drei und mehr Kinder unter 18 Jahren.

Dimensionen

In der Betrachtung nach Familienformen und Anzahl der Kinder (vgl. Abbildung 4-1) lassen sich deutliche Unterschiede erkennen.

Abbildung 4-1: Haushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Familienform und Zahl der ledigen Kinder in Nordrhein-Westfalen in 2000 (in % der jeweiligen Familienform)



Quelle: Mikrozensus 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Bei den Ehepaaren liegt der Anteil der Kinderreichen doppelt so hoch wie bei den nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und auch deutlich höher als bei den allein Erziehenden. Die Familienformen der kinderreichen nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und der kinderreichen allein Erziehenden sind in NRW in den meisten Fällen die Folge einer vorausgegangenen Scheidung. Auch diese Strukturen sind in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre recht stabil geblieben (vgl. Tabelle 4-2). Die Familienhaushalte mit Kindern sind in NRW nach wie vor in der Minderheit.

Die Momentaufnahmen zur Familiengröße geben zwar Aufschluss darüber, wie viele Familien in Nordrhein-Westfalen zum jeweiligen Zeitpunkt mit mehreren Kindern zusammen lebten. Gleichzeitig sagen sie jedoch recht wenig darüber aus, wie viele Kinder Eltern im Lauf ihres Lebens haben bzw. haben werden. Die Durchschnittsfamilie in Deutschland hat zwei Kinder.

Tabelle 4-2: Haushalte nach Familienform und Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen

Haushalte mit Kindern	1996	1997	1998	1999	2000
Haushalte von Ehepaaren mit Kindern					
Insgesamt (in Tausend)	1.691	1.689	1.669	1.647	1.642
Darunter (in %):					
Mit einem Kind	46,1%	46,5%	46,0%	46,3%	45,2%
Mit zwei Kindern	39,4%	39,6%	39,9%	39,2%	40,3%
Mit drei oder mehr Kindern	14,5%	13,8%	14,1%	14,5%	14,4%
Haushalte von nicht ehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern					
Insgesamt (in Tausend)	57	61	67	72	75
Darunter (in %):					
Mit einem Kind	64,3%	62,5%	64,5%	65,2%	68,4%
Mit zwei Kindern	26,1%	25,0%	25,4%	27,0%	25,1%
Mit drei oder mehr Kindern	9,6%	12,4%	10,1%	7,8%	6,5%
Haushalte von allein Erziehenden					
Insgesamt (in Tausend)	239	245	257	269	276
Darunter (in %):					
Mit einem Kind	63,6%	63,4%	63,8%	63,7%	62,5%
Mit zwei Kindern	27,8%	28,4%	27,9%	27,3%	28,6%
Mit drei oder mehr Kindern	8,6%	8,2%	8,3%	9,1%	8,9%

Quelle: Mikrozensus 1996 - 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Von 100 im Jahr 1945 geborenen Frauen sind nur 13 zeitlebens kinderlos geblieben, 27 haben nur ein Kind, aber 39, das sind die meisten, haben zwei und 19 haben drei und mehr Kinder. Bis zum Geburtsjahrgang 1960 hat sich der Anteil der Kinderlosen auf ein knappes Viertel erhöht, der Anteil derer mit nur einem Kind ist auf 22% zurückgegangen. Fast unverändert viele, nämlich 37%, haben zwei Kinder. 18% der Frauen des Jahrgangs 1960 sind kinderreich mit drei und mehr Kindern.

Der statistische Durchschnitt von 1,69 Kindern je Frau, den der Sozialbericht 1998 für NRW nennt, und an dem sich seitdem nichts geändert hat, kommt durch eine entsprechend hohe Zahl von Kinderlosen zustande. Von den Familien mit Kindern haben die meisten mehr als ein Kind bzw. werden die meisten mehr als ein Kind haben. 30% der Kinder im Alter von sechs bis neun Jahren, das ist das Alter, in dem die Wahrscheinlichkeit am höchsten ist, dass noch ältere Geschwister im Haushalt leben bzw. jüngere Geschwister schon geboren sind, wachsen in Deutschland mit mehr als einem Geschwister auf.

Der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg schätzt, dass der Anteil der auf Dauer Kinderlosen unter den Frauen der nachwachsenden Generationen in Deutschland 30% erreichen und übersteigen wird. Bei den Akademikerinnen liegt er bereits heute höher.

Unter den Familienhaushalten ohne Kinder sind die Angehörigen der unteren Bildungs- und Berufsstatusgruppen (vgl. Tabelle 4-3) deutlich unterrepräsentiert: 45% der Ehepaarhaushalte in NRW

sind Familien von Arbeitern oder Erwerbslosen, unter den kinderlosen 'Familienhaushalten' sind allerdings nur 35% Arbeiter- und 7% Arbeitslosenhaushalte.

Tabelle 4-3: Stellung im Erwerbsleben von Haushaltsbezugspersonen nach Art des Haushalts und Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen in 2000

Familienform des Haushalts und Stellung im Erwerbsleben der Bezugsperson		Insgesamt	Ohne Kinder	Mit Kindern			
				Zusammen	1 Kind	2 Kinder	3 u. mehr
Ehepaare							
Erwerbspersonen (in .000)		2.800	1.259	1.541	689	633	219
Darunter (in %):							
	Erwerbslose	6,1%	7,1%	5,4%	5,1%	4,7%	8,1%
	Erwerbstätige	93,9%	92,9%	94,6%	94,9%	95,3%	91,9%
Darunter (in %):							
	Selbstständige	13,6%	15,9%	11,7%	11,6%	11,2%	13,7%
	Beamte	7,8%	8,6%	7,2%	7,3%	7,5%	6,0%
	Angestellte	38,9%	41,0%	37,2%	38,3%	38,1%	31,4%
	Arbeiter	39,7%	34,5%	43,8%	42,8%	43,3%	48,9%
Nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern							
Erwerbspersonen (in .000)		-	-	68	47	17	4
Darunter (in %):							
	Erwerbslose	-	-	6,2%	4,9%	9,4%	5,1%
	Erwerbstätige	-	-	93,8%	95,1%	90,6%	92,3%
Darunter (in %):							
	Selbstständige	-	-	16,1%	16,5%	15,6%	#
	Beamte	-	-	4,4%	4,3%	5,2%	#
	Angestellte	-	-	45,9%	48,1%	43,6%	#
	Arbeiter	-	-	33,5%	31,2%	35,6%	#
Allein Erziehende							
Erwerbspersonen (in .000)		-	-	203	135	55	13
Darunter (in %):							
	Erwerbslose	-	-	15%	13%	17%	28%
	Erwerbstätige	-	-	85%	87%	83%	72%
Darunter (in %):							
	Selbstständige	-	-	6,7%	5,8%	8,8%	8,3%
	Beamte	-	-	5,8%	6,5%	3,9%	6,0%
	Angestellte	-	-	62,5%	64,8%	58,7%	53,5%
	Arbeiter	-	-	24,9%	22,8%	28,7%	32,2%

Zu geringe Teilstichprobe - Keine Angabe möglich

Quelle: Mikrozensus 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Unter den Kinderreichen sind dagegen die unteren Bildungs- und Berufsstatusgruppen leicht überrepräsentiert. 49%, fast die Hälfte der kinderreichen Ehepaare sind Arbeiterfamilien, 8% sind Erwerbslose.

Auch unter den kinderreichen Familien allein Erziehender sind Arbeiter und Erwerbslose überrepräsentiert.

Besondere Problemgruppen

Eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Untersuchungen hat die besonderen Armutsrisiken kinderreicher Familien herausgestellt und auch für Nordrhein- Westfalen festgestellt, dass Kinderreichtum typischerweise mit Einkommensarmut einhergeht. Auch im Jahr 2000 hat sich in dieser Hinsicht für Familien mit mehreren Kindern nur wenig geändert (vgl. Teil B, Kapitel 2). Die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen nach der Kinderzahl weist große Übereinstimmungen unabhängig von der Kinderzahl auf (vgl. Tabelle 4-4). Das bedeutet, dass trotz der größeren Zahl zu versorgender Personen in der Regel keine deutlich höheren Einkommen verfügbar sind. Die Familienhaushalte mit mehreren Kindern sind daher ungleich stärkeren finanziellen Belastungen ausgesetzt. Etwa ein Drittel der Familien mit Kindern hat monatlich weniger als 3.500 DM netto (1.790 Euro). Auch hier macht die Kinderzahl keinen Unterschied. Dennoch sind Familien mit Kindern nicht nur in den untersten Einkommensgruppen zu finden. Ein Viertel der „kinderlosen Familien“, ein Viertel der Familien mit einem Kind und ein Viertel der Familien mit drei und mehr Kindern verfügen monatlich (einschließlich aller Transferzahlungen, wie Kindergeld, Steuerfreibeträgen oder Wohngeld) über ein Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 5.500 DM (2812 Euro).

Tabelle 4-4: Familienhaushalte^{*)} nach verfügbarem Haushaltsnettoeinkommen) und Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen in 2000**

Haushaltseinkommen von ... bis unter ... DM	Familienhaushalte					
	Insgesamt	Ohne Kinder	Mit Kindern			
			Zusammen	1 Kind	2 Kinder	3 u. mehr
Anzahl in Tausend						
Insgesamt	4.224	2.395	1.830	884	704	242
unter 1.400	106	46	60	39	16	5
1.400-2.500	512	302	209	114	71	24
2.500-3.500	925	561	364	173	138	53
3.500-4.500	907	473	435	190	183	62
4.500-5.500	665	363	303	149	116	38
5.500-6.500	416	238	178	89	67	22
6.500 und mehr	693	412	281	130	112	39
Anteil in % an allen Familienhaushalten^{*)} des jeweiligen Typs						
Insgesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
unter 1.400	2,5%	1,9%	3,3%	4,4%	2,3%	2,0%
1.400-2.500	12,1%	12,6%	11,4%	12,9%	10,1%	9,8%
2.500-3.500	21,9%	23,4%	19,9%	19,6%	19,6%	21,7%
3.500-4.500	21,5%	19,7%	23,8%	21,4%	26,0%	25,7%
4.500-5.500	15,8%	15,1%	16,5%	16,8%	16,5%	15,7%
5.500-6.500	9,8%	9,9%	9,7%	10,1%	9,5%	9,1%
6.500 und mehr	16,4%	17,2%	15,4%	14,7%	16,0%	16,1%

*) Haushalte von Ehepaaren mit und ohne ledige Kinder unter 18 Jahren und von ledigen, verheiratet getrennt lebenden, verwitweten, geschiedenen Bezugspersonen (einschließlich genannter bezugspersonen in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften) mit ledigen Kindern

**) Nur Haushalte mit Einkommensangaben und ohne selbständigen Landwirt in der Haupttätigkeit.

Quelle: Mikrozensus 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Diese scheinbare Besserstellung eines Teils der Haushalte mit Kindern relativiert sich wiederum durch den deutlich höheren Bedarf in den Haushalten. Transfereinkommen, wie Kindergeld, Kinderfreibeträge, Wohngeld etc. gehen in diese Nettoeinkommen mit ein.

Unter den Bedarfsgemeinschaften, die in NRW Sozialhilfe als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, sind kinderreiche Familien mit etwa 8% gegenüber 4% aller Haushalte deutlich überrepräsentiert.

Tabelle 4-5: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften^{*)} mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren nach Bezug von Erwerbseinkommen oder Lohnersatzleistungen in Nordrhein-Westfalens am 31.12.2000 (Angabe absolut und in % des jeweiligen Typs)

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften				
	Insgesamt	Mit		Mit Erwerbseinkommen	
	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Ehepaare und nicht eheliche Lebensgemeinschaften	11.099	4.235	38,2%	3.292	29,7%
Weibliche allein Erziehende	11.679	284	2,4%	1.913	16,4%
Männliche allein Erziehende	392	85	21,7%	67	17,1%
Insgesamt	23.170	4.605	19,9%	5.273	22,8%

*) Bedarfsgemeinschaften von Beziehenden von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quelle: Sozialhilfestatistik Nordrhein-Westfalen 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR).

In einem großen Teil dieser kinderreichen Bedarfsgemeinschaften ist die Sozialhilfe nicht die einzige und nicht die hauptsächliche Einkommensquelle (vgl. Tabelle 4-5). Fast dreißig von einhundert kinderreichen Ehepaaren in der Sozialhilfe beziehen Erwerbseinkommen, achtunddreißig beziehen Lohnersatzleistungen, z.B. Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Diese Einkünfte, einschließlich der Leistungen des Familienlastenausgleichs, bewahren große Familien, deren Ernährer/innen ja überwiegend den unteren Qualifikationsgruppen angehören und deren Einkommen überwiegend im mittleren Bereich liegen, nicht vor Armut. Bei den allein Erziehenden beiderlei Geschlechts sind die Anteile derer, die Erwerbseinkommen beziehen, nur etwa halb so hoch. Hier wirkt sich die Einschränkung der Erwerbsfähigkeit allein Erziehender durch fehlende Kinderbetreuung aus.

Kinderreiche Sozialhilfebeziehende empfangen besonders lange Sozialhilfe, wenn man die Dauer des Sozialhilfebezugs durch mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft betrachtet. Sie gehören zu den Kurzzeitbeziehern, betrachtet man nur die Dauer der Inanspruchnahme durch die Bedarfsgemeinschaft in ihrer aktuellen Zusammensetzung (vgl. Teil B, Kapitel 3). Im letzteren Fall liegt

bei kinderreichen Ehepaaren und bei Alleinerziehenden die mittlere Dauer der Hilfestellung dicht am Alter des jüngsten Kindes. Im ersten Fall deutlich darüber und ist fast dreimal so lang.

Aspekte der Dauer und des Lebenslaufs

Ein speziell in Deutschland zu beobachtendes Ergebnis des Geburtenrückgangs ist, dass heute etwa ein Drittel jedes Geburtsjahrgangs lebenslang kinderlos bleibt. Die Gründe für diese Entscheidung liegen zum einen in der zunehmenden Erweiterung der Lebenschancen in der Folge der Bildungsexpansion der 1960er Jahre und danach, von der vor allem Frauen profitiert haben. Frauen verfolgen zunehmend eigenständige berufliche Ziele und wünschen sich eine Erwerbstätigkeit, die über die engen Grenzen eines Zuverdienstes zum Familieneinkommen hinaus gehen. Zum anderen machen Beschränkungen des gesellschaftlichen Umfelds eine Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit schwer und hindern Frauen in der Familienphase an der Nutzung dieser gewachsenen Handlungsspielräume. Auch nicht ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten stehen oftmals einer Berufstätigkeit entgegen. Frauen aus den höheren Bildungsschichten bleiben deshalb oft lebenslang kinderlos, während es für die Angehörigen der unteren Bildungs- und Berufsstatusgruppen immer noch „normal“ ist, verheiratet zu sein und Kinder zu haben.

Räumliche Dimension

Familien insgesamt und kinderreiche im Besonderen leben vorwiegend in den ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens. In den Großstadtgebieten, z.B. im Ruhrgebiet, leben dagegen immer weniger Familien mit Kindern. So lässt sich für das Ruhrgebiet nachweisen, dass besonders Ehepaare mit Kindern und da vor allem deutsche Ehepaare der sozialen Mittel- und Oberschicht in die angrenzenden ländlichen Regionen ziehen.

In den Großstädten verbleiben zumeist einkommensschwache Familien, das sind deutlich häufiger nicht deutsche Eltern und ihre Kinder, aber auch allein Erziehende (vgl. Teil B, Kapitel 6). Gleichzeitig wohnen die wenigen Kinder, die noch in Großstädten leben, innerhalb der Städte in wenigen und da zumeist armen Stadtteilen. In diesen Stadtteilen finden wir vielfach eine Kumulation von verschiedenen Merkmalen sozialer Benachteiligung und beeinträchtigter Lebenschancen.

4.3 Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation

Kinderreichtum bringt wirtschaftliche Einschränkungen und erhöhte zeitliche Beanspruchung für Mütter und Väter mit sich. Diese wirtschaftliche und zeitliche Beanspruchung bezieht sich nicht nur auf die Gestaltung des alltäglichen Tagesablaufs und die Organisation des Familienalltags. Sie hat auch eine lebenszeitliche Komponente. Die Zeit, in der Eltern Verantwortung für ihre Kinder tragen, bis diese als selbständig gelten, hat sich angesichts gestiegener Bildungsniveaus und verlängerter Ausbildungszeiten in den letzten Jahrzehnten erheblich verlängert. Wer viele Kinder hat, lebt

einerseits lange Zeit mit Kindern zusammen und hat andererseits über zunehmend längere Zeiten Kinder zu versorgen.

In Zeiten einer individualisierten Lebensführung und der Möglichkeit sicherer Verhütung ist Kinderreichtum heute kein unvermeidbares Schicksal, sondern eine Frage der Entscheidung erwachsener Menschen für eine Lebensführung, die in besonderem Maße durch das Familienleben geprägt ist. Diese ist zumeist immer noch relativ traditionell, zum Beispiel im Hinblick auf die Verteilung von Haus- und Familienarbeit, geregelt. In der familienwissenschaftlichen Literatur gibt es auch Hinweise, dass es nach wie vor in allen gesellschaftlichen Schichten, auch in den Mittel- und Oberschichten, in besonderem Maße familienorientierte Paare mit traditionellen und modernen Lebensorientierungen gibt, die bewusst und in Kenntnis der materiellen Benachteiligung und der immateriellen Kosten die Option für eine große Familie wählen.

4.4 Institutionen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <http://www.bmfsfj.de>

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW: <http://www.mgsff.nrw.de>

Kinderkommission des Deutschen Bundestages:

http://www.bundestag.de/blickpkt/arch_onl_kinder3.html

Kinderbeauftragter der Landesregierung beim Ministerium für Schule, Jugend und Kinder NRW

5 Allein erziehende Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen

5.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung

Gesellschaftspolitische Bedeutung

Die Zahl der Familien und Haushalte allein Erziehender mit Kind(ern) nimmt zu. Da allein erziehende Mütter und Väter vielfältige Aufgaben allein bewältigen müssen, bedürfen sie vielfach besonderer sozialpolitischer Unterstützung. Erforderliche Unterstützungen sind zum Beispiel:

- zeitlich umfangreiche und flexible Angebote für die Kinderbetreuung, damit die Mutter oder der Vater erwerbstätig sein oder sich beruflich (weiter-)bilden kann,
- Ersatz oder Aufstockung des Haushaltseinkommens, wenn z.B. der zweite Elternteil seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht nachkommt bzw. nachkommen kann oder das Erwerbseinkommen nicht ausreicht,
- Schulische und/oder berufliche Qualifizierung, um den Anschluss an berufsrelevante Entwicklungen während der Phasen der Kindererziehung zu erhalten,
- Beratung und praktische Unterstützung beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt nach der Kindererziehung.

Ursachen und Hintergründe

Allein Erziehende gab es schon immer. Die heute hohe und zunehmende Zahl von Haushalten allein Erziehender ist Teil des „Strukturwandels der Familie“ im Nachkriegsdeutschland. Die Bildungsexpansion der 60er Jahre, die Entkoppelung von Sexualität und Fortpflanzung, von Liebe, Ehe und Elternschaft, die verstärkte Integration von Frauen und Müttern in die außerhäusliche Erwerbsarbeit und andere Entwicklungen, wie die Loslösung von traditionellen Wertvorstellungen führten dazu, dass die Zahl der sogenannten „Normalfamilien“ (ein verheiratetes Elternpaar mit Kind(ern)) abnahm und andere Lebens- und Familienformen zunehmend akzeptiert wurden. Die zunehmende individuelle Gestaltungsfreiheit der Lebensführung spiegelt sich im Rückgang der Geburten, geringen Verheiraturquoten, erhöhten Scheidungsraten, und in der Folge davon auch im Bedeutungsgewinn der Lebensform „Allein Erziehende“ wider.

Der hohe Anteil allein Erziehender in schwierigen Lebenssituationen deutet darauf hin, dass im „sozialstaatlichen Wandel“ diesen Veränderungen (noch) nicht Rechnung getragen wurde. Da allein Erziehende zumeist Frauen sind, erfahren diese auch die spezifischen Benachteiligungen, die die Lebenssituation von Frauen insgesamt beeinflussen, wie zum Beispiel:

- durchschnittlich niedrigere Erwerbseinkommen („Arbeitsmarktbedingungen weiblicher Erwerbsarbeit“),
- ihre gesellschaftlich immer noch vorherrschende Zuschreibung der Zuständigkeit für die häusliche Arbeit und die Kindererziehung („Rolle der Frau in der häuslichen Arbeitsteilung“) und
- die daraus resultierenden Erwerbsbiographien mit häufigeren und/oder längeren Unterbrechungen aufgrund von Lebensphasen der Kindererziehung und Teilzeitarbeit („Rahmenbedingungen weiblicher Erwerbsarbeit“) sowie

- die wiederum daraus folgenden geringen Anwartschaften bei der Arbeitslosen- und Rentenversicherung („sozialstaatliche Absicherung weiblicher Lebensverläufe“).

Begriffsbestimmung

Als allein Erziehende werden im Sozialbericht NRW Mütter und Väter bezeichnet, die als einziges Elternteil mit einem oder mehreren ledigen Kindern unter 18 Jahren in einem Haushalt zusammenleben. Begriffe wie „unvollständige Familien“ oder „Restfamilien“ sind unangebracht, da mit ihnen lediglich die Abweichung von der als Ideal verstandenen Kernfamilie (zwei Elternteile und Kind(er)) ausgedrückt und negativ bewertet wird. Vorurteile, denen allein erziehende Elternteile immer noch ausgesetzt sind, werden durch diese Begriffe am Leben gehalten. Die weniger wertende Bezeichnung „allein erziehend“ wird dagegen der wirklichen Lebenssituation dieser Familien eher gerecht und zeigt, dass ihre spezifischen Leistungen zur Bewältigungen des Alltags anerkannt werden.

5.2 Umfang und Struktur

Chronologische Entwicklung

Die Zahl der Haushalte mit Kindern ist seit Mitte der 70er Jahre bis Mitte der 80er Jahre gesunken,

Tabelle 5-1: Familienhaushalte¹⁾ mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Familienform in Nordrhein-Westfalen und Deutschland (Angabe in Tausend und in % an allen)

Jahr	Bezugs-gebiet	Familienhaushalte ¹⁾				Anteil in %
		Insgesamt Anzahl	Ehepaare Anzahl	Nicht eheliche Lg. Anzahl	Allein Erziehende Anzahl	
1996	NRW	1.987	1.691	57	239	12,0%
	Deutschland	9.412	7.708	456	1.247	13,2%
1997	NRW	1.995	1.689	61	245	12,3%
	Deutschland	9.415	7.648	473	1.294	13,7%
1998	NRW	1.993	1.669	67	257	12,9%
	Deutschland ^{**)}	9.377	7.508	498	1.371	14,6%
1999	NRW	1.988	1.647	72	269	13,5%
	Deutschland ^{**)}	9.312	7.364	531	1.418	15,2%
2000	NRW	1.993	1.642	75	276	13,8%
	Deutschland ^{**)}	9.262	7.264	575	1.423	15,4%

¹⁾ Haushalte von Ehepaaren mit und ohne ledige Kinder unter 18 Jahren und von ledigen, verheiratet getrennt lebenden, verwitweten, geschiedenen Bezugspersonen mit ledigen Kindern unter 18 Jahren im Haushalt.

^{**)} Angaben auf Basis des Familienkonzeptes des Statistisches Bundesamtes: Fachserie 1, R3, 1998 - 2000.

Quelle: Mikrozensus 1996 - 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

stabilisierte sich bis zum Anfang der 90er Jahre zwischenzeitlich, um bis Mitte der 90er Jahre weiter abzunehmen. Von der Abnahme waren im wesentlichen Haushalte von Ehepaaren mit Kindern betroffen, während ein starker Zuwachs von Haushalten allein Erziehender und ihrer Kinder zu verzeichnen war.

Im April 2000 gab es in Nordrhein-Westfalen unter den 2 Mio. Haushalten mit ledigen Kindern unter 18 Jahren 276.000 Haushalte allein erziehende Mütter und Väter mit ihren Kindern (vgl. Tabelle 5-1). Ihr Anteil an allen Haushalten mit Kindern lag in Nordrhein-Westfalen im gesamten Untersuchungszeitraum 1996-2000 leicht unter dem Durchschnitt für Deutschland insgesamt. Seit 1996 hat sich der Anteil allein Erziehender sowohl in Deutschland als auch in Nordrhein-Westfalen stetig vergrößert. War 1996 jeder achte Haushalt in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen ein Haushalt allein Erziehender, so fand sich diese Lebensform im Jahr 2000 in NRW bereits in jedem siebten und in Gesamtdeutschland sogar in jedem sechsten Haushalt.

Dimensionen

Allein-Erziehenden-Haushalte in Nordrhein-Westfalen sind überwiegend Haushalte mit einer weiblichen Haushaltsbezugsperson (vgl. Tabelle 5-2). Ihr Anteil ist stetig gestiegen, der Anteil der männlichen allein Erziehenden ist dagegen kontinuierlich zurückgegangen. Frauen mit Kindern unter 18 Jahren stellen im Jahr 2000 rund 87% der 276.000 Haushalte allein Erziehender.

Tabelle 5-2: Haushalte von allein Erziehenden mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Geschlecht der Haushaltsbezugsperson in Nordrhein-Westfalen (Angabe in Tausend und in % an allen)

Jahr	Allein Erziehende				
	Insgesamt	Väter		Mütter	
	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
1996	239	36	15,1%	203	84,9%
1997	245	34	13,9%	211	86,1%
1998	257	35	13,6%	222	86,4%
1999	269	34	12,6%	235	87,4%
2000	276	35	12,7%	241	87,3%

Quelle: Mikrozensus 1996 - 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Der Familienstand der allein erziehenden Elternteile gibt einen Hinweis darauf, warum das Kind/die Kinder allein versorgt werden. Der häufigste Grund ist Scheidung (vgl. Tabelle 5-3). Zwei Drittel aller allein Erziehenden sind entweder geschieden oder verheiratet, aber getrennt lebend. Der Anteil Verwitweter, der in der Vergangenheit eine große Bedeutung hatte, ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Dagegen nimmt die Zahl der Ledigen unter den allein Erziehenden immer mehr zu.

Tabelle 5-3: Allein Erziehende mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Familienstand in Nordrhein-Westfalen (Angabe in Tausend und in % an allen)

Jahr	Allein Erziehende mit ledigen Kindern unter 18 Jahren				
	Insgesamt	Ledig	Verheiratet, getrennt	Verwitwet	Geschieden
	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	Anteil in %	Anteil in %
1996	239	19,9%	21,1%	12,0%	47,1%
1997	245	20,9%	19,7%	11,6%	47,9%
1998	257	21,8%	20,8%	11,2%	46,3%
1999	269	21,8%	20,7%	10,9%	46,6%
2000	276	21,8%	23,4%	9,5%	45,3%

Quelle: Mikrozensus 1996, - 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Allein erziehende Männer und Frauen unterscheiden sich deutlich in ihren Altersstrukturen: Frauen sind tendenziell jünger als allein erziehende Männer (vgl. Tabelle 5-4).

Tabelle 5-4: Haushalte von allein Erziehenden mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Geschlecht und Alter der Bezugsperson in Nordrhein-Westfalen in 2000

Alter von ... bis unter ... Jahren	Allein Erziehende	
	Väter	Mütter
	Anteil in % dieser Gruppe	Anteil in % dieser Gruppe
Unter 30	4,9%	14,1%
30 - 40	29,3%	45,9%
40 und mehr	65,8%	40,0%
Insgesamt	100,0%	100,0%

Quelle: Mikrozensus 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Zwei Drittel der männlichen allein Erziehenden sind 40 Jahre und älter. Demgegenüber sind unter den weiblichen allein Erziehenden die 30 bis unter 40jährigen mit fast 50% die größte Gruppe. Zwischen Ehepaaren, nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und allein Erziehenden besteht ein Unterschied in der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder. Die meisten allein Erziehenden und nicht ehelichen Lebensgemeinschaften leben mit einem Kind zusammen (vgl. Tabelle 5-5).

Tabelle 5-5: Haushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Familienform und Zahl der ledigen Kinder in Nordrhein-Westfalen in 2000 (Angabe in Tausend und in % des jeweiligen Typs)

Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren im Haushalt		Haushaltstyp			
		Insgesamt	Ehepaare	Nicht eheliche Lebens-	Allein Erziehende
Haushalte mit Kindern		1.993	1.642	75	276
Darunter (in %) ^{*)} :					
	Mit einem Kind	48,5%	45,2%	68,4%	62,5%
	Mit zwei Kindern	38,1%	40,3%	25,1%	28,6%
	Mit drei und mehr Kindern	13,3%	14,4%	6,5%	8,9%

*) Prozentwerte gerundet

Quelle: Mikrozensus 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

In jeweils einem Viertel dieser Haushalte wohnen zwei ledige Kinder unter 18 Jahren. Dagegen sind Ehepaarhaushalte mit einem Kind ebenso häufig anzutreffen, wie Ehepaare mit zwei Kindern. Drei und mehr Kinder finden sich in Haushalten von Ehepaaren häufiger als in Haushalten allein Erziehender und nicht ehelicher Lebensgemeinschaften, die nur selten mehr als zwei Kinder versorgen. In den 2 Mio. Haushalten mit Kindern leben im Jahr 2000 rund 3,4 Mio. ledige Kinder unter 18 Jahren, die meisten davon sind zwischen 6 und 15 Jahren alt (vgl. Tabelle 5-6).

Tabelle 5-6: Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Haushalten von Ehepaaren, nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und allein Erziehenden nach Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen in 2000 (Angabe in Tausend und in % des Haushaltstyps)

bis unter ... Jahren	Anzahl der Kinder unter 18 Jahren in Haushalten von...					
	...Ehepaaren		...nicht ehelichen		...allein Erziehenden	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Insgesamt	2.846	100,0%	105	100,0%	411	100,0%
unter 6	939	33,0%	42	40,2%	94	23,0%
6 - 15	1.470	51,6%	48	46,2%	230	56,0%
15 - 18	438	15,4%	14	13,6%	87	21,1%

Quelle: Mikrozensus 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Bei Ehepaaren und insbesondere in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften leben tendenziell mehr jüngere Kinder unter 6 Jahren als in Haushalten allein Erziehender. Dagegen sind Kinder zwischen 15 und 18 Jahren in Allein-Erziehenden-Haushalten häufiger zu finden als in Paar-Haushalten.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass bei Männern in der Regel weniger und ältere Kinder leben. Allein erziehende und verheiratete Mütter und Väter sind in zunehmenden Maß erwerbstätig (vgl. Tabelle 5-7).

Tabelle 5-7: Allein erziehende und verheiratete Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren nach Beteiligung am Erwerbsleben in Nordrhein-Westfalen (Angaben in Tausend und in % des jeweiligen Elterntyps)

Beteiligung am Erwerbsleben			
Jahr	Insgesamt in Tausend	Erwerbstätig	Nicht erwerbstätig
Verheiratete Mütter			
1996	1.687	46,0%	54,0%
1998	1.666	48,2%	51,8%
2000	1.641	54,0%	46,0%
Allein erziehende Mütter			
1996	203	55,1%	44,9%
1998	222	55,9%	44,1%
2000	241	60,6%	39,4%
Verheiratete Väter			
1996	1.687	89,3%	10,7%
1998	1.666	88,9%	11,1%
2000	1.641	89,9%	10,1%
Allein erziehende Väter			
1996	36	71,5%	28,5%
1998	35	71,0%	29,0%
2000	35	75,1%	24,9%

Quelle: Mikrozensus 1996, 1998, 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Obwohl die Erwerbstätigkeit unter den Müttern deutlicher als unter den Vätern gestiegen ist, liegen die Anteile der Erwerbstätigen unter den verheirateten und alleinerziehenden Männern sehr deutlich über den Erwerbstätigen-Anteilen der verheirateten und allein erziehenden Frauen. Die Beteiligung am Erwerbsleben verweist auf die unterschiedliche Belastung zwischen Haus- und Erwerbsarbeit zwischen den Lebensformen und ihre unterschiedliche Bedeutung für die Geschlechter: Allein erziehende Väter sind in geringerem Ausmaß erwerbstätig als verheiratete Väter und allein erziehende Mütter im höherem Maße als verheiratete Mütter.

Die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Mütter ist wesentlich auf das im Vergleich zu Männern höhere Maß an Teilzeitarbeit zurückzuführen (vgl. Tabelle 5-8). Zudem ist die Vollzeittätigkeit insgesamt unter allein erziehenden und verheirateten Müttern und Vätern gesunken, dagegen nahm unter allen erwerbstätigen Eltern die Teilzeittätigkeit zu. Die Verhältnisse der Voll- und Teilzeitbeschäftigten zwischen allein Erziehenden und Verheirateten unter den Müttern und Vätern entwickeln sich auseinander. Auf bereits geringerem Niveau geht die Vollzeittätigkeit der verheirateten Mütter stärker zurück als die der allein erziehenden Mütter. Ebenso sinkt der niedrigere Anteil der vollzeittätigen allein erziehenden Väter deutlicher als der Anteil unter den verheirateten Vätern.

Tabelle 5-8: Erwerbstätige allein erziehende und verheiratete Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren nach Umfang der Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen (Angaben in Tausend und in % des jeweiligen Elterntyps)

Jahr	Umfang der Erwerbstätigkeit		
	Insgesamt in Tausend	Vollzeittätigkeit	Teilzeittätigkeit
Verheiratete Mütter			
1996	777	40,0%	60,0%
1998	802	35,5%	64,5%
2000	886	32,9%	67,2%
Allein erziehende Mütter			
1996	112	53,3%	46,7%
1998	124	49,8%	50,2%
2000	146	50,6%	49,4%
Verheiratete Väter			
1996	1.507	98,4%	1,6%
1998	1.481	97,9%	2,1%
2000	1.475	97,8%	2,2%
Allein erziehende Väter			
1996	26	92,7%	7,3%
1998	25	86,3%	13,7%
2000	26	88,4%	11,6%

Quelle: Mikrozensus 1996, 1998, 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Den Lebensunterhalt sichern allein Erziehende und verheiratete Väter hauptsächlich über Erwerbseinkommen (vgl. Tabelle 5-9).

Verheiratete Mütter sind überwiegend auf den Unterhalt durch den Ehepartner angewiesen. Demgegenüber können allein erziehende Mütter nur in einem deutlich geringeren und zurückgehendem Maße auf Unterhaltsleistungen als überwiegende Einkommensquelle zurückgreifen. Für die Einkommenssicherung allein erziehender Mütter und ihrer Kinder steht die Sozialhilfe an zweiter Stelle. Jede vierte allein erziehende Frau ist auf Sozialhilfe als Haupteinkommensquelle angewiesen. Allein erziehende Männer sind dagegen in einem weitaus geringem und deutlich abnehmendem Umfang vom Sozialhilfebezug abhängig. Dagegen haben die Leistungen der Arbeitslosenversicherung für die Einkommenssicherung allein erziehender Männer an Bedeutung gewonnen. Unter den Verheirateten hat sich die Bedeutung der einzelnen Einkommensquellen im betrachteten Zeitraum nicht oder nur geringfügig verändert.

Zwar weisen alle Väter und Mütter im Zeitvergleich häufiger ein höheres persönliches Nettoeinkommen auf. Jedoch verfügen verheiratete und alleinerziehende Väter deutlich öfter über ein höheres persönliches Nettoeinkommen als alleinerziehende und insbesondere verheiratete Mütter (vgl. Tabelle 5-10).

Tabelle 5-9: Allein erziehende und verheiratete Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren nach Einkommensquelle des überwiegenden Lebensunterhalts in Nordrhein-Westfalen (Angaben in Tausend und in % des jeweiligen Elterntyps)

Jahr	Einkommensquelle					
	Insgesamt in Tausend	Erwerbseinkommen	Arbeitslosengeld / -hilfe	Unterhalt ¹⁾	Sozialhilfe ²⁾	Sonstige
Verheiratete Mütter						
1996	1.687	37,2%	1,1%	58,9%	1,8%	1,1%
1998	1.666	35,6%	1,9%	59,7%	1,8%	1,0%
2000	1.641	39,7%	1,3%	56,3%	1,8%	0,9%
Allein erziehende Mütter						
1996	203	49,7%	3,9%	11,2%	26,2%	8,9%
1998	222	48,3%	6,2%	9,6%	27,5%	8,3%
2000	241	54,1%	5,1%	8,8%	24,7%	7,4%
Verheiratete Väter						
1996	1.687	88,7%	4,3%	1,8%	1,8%	3,4%
1998	1.666	88,2%	4,7%	1,6%	1,9%	3,5%
2000	1.641	89,1%	4,1%	1,5%	1,7%	3,6%
Allein erziehende Väter						
1996	36	70,0%	5,0%	5,0%	12,9%	7,2%
1998	35	66,6%	8,0%	5,0%	11,1%	9,3%
2000	35	72,1%	9,5%	2,6%	7,4%	8,4%

¹⁾ Unterhalt durch Eltern, Ehepartner oder andere Angehörige

²⁾ Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und/oder Hilfe in besonderen Lebenslagen, auch Asylbewerberleistungen.

Quelle: Mikrozensus 1996, 1998, 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR).

Tabelle 5-10: Allein erziehende und verheiratete Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren nach persönlichem Nettoeinkommen in Nordrhein-Westfalen (Angabe in % des jeweiligen Elterntyps)

Jahr	Einkommen ¹⁾ von ... bis unter ... DM pro Monat					
	Kein eigenes	unter 1.000	1.000-1.800	1.800-2.500	2.500-3.500	über 3.500
Verheiratete Mütter						
1996	45,4%	27,5%	13,1%	6,9%	4,3%	2,7%
1998	42,8%	30,5%	13,0%	6,5%	4,0%	3,2%
2000	39,1%	31,3%	13,9%	7,3%	4,7%	3,7%
Allein erziehende Mütter						
1996	0,0%	16,2%	34,2%	25,8%	16,0%	7,8%
1998	0,1%	12,9%	33,5%	27,5%	18,2%	7,8%
2000	0,1%	9,6%	30,3%	29,0%	21,1%	9,9%
Verheiratete Väter						
1996	0,9%	2,7%	6,0%	14,1%	36,1%	40,2%
1998	0,9%	2,9%	5,3%	12,6%	34,8%	43,9%
2000	0,9%	2,2%	4,4%	9,9%	32,8%	49,9%
Allein erziehende Väter						
1996	0,9%	5,9%	15,5%	16,4%	33,4%	27,9%
1998	1,4%	4,4%	21,8%	17,9%	29,1%	25,3%
2000	0,0%	3,8%	11,4%	17,8%	33,5%	33,4%

¹⁾ Nur Personen mit Einkommensangaben und ohne selbständige Landwirte als Haupttätigkeit.

Quelle: Mikrozensus 1996, 1998, 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR).

Mehr als ein Drittel der verheirateten Mütter hat kein persönliches Nettoeinkommen und rund ein Drittel kann lediglich auf bis zu 1.000 DM (511,29 Euro) zurückgreifen. Die Mehrheit der allein erziehenden Mütter hat ein Einkommen zwischen 1.000 (511,29 Euro) und 2.500 DM (1278,23 Euro). Dagegen können zwei Drittel der allein erziehenden Männer über ein persönliches Nettoeinkommen zwischen 2.500 (1278,23 Euro) und über 3.500 DM (1789,52 Euro) verfügen.

Besondere Gruppen

Die deutliche Mehrheit der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren in der Sozialhilfe sind allein Erziehende und ihre Kinder (vgl. Tabelle 5-11). Fast jede Bedarfsgemeinschaft von allein

Tabelle 5-11: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften¹⁾ mit Kindern unter 18 Jahren nach Typ der Bedarfsgemeinschaft in Nordrhein-Westfalen am 31.12. der Jahre 1996 und 2000

Familientyp	1996	2000	Entwicklung 1996 zu 2000 in %
Ehepaare mit Kindern	44.956	36.196	-19,5%
Nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern	2.086	1.955	-6,3%
Allein Erziehende	75.563	82.285	8,9%
Darunter:			
Männliche allein Erziehende	2.123	2.688	26,6%
Weibliche allein Erziehende	73.440	79.597	8,4%
Insgesamt	122.605	120.436	-1,8%

¹⁾ Bedarfsgemeinschaften von Beziehenden laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
Quelle: Sozialhilfedaten Nordrhein-Westfalen 1996, 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR).

Erziehenden besteht aus einer Frau und ihrem/n Kind(ern). Während ihre Zahl in den letzten Jahren um rund ein Zehntel zugenommen hat (+8,4%), erhöhte sich die Zahl der allein erziehenden Männer und ihrer Kinder um ein Viertel (+26,6%). Ehepaare mit Kind(ern) sind immer noch die zweitgrößte Gruppe unter den Sozialhilfebedarfsgemeinschaften, obwohl sich ihre Zahl um ein Fünftel verringert hat. Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern) finden sich vergleichsweise selten und zunehmend seltener im Sozialhilfebezug.

Der Großteil aller sozialhilfebeziehenden Eltern sind zwischen 25 und 50 Jahre alt (vgl. Tabelle 5-12). Allerdings sind allein erziehende Frauen tendenziell jünger als allein erziehende Männer und verheiratete Mütter und Väter. Allein erziehende Männer und Ehepaare, die Sozialhilfe beziehen, sind dagegen zunehmend häufiger über 50 Jahre alt, allein erziehende Frauen sehr selten. Da allein erziehende Frauen zumeist länger als andere Lebensformen mit Kindern vom Sozialhilfebezug abhängig sind, sind sie eine bedeutende Zielgruppe sozialpolitischer Maßnahmen.

**Tabelle 5-12: Bedarfsgemeinschaften¹⁾ mit Kindern unter 18 Jahren nach Typ der Bedarfsgemeinschaft und Alter des Haushaltsvorstandes in Nordrhein-Westfalen am 31.12. der Jahre 1996 bis 2000
(Angabe in % des jeweiligen Typs)**

Haushaltsvorstand im Alter von ... bis ... Jahren	1996	1997	1998	1999	2000
Ehepaare mit Kindern					
18 bis 25	7,1%	7,3%	7,2%	7,3%	8,0%
25 bis 50	81,6%	81,2%	80,7%	81,2%	78,5%
50 und mehr	11,3%	11,5%	12,0%	11,5%	13,5%
Männliche allein Erziehende					
18 bis 25	4,8%	4,8%	4,5%	4,8%	4,6%
25 bis 50	82,3%	82,5%	81,8%	82,5%	80,1%
50 und mehr	12,8%	12,7%	13,7%	12,7%	15,3%
Weibliche allein Erziehende					
18 bis 25	11,4%	11,5%	11,8%	11,5%	13,2%
25 bis 50	86,3%	86,3%	85,9%	86,3%	84,2%
50 und mehr	2,2%	2,2%	2,3%	2,2%	2,6%

¹⁾ Bedarfsgemeinschaften von Beziehenden von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quelle: Sozialhilfedaten Nordrhein-Westfalen 1996-2000; eigene Berechnungen (ZEFIR).

Aspekte der Dauer und des Lebenslaufs

Allein Erziehen ist eine Phase im Lebensverlauf, der zumeist eine Ehe vorausging. Diese Lebensphase endet oder verändert sich bedeutend, wenn eine neue Ehe/Partnerschaft eingegangen wird oder spätestens dann, wenn die Kinder alt genug sind, um für sich selbst zu sorgen. Aber nicht nur diese familialen Ereignisse beeinflussen die Entwicklung der Lebenssituation allein Erziehender, sondern auch institutionelle, rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen sowie sich verändernde individuelle Bedingungen oder das Alter der Kinder. Einige Beispiele verdeutlichen das:

Die Arbeitsmarktintegration von allein Erziehenden wird entscheidend durch die Zahl und die Qualität der Kinderbetreuungsangebote, der Bildungsabschlüsse, der Berufserfahrungen, das Angebot und die Art des Stellenangebots beeinflusst.

Mit zunehmendem Alter des Kindes/der Kinder eröffnen sich für viele allein Erziehende Möglichkeiten, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, eine vorhandene auszuweiten oder sich beruflich zu qualifizieren oder weiterzubilden.

Die Ausgestaltung des Scheidungs- und Unterhaltsrechts, der steuerlichen Belastung von allein Erziehenden, der Leistungen der Sozialhilfe sowie der Arbeitslosen- und Rentenversicherung können förderlich oder hemmend auf die Lebensbedingungen für allein Erziehende und ihre Kinder wirken.

Räumliche Dimension

Allein Erziehende leben mit ihren Kindern häufiger in Städten als in ländlichen Regionen. Das ist auf eine ganze Reihe unterschiedlichster Gründe zurückzuführen, so ist u.a. das institutionelle Angebot in Städten vielfältiger und schneller zu erreichen (Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Beratungs- und Unterstützungsstellen) und der Arbeitsmarkt bietet in Städten mehr und zeitlich flexiblere Stellen.

5.3 Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation

Allein Erziehende sind zu großen Teilen erwerbsorientiert. Allein erziehende Männer haben in der Regel weniger Schwierigkeiten, ihren Erwerbsneigungen nachzugehen, da sie meist bereits länger beruflich etabliert sind und häufiger mit älteren und damit bereits selbstständigeren Kinder zusammenleben. Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass allein erziehende Männer viel häufiger als Frauen in der gleichen Lebenssituation auf soziale Unterstützung durch Verwandte, Bekannte und Freunde zurückgreifen können. Für allein erziehende Frauen gestaltet sich die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie oft schwieriger. Viele Frauen in Deutschland geben auch heute mit der Geburt eines Kindes ihre Berufstätigkeit auf. Eine spätere Rückkehr in den Beruf zwingt sie häufig dazu, eine Stelle anzunehmen, die ihrer beruflichen Qualifikation nicht entspricht, die zeitlich eingeschränkt und/oder befristet ist und die ein niedrigeres Einkommen erbringt. Daher arbeiten auch allein erziehende Frauen häufig Teilzeit oder sind geringfügig beschäftigt. Die schlechteren arbeits- und sozialrechtlichen Absicherungen dieser Beschäftigungsverhältnisse führen zu geringeren Leistungsansprüchen bei Arbeitslosigkeit oder im Rentenalter.

Die Alleinzuständigkeit für Kinderbetreuung und Einkommenssicherung hat einen Lebensalltag zur Folge, der von dem Spagat zwischen dem Anspruch, eine „gute Mutter“ oder ein „guter Vater“ zu sein und der Notwendigkeit über die Berufstätigkeit dauerhaft ein ausreichendes Haushaltseinkommen zu verwirklichen, gekennzeichnet ist. Die Bewältigung dieses Spagats erfordert ein hohes Maß an Organisation und Koordination, womit zusätzlich starke körperliche und psychische Belastungen verbunden sind.

Zwischen Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Haushalt bleibt allein Erziehenden zudem nur wenig Zeit für sich oder um soziale Kontakte aufzubauen und zu pflegen. Da insbesondere berufstätige allein Erziehende oftmals darunter leiden, zu wenig Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, widmen sie ihnen die verbleibende freie Zeit. Die Kontaktpflege außerhalb der Familien scheitert zudem häufig an der fehlenden Kinderbetreuung insbesondere in den Abendstunden.

Für die Lebenssituation von allein Erziehenden ist die Kinderbetreuung von zentraler Bedeutung. Mangel herrscht zum Teil bei Angeboten für die Betreuung der Kinder im noch nicht kindergartenfähigen Alter und bei der Nachmittagsbetreuung von Kindern im Alter zwischen drei und

sechs Jahren sowie von jüngeren Kindern im schulpflichtigen Alter. Die Öffnungszeiten der Angebote sind meist mit den Arbeitszeiten schlecht vereinbar.

Ein weitere Belastung im Alltag allein Erziehender ist, ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum in einem kindgerechten Wohnumfeld zu finden. Durch die engen finanziellen Spielräume sind allein Erziehende oft auf kleinere Wohnungen in ungünstigeren Lagen angewiesen. Die typischen Wohnungszuschnitte kleiner Wohnungen machen eine sinnvolle Aufteilung zwischen einem Erwachsenen und einem heranwachsenden Kind meist schwierig. Günstige Wohnungen finden sich meist in zentralen Lagen mit hohem Verkehrs- und Lärmbelastungen oder in zentrumsfernen und durch den öffentlichen Verkehr schlecht angebundenen Randlagen der Städte.

Allein Erziehende sind immer noch mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz ausgesetzt. Sie werden mit Einstellungen, Verhaltensweisen und Vorurteilen konfrontiert, die ihnen vermitteln, ihr Leben sei außerhalb der „Normalität“ und müsse zwangsläufig zu sozialen Problemen wie z.B. eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Kinder führen. Allein Erziehende und ihre Kinder erleben dagegen ihre Lebenssituation gleichwohl als „normal“ und bewerten sie positiv.

5.4 Institutionen

Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV e.V.): <http://vamv.de/>

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW: <http://www.mgsff.nrw.de/>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <http://www.bmfsfj.de/>

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: <http://www.bmgs.de/>

6 Ausländer und Ausländerinnen in Nordrhein-Westfalen

6.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung

Gesellschaftspolitische Bedeutung

In Nordrhein-Westfalen haben im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte Menschen aus unterschiedlichsten Teilen der Erde eine neue Heimat gefunden. Auch in Zukunft wird diese Entwicklung das Bundesland weiter mit prägen, da es sich bei der ausländischen Bevölkerung um einen demografisch jungen Bevölkerungsteil handelt.

Vor diesem Hintergrund ist eine lebhafte öffentliche Diskussion über die Frage entstanden, wie Zuwanderung und Integration gestaltet werden können. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation dieser Bevölkerungsgruppe ist diese Diskussion auch erforderlich: Im Vergleich zur deutschen Bevölkerung müssen sich viele Ausländerinnen und Ausländer mit materiell deutlich eingeschränkteren Lebensumständen begnügen. Entsprechend hoch ist der Anteil von Personen in relativer Armut innerhalb der ausländischen Bevölkerung. Daher bestehen Bedarfe nach sozialpolitischer Unterstützung zum Beispiel:

- Förderung des interkulturellen Austauschs und des Abbaus von Diskriminierungen im Alltags- und Berufsleben.
- Förderung der muttersprachlichen Kompetenz, weil dann Deutsch als Zweitsprache im Alltag und in der Schule besser gelernt werden kann.
- Erhöhung der Schulabgangsquoten ausländischer Jugendlicher, Verbesserung der Schul- und Berufsabschlüsse und verstärkte Vermittlung in Berufsausbildung,
- Ersatz oder Aufstockung des Haushaltseinkommens, wenn für insbesondere größere Haushalte mit mehreren Kindern das Erwerbseinkommen zur Existenzsicherung nicht ausreicht.
- Einbindung der großen Zahl von Unternehmen der ausländischen Wohnbevölkerung in die regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik, um ihre Leistungen zu unterstützen und um ihre spezifischen Kompetenzen für den Strukturwandel und den Abbau der Arbeitslosigkeit wirksam machen zu können.

Ursachen und Hintergründe

Die vergleichsweise schlechteren Lebensverhältnisse der in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind sowohl Ausdruck der Erwerbsstrukturen als auch eines erschwerten Zugangs zum Arbeitsmarkt. In viel stärkerem Maße als deutsche Beschäftigte sind Zuwanderer an- und ungelernt in der industriellen Massenproduktion, der Montanindustrie und im prekären Dienstleistungssektor beschäftigt. Die niedrigqualifizierten Tätigkeiten haben niedrigere Löhne, eine unzureichende soziale Absicherung und unsichere Beschäftigungsverhältnisse zur Folge. Ein Grund für die Konzentration auf diese Tätigkeitsfelder liegt in dem verhältnismäßig niedrigen Bildungs- und Ausbildungsniveau ausländischer Erwerbspersonen. Damit einher geht ein gegenüber den Deutschen deutlich höheres Risiko, arbeitslos zu werden.

Zudem sind Ausländerinnen und Ausländer häufig von latenter und offener Diskriminierung betroffen.

Begriffsbestimmung

Unter dem Begriff „Ausländer“ werden unterschiedliche Personengruppen zusammengefasst, die sich nach Herkunftsland, Zuwanderungsgrund, Aufenthaltsdauer und rechtlichem Aufenthaltsstatus unterscheiden. Mit dem Begriff „Ausländer“ sind somit sowohl Menschen gemeint, die vor 40 Jahren auf der Suche nach Arbeit nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, als auch ihre in Deutschland geborenen oder später nachgezogenen Familienangehörigen. Er bezieht sich ebenfalls auf Asylbewerber, Asylberechtigte und Bürgerkriegsflüchtlinge, aber auch auf Bürger anderer EU-Staaten, die im Zuge der freien Berufs- und Niederlassungswahl in Nordrhein-Westfalen leben.

Diese sehr uneinheitliche Gruppe ist mit statistischen Mitteln nur schwer detailliert zu betrachten. In der nachfolgenden Darstellung werden unter den in Nordrhein-Westfalen lebenden Personen all jene als „Ausländer“ angesehen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit nicht der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer zuzurechnen. Ebenso verhält es sich mit Personen ausländischer Herkunft, welche die deutsche Staatsangehörigkeit an Stelle einer anderen angenommen haben oder sie neben einer weiteren Staatsangehörigkeit besitzen.

6.2 Umfang und Struktur

Chronologische Entwicklung

Ende 1999 verfügte etwa jeder elfte Einwohner Deutschlands nicht über einen deutschen Pass (Tabelle 6-1). Während die Zahl der ausländischen Bevölkerung bis 1996 noch stetig zugenommen hatte, blieb sie seitdem in Deutschland, wie auch in Nordrhein-Westfalen, in etwa konstant. Mit einem Anteil der nicht Deutschen an der Gesamtbevölkerung von 11% liegt Nordrhein-Westfalen somit unverändert an sechster Position aller Bundesländer, nach Hessen und Baden-Württemberg an dritter Position der Flächenländer.

Von den 1999 in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländerinnen und Ausländern stammt ein Großteil aus Ländern außerhalb der Europäischen Union (Tabelle 6-2). Die weitaus größte Bevölkerungsgruppe umfasst dabei türkische Staatsbürger, die zweitgrößte Gruppe machen Bürger mit (ehemals) jugoslawischen Nationalitäten aus.

Die Mehrheit der in Nordrhein-Westfalen lebenden Bürger der Europäischen Union sind italienischer oder griechischer Nationalität.

Tabelle 6-1: Nicht Deutsche in den deutschen Bundesländern am 31.12. der Jahre 1992 und 1999

	Nicht Deutsche			
	1992	1999		
Bundesland	Anzahl	Anzahl	Anteil in % der	Entwicklung 1992 zu
Deutschland	6.495.792	7.336.111	8,9%	12,9%
Alte Bundesländer	6.313.251	7.410.090	10,5%	17,4%
Darunter:				
Hamburg	235.474	261.871	15,4%	11,2%
Hessen	745.570	730.508	12,1%	-2,0%
Berlin	382.792	433.562	12,8%	13,3%
Baden-Württemberg	1.190.785	1.305.175	12,5%	9,6%
Bremen	75.731	79.163	11,9%	4,5%
Nordrhein-Westfalen	1.812.264	2.044.625	11,4%	12,8%
Bayern	991.859	1.123.257	9,2%	13,2%
Rheinland-Pfalz	258.888	306.319	7,6%	18,3%
Saarland	68.237	88.348	8,2%	29,5%
Niedersachsen	425.801	527.802	6,7%	24,0%
Schleswig-Holstein	125.850	151.854	5,5%	20,7%
Neue Bundesländer	182.541	283.627	2,0%	55,4%
Darunter:				
Brandenburg	54.545	61.179	2,4%	12,2%
Sachsen	51.393	104.970	2,4%	104,2%
Sachsen-Anhalt	33.929	44.154	1,7%	30,1%
Mecklenburg-Vorpommern	22.975	31.651	1,8%	37,8%
Thüringen	19.699	41.673	1,7%	111,5%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung am 31.12.1999

Tabelle 6-2: Nicht Deutsche in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen nach Herkunftsländern am 31.12.1999

Nicht Deutsche	Deutschland		Nordrhein-Westfalen	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
Insgesamt	7.336.100	100,0	2.041.057	100,0
Türken	2.053.600	28,0	714.604	35,0
(ehem.) Jugoslawen	1.186.900	16,2	275.535	13,5
Italiener	615.900	8,4	149.729	7,3
Griechen	364.400	5,0	112.615	5,5
Polen	291.700	4,0	76.392	3,7

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Ausländische Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen; Statistisches Bundesamt: Bevölkerung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit; eigene Berechnungen (ZEFIR)

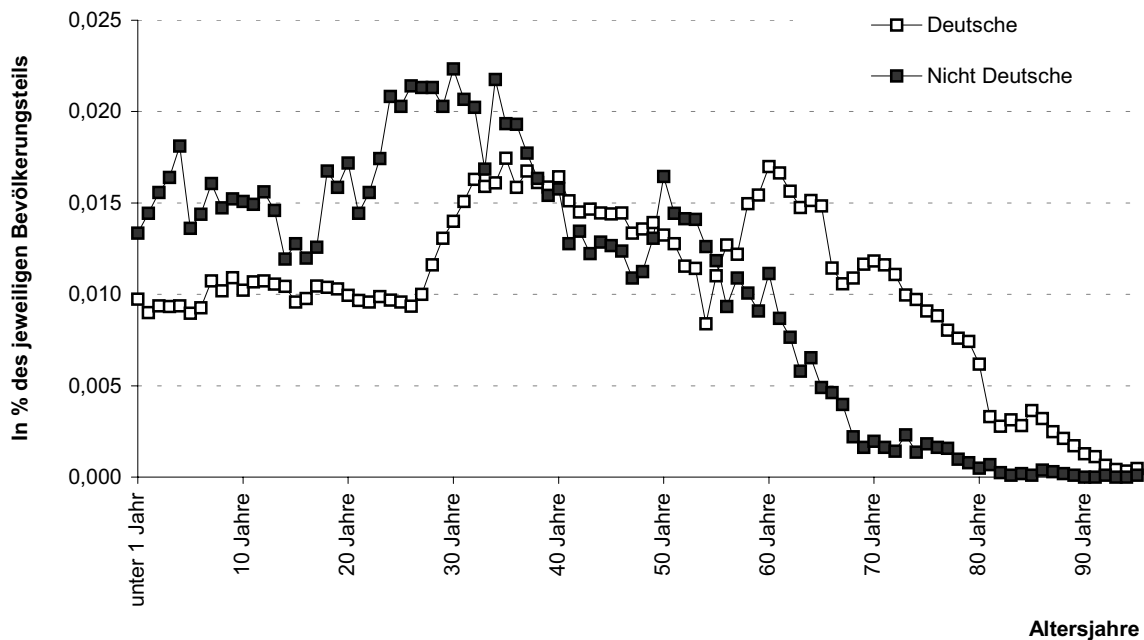
Somit stammt auch 1999 die überwiegende Mehrheit der in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländerinnen und Ausländer aus einem der ehemaligen Anwerbeländer.

Weitere große Nationalitätengruppen in NRW sind Bürger und Bürgerinnen Polens (4%) und der Niederlande (3%).

Dimensionen

Strukturelle Unterschiede zwischen der deutschen und der nicht deutschen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens sind in verschiedenen Dimensionen erkennbar. So leben in Nordrhein-Westfalen relativ mehr ausländische Männer (52%) als Frauen (48%), ein exakt umgekehrtes Verhältnis im Vergleich zur deutschen Bevölkerung. Unterschiede sind auch in der Altersstruktur festzustellen (Abbildung 6-1): In der ausländischen Bevölkerung sind 20- bis unter 35-Jährige deutlich stärker repräsentiert als in der deutschen Bevölkerung, was in geringerem Maße auch für die gesamte Gruppe der unter 40-Jährigen zutrifft. Umgekehrt verhält es sich mit der älteren Bevölkerung: Über 55-Jährige sind unter Ausländerinnen und Ausländern deutlich seltener anzutreffen als in der deutschen Bevölkerung.

Abb. 6-1: Altersstruktur der deutschen und nicht deutschen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen in 2000



Diese Differenzen in der Altersstruktur machen sich auch in der unterschiedlichen Zusammensetzung der ausländischen und deutschen Haushalte bemerkbar (Tabelle 6-3, Abbildung 6-2):

Abb. 6-2: Haushalte mit deutschem und nicht deutschem Haushaltsvorstand

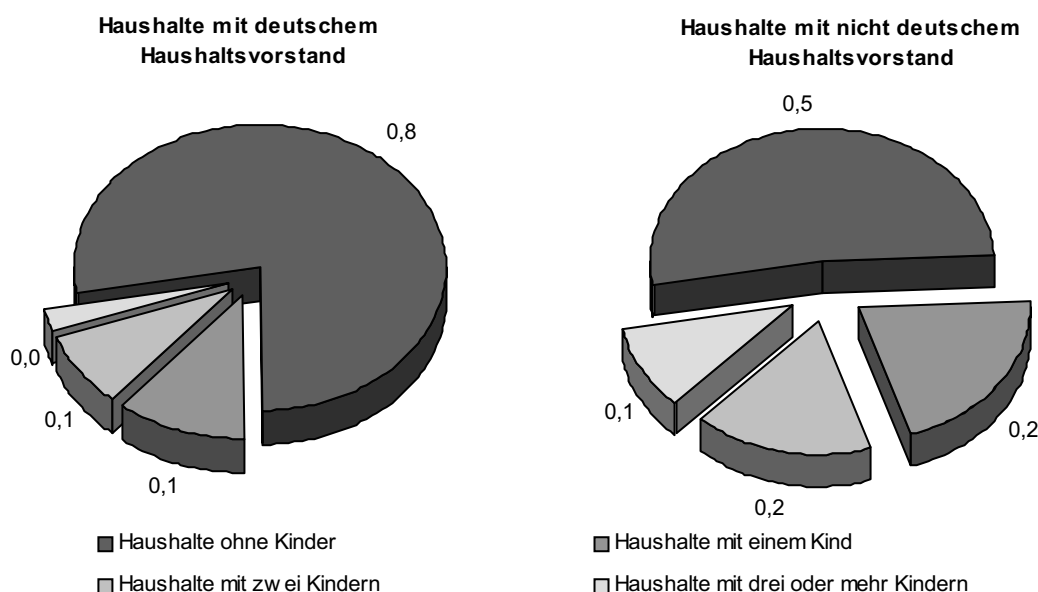


Tabelle 6-3: Größe von Haushalten mit deutscher und nicht deutscher Bezugsperson in Nordrhein-Westfalen (Angabe in % aller Haushalte des jeweiligen Typs)

Staatsbürgerschaft und Haushaltsgröße	1991	1996	1997	1998	1999	2000
Haushalt mit deutscher Bezugsperson						
Eine Person	35,0%	36,3%	36,3%	36,0%	36,1%	36,5%
Zwei Personen	32,4%	34,1%	34,6%	35,2%	35,6%	35,5%
Drei Personen	16,7%	14,7%	14,4%	14,1%	13,9%	13,6%
Vier und mehr Personen	15,9%	15,0%	14,7%	14,6%	14,4%	14,4%
Haushalt mit nicht deutscher Bezugsperson						
Eine Person	22,2%	20,8%	21,2%	22,8%	23,7%	24,2%
Zwei Personen	20,5%	22,0%	22,4%	22,4%	23,0%	24,1%
Drei Personen	18,9%	19,5%	20,1%	19,7%	19,9%	18,6%
Vier und mehr Personen	38,4%	37,7%	36,3%	35,0%	33,4%	33,1%

Quelle 1991: Statistische Berichte des Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen - Die Sozialhilfe in Nordrhein-Westfalen 1990

Quelle ab 1996: Mikrozensus 1996-2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Während nur in weniger als jedem vierten deutschen Haushalt mindestens ein lediges Kind unter 18 Jahren wohnt, ist dies in beinahe der Hälfte der ausländischen Haushalte der Fall. Immerhin 10% der ausländischen Haushalte beherbergen sogar drei oder mehr Kinder.

Auffallend ist dabei, dass sich die kinderreicheren ausländischen Haushalte mit durchschnittlich weniger Wohnraum begnügen müssen (Tabelle 6-4).

Tabelle 6-4: Durchschnittliche Wohnfläche von deutschen und nicht deutschen Haushalten nach Haushaltsgröße in Nordrhein-Westfalen in 1998 (Angabe in Quadratmetern)

Nationalität der Haushaltsbezugsperson		
Anzahl der Haushaltsmitglieder	Deutsch	Nicht deutsch
Insgesamt	87	69
1 Person	65	48
2 Personen	89	67
3 Personen	101	73
4 Personen	113	79
5 oder mehr Personen	129	85

Quelle: Mikrozensus 1998; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Die Bevölkerungsgruppe der Ausländerinnen und Ausländer ist auch durch eine geringere Erwerbsbeteiligung gekennzeichnet (Tabelle 6-5):

Tabelle 6-5: Erwerbsquoten der deutschen und nicht deutschen Bevölkerung nach Geschlecht in Nordrhein-Westfalen (Angabe in %)

Staatsbürgerschaft	1975	1985	1996	1998	2000
Insgesamt	#	#	60,5%	61,4%	63,0%
Männer	#	#	71,7%	71,6%	72,4%
Darunter:					
Deutsche	83,8%	79,6%	73,1%	73,1%	73,6%
Nicht Deutsche	93,9%	84,8%	62,4%	61,7%	64,5%
Frauen	#	#	49,2%	50,3%	53,6%
Darunter:					
Deutsche	40,2%	46,3%	50,9%	52,5%	55,7%
Nicht Deutsche	53,7%	45,5%	35,8%	34,1%	37,8%

Daten liegen nicht vor

Quelle 1975, 1985: Sozialbericht NRW 1998

Quelle ab 1996: Mikrozensus 1996, 1998, 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Die Erwerbsbeteiligung unter den ausländischen Männern und Frauen liegt deutlich unter den entsprechenden Anteilen in der deutschen Bevölkerung. Insbesondere die Erwerbsquoten ausländischer Frauen hat seit Mitte der 70er Jahre deutlich abgenommen. Allerdings fand Mitte der 90er Jahre eine Trendumkehr statt: Nachdem im Verlauf der Jahre 1975 bis 1996 die

Erwerbsbeteiligung der ausländischen Bevölkerung überproportional gesunken war (Männer: -9% bzw. Frauen: -18%), stieg sie in der Zeit von 1996 bis 2000 wieder leicht an. Allerdings schlägt sich die Zunahme der Erwerbsbeteiligung nicht in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der ausländischen Wohnbevölkerung nieder. Zwar ist die Zahl der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1990 und 1995 angewachsen, aber danach wieder abgesunken (Tabelle 6-6). Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung fand somit außerhalb der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung statt (z.B. Selbstständige).

Tabelle 6-6: Deutsche und ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht in Nordrhein-Westfalen am 31.12. der Jahre 1980 bis 1999

Staatsbürgerschaft und Geschlecht	1980	1985	1990	1995	1999
Angabe absolut					
Insgesamt	5.706.245	5.447.215	6.005.472	5.859.213	5.872.675
Frauen	2.041.325	2.023.183	2.347.025	2.416.450	2.450.502
Männer	3.664.920	3.424.032	3.658.447	3.442.763	3.422.173
Deutsche	5.158.739	5.039.576	5.537.063	5.317.862	5.356.241
Darunter:					
Frauen	1.893.684	1.918.303	2.215.487	2.249.466	2.288.020
Männer	3.265.055	3.121.273	3.321.576	3.068.396	3.068.221
Ausländer	547.506	407.639	468.409	541.351	516.434
Darunter:					
Frauen	147.641	104.880	131.538	166.984	162.482
Männer	399.865	302.759	336.871	374.367	353.952
Anteil der Ausländer in %					
Insgesamt	9,6%	7,5%	7,8%	9,2%	8,8%
Frauen	7,2%	5,2%	5,6%	6,9%	6,6%
Männer	10,9%	8,8%	9,2%	10,9%	10,3%

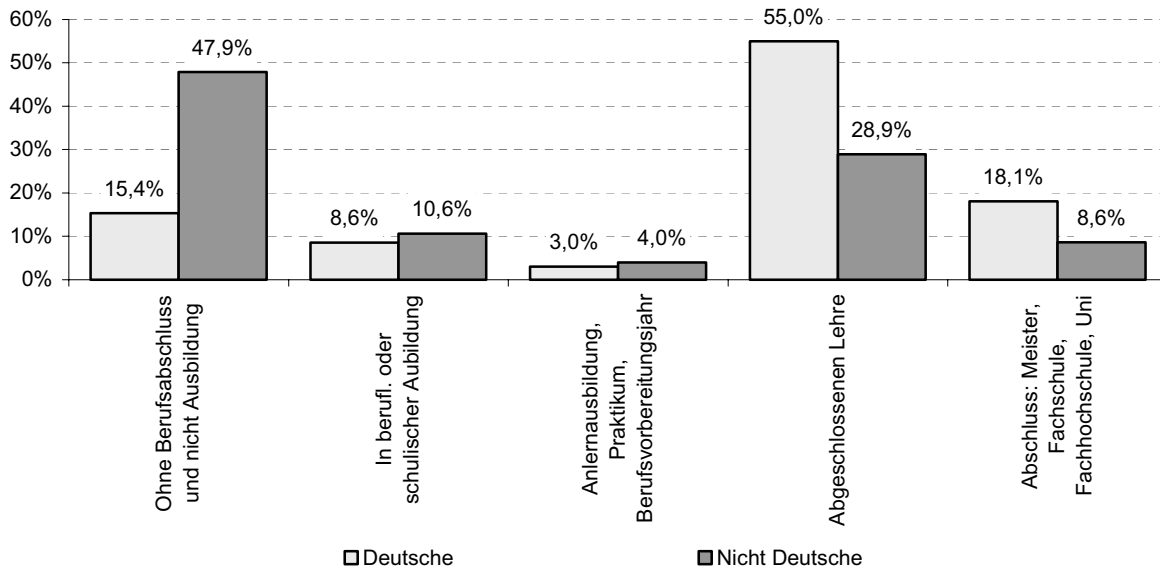
Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (Hg.)

Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind häufiger in von der Konjunktur und dem Strukturwandel stark beeinflussten Branchen beschäftigt. Auch ist ihr beruflicher Status oftmals niedriger als der von deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Dies ist nicht zuletzt auf die prekäre berufliche Ausbildungssituation vieler Ausländerinnen und Ausländer zurückzuführen (Abbildung 6-3):

Unter der 18- bis unter 65-jährigen ausländischen Bevölkerung verfügt nur etwa jeder Vierte über eine abgeschlossene Lehre, nur jeder Elfte besitzt einen höheren Ausbildungsabschluss.

Abb. 6-3: Höchster beruflicher Ausbildungsabschluss in der deutschen und nicht deutschen Bevölkerung im Alter von 15- bis unter 65-Jahren in Nordrhein-Westfalen in 1997



Quelle: Mikrozensus 1997; (Scientific Use File); eigene Berechnungen (ZEFIR), nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Besondere Gruppen

Übereinstimmend mit ihrer defizitären Beschäftigungs- und Ausbildungssituation sind Ausländerinnen und Ausländern auch häufiger von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug betroffen. So war die Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2000 mit 19,9% deutlich höher als die der deutschen (10,1%). Ein vergleichbarer Trend kennzeichnet den Bezug von Sozialhilfe: Ende 2000 betrug der Anteil der Personen mit Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt unter der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 8%. Dies lag merklich oberhalb der Sozialhilfedichte der deutschen Bevölkerung (3%).

Auch die Armutsquote unter der nicht deutschen Bevölkerung lag im Jahr 2000 erheblich über der Quote in der deutschen Bevölkerung (Tabelle 6-7). Im Verlauf der Jahre 1996 bis 2000 ist die Kluft zwischen den materiellen Lebensumständen von Deutschen und nicht Deutschen zudem gewachsen: Im genannten Zeitraum ist die Armutsquote (nach „alter OECD-Skala“ s. Teil I) unter den Ausländerinnen und Ausländern um etwa 3 Prozentpunkte gestiegen, während sie in der deutschen Bevölkerung konstant blieb.

Das Armutsrisiko unter den in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländerinnen und Ausländern von außerhalb der EU ist grundsätzlich größer als in der deutschen Bevölkerung (Tabelle 6-8).

**Tabelle 6-7: Einkommensarmut¹⁾ (50%-Armutsgrenze) unter der deutschen und nicht deutschen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen
(Betroffene in % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe)**

Staatsbürgerschaft	1996	1997	1998	1999	2000
Bedarfsgewichtet nach Bundessozialhilfegesetz					
Insgesamt	13,8%	11,0%	12,8%	12,8%	13,6%
Deutsche	10,2%	7,8%	9,4%	9,4%	10,1%
Nicht Deutsche	39,9%	35,2%	39,0%	38,8%	40,2%
Bedarfsgewichtet mit alter OECD-Gewichtung					
Insgesamt	12,0%	12,0%	11,2%	11,7%	12,2%
Deutsche	8,8%	8,9%	8,0%	8,5%	8,8%
Nicht Deutsche	35,0%	34,8%	35,1%	36,1%	37,6%
Bedarfsgewichtet mit neuer OECD-Gewichtung					
Insgesamt	10,7%	10,2%	9,8%	9,1%	9,7%
Deutsche	8,0%	7,7%	7,0%	6,6%	7,1%
Nicht Deutsche	30,9%	29,2%	31,0%	28,9%	29,2%

¹⁾ Auf Grundlage des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommens

Quelle: Mikrozensus 1996-2000, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit.

Tabelle 6-8: Einkommensarmut¹⁾ (50%-Armutsgrenze) in der 15- bis unter 65-jährigen Bevölkerung nach Staatsbürgerschaft, Anzahl der Kinder im Haushalt, Erwerbstätigkeit und beruflichem Ausbildungsabschluss Nordrhein-Westfalen in 1997

Staatsbürgerschaft und Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren	Erwerbstätig		Arbeitssuchend erwerbslos	
	Mit Berufsausbildungsabschluss	Ohne Berufsausbildungsabschluss	Mit Berufsausbildungsabschluss	Ohne Berufsausbildungsabschluss
Deutsche				
Ohne Kinder	1,4%	7,3%	6,1%	13,3%
Mit einem Kind	3,5%	9,5%	14,8%	23,7%
Mit zwei o. mehr Kindern	6,3%	18,6%	17,1%	39,3%
Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union				
Ohne Kinder	2,3%	4,1%	14,8%	22,8%
Mit einem Kind	6,5%	5,0%	31,8%	26,3%
Mit zwei o. mehr Kindern	11,4%	25,0%	17,0%	57,9%
Andere Staatsbürger und Staatsbürgerinnen				
Ohne Kinder	2,9%	9,1%	27,6%	32,7%
Mit einem Kind	10,3%	27,3%	41,3%	47,6%
Mit zwei o. mehr Kindern	28,4%	33,9%	64,7%	59,5%

¹⁾ Auf Grundlage des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommens

Quelle: Mikrozensus 1997, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit, nur Personen mit bekanntem Ausbildungsabschluss, ohne Personen in Ausbildung

Aspekte der Dauer und des Lebenslaufes

Bei gleicher Kinderzahl, gleichem Erwerbsstatus und gleichem beruflichen Ausbildungsstatus liegt die Armutsquote dieser Gruppe auf deutlich höherem Niveau. Zudem wird das Armutsrisiko dieser Personengruppe durch Erwerbslosigkeit oder Kinder im Haushalt besonders drastisch beeinflusst:

Haben Ausländerinnen und Ausländer von außerhalb der EU Kinder, übertrifft ihre Armutsquote die der deutschen Vergleichsgruppe um mindestens 7 Prozentpunkte. Sind sie erwerbslos und arbeitssuchend, beträgt diese Differenz mindestens 19 Prozentpunkte.

Das Armutsrisiko der Erwerbstätigen aus den Ländern der Europäischen Union entspricht eher dem der deutschen Bevölkerung, als dem der übrigen ausländischen Bevölkerung. Zwar liegt das Niveau der Armut unter den erwerbslosen und arbeitssuchenden EU-Staatsbürgern oberhalb dem der deutschen Bevölkerung, jedoch liegt es deutlich unterhalb des Niveaus der entsprechenden Bevölkerungsgruppe der Ausländerinnen und Ausländer von außerhalb der Europäischen Union.

Räumliche Dimension

Zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens gab es am Jahresende 1999 erhebliche Unterschiede im Anteil der nicht Deutschen an der Gesamtbevölkerung (Tabelle 6-9). Allerdings nahm die Spannweite des Ausländeranteils innerhalb Nordrhein-Westfalens von 16% im Jahr 1996 auf 15% im Jahr 1999 geringfügig ab. Der Ausländeranteil in den Städten und Kreisen der Rhein-Ruhr-Region war 1999 höher als in den meisten übrigen Kommunen Nordrhein-Westfalens. Im Vergleich zu 1996 sind die bedeutendsten Zunahmen des Ausländeranteils in Dortmund, in der kreisfreien Stadt Aachen und in Bonn zu verzeichnen. Die erheblichsten Abnahmen entfallen auf den Rheinisch-Bergischen-Kreis und auf Remscheid.

Vor allem in den großen Städten ist eine zunehmende räumliche Konzentration von Ausländern in besonders benachteiligten armen Vierteln festzustellen. Hier gibt es Siedlungsbereiche, in denen heute bereits die Mehrheit der Bevölkerung und vor allem der Kinder und Jugendlichen nicht deutscher Nationalität ist bzw. einen Migrationshintergrund hat. Besondere Bedeutung für die Integration der Kinder und Jugendlichen und ihre Startchancen in die Gesellschaft hat die Verbesserung der Qualität der schulischen und beruflichen Bildung der jungen Migrantengeneration.

Tabelle 6-9: Anteil der nicht Deutschen an der Gesamtbevölkerung in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens am 31.12.1999

Kreis bzw. kreisfreie Stadt	Nicht Deutsche in %	Kreis bzw. kreisfreie Stadt	Nicht Deutsche in %
Aachen, Kreis	10,7%	Krefeld	14,8%
Aachen, kreisfr. Stadt	17,3%	Leverkusen	11,7%
Bielefeld	13,0%	Lippe	7,0%
Bochum	11,7%	Märkischer Kreis	13,1%
Bonn	17,3%	Mettmann	11,8%
Borken	6,9%	Minden-Lübbecke	5,8%
Bottrop	9,8%	Mönchengladbach	11,0%
Coesfeld	4,5%	Mülheim	9,5%
Dortmund	16,3%	Münster	7,6%
Duisburg	17,3%	Neuss	11,2%
Düren	9,7%	Oberbergischer Kreis	8,5%
Düsseldorf	17,4%	Oberhausen	12,6%
Ennepe-Ruhr Kreis	8,9%	Olpe	9,5%
Erfdkreis	11,6%	Paderborn	7,4%
Essen	11,4%	Recklinghausen	10,2%
Euskirchen	5,7%	Remscheid	16,6%
Gelsenkirchen	14,3%	Rheinisch-Bergischer Kreis	8,2%
Gütersloh	9,2%	Rhein-Sieg Kreis	9,0%
Hagen	14,4%	Siegen-Wittgenstein	8,9%
Hamm	12,4%	Soest	7,7%
Heinsberg	9,4%	Solingen	14,8%
Herford	7,5%	Steinfurt	6,0%
Herne	15,3%	Unna	9,5%
Hochsauerlandkreis	7,8%	Viersen	8,1%
Höxter	5,1%	Warendorf	8,4%
Kleve	7,8%	Wesel	8,9%
Köln	19,7%	Wuppertal	16,0%

Quelle: Bevölkerungsstatistik 1999 des Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen; eigene Berechnung (ZEFIR)

8.3 Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation

Ebenso vielfältig wie die Menschen, die sich hinter dem Begriff „Ausländer“ verbergen, sind auch die Lebensumstände, in denen sie leben. Am ehesten miteinander vergleichbar ist die Situation von Zuwanderern, die sich erst kurze Zeit in Nordrhein-Westfalen aufhalten.

Vor dem Hintergrund einer oft schlechten wirtschaftlichen Situation müssen viele dieser Menschen mit unzulänglichen Sprachkenntnissen, einer als fremd empfundenen sozialen Umgebung und ungesicherten Lebensperspektiven zu Recht kommen. Zusammengenommen stellt dies eine psychosozial belastende Situation dar, die im Falle von Asylbewerbern und Flüchtlingen häufig noch durch zu bewältigende Erinnerungen an traumatische Ereignisse verschärft wird.

Psychische und psychosomatische Beschwerden sind mögliche Folgen dieser belastenden Lebensumstände. Deren Überwindung gelingt vielen Zuwanderern erst durch den Aufbau eines neuen sozialen Netzwerkes mit Deutschen sowie mit bereits länger in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländerinnen und Ausländern. Doch auch staatliche Maßnahmen leisten bei diesem Integrationsprozess einen wichtigen Beitrag: Hierbei sind Sprachkurse ebenso zu nennen, wie spezielle Beratungs- oder Qualifizierungsangebote für Zuwanderer.

6.4 Institutionen

Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) der Universität Köln: - <http://www.uni-koeln.de/ew-fak/FiSt/>

Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück:
<http://www.imis.uni-osnabrueck.de/>

Interkultureller Rat in Deutschland e.V.: <http://www.interkultureller-rat.de/>

Landeszentrum für Zuwanderung der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge Nordrhein-Westfalen (LZZ-NRW): <http://www.lzz-nrw.de/>

7 Lebenslagen älterer Frauen in Nordrhein-Westfalen

7.1 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung

Gesellschaftspolitische Bedeutung

Älteren Frauen wird in der Sozialpolitik besondere Aufmerksamkeit gewidmet, weil ein Großteil von ihnen trotz Witwen- und eigenen Renten in Einkommensarmut lebt und/oder sozialhilfebedürftig ist. Die engen finanziellen Spielräume treten neben die altersbedingten Schwierigkeiten und beschränken deren Lösungsmöglichkeiten. Daher sind ältere Frauen auf unterschiedlichste Unterstützungen ihrer Familie, aber auch der Sozialpolitik angewiesen.

Beispiele für erforderliche Unterstützungen sind:

- Ersatz oder Aufstockung des Haushaltseinkommens, wenn die Rentenansprüche für die Existenzsicherung nicht ausreichen
- Schaffung wohnortnaher und niedrigschwelliger Beratungs- und Hilfsangebote, z.B. für die Beantragung von Sozialhilfe
- Förderung des Um- oder Neubaus alten- und behindertengerechter Wohnungen
- Förderung und Gewährleistung einer ausreichenden nähräumlichen Infrastruktur (u.a. Einkaufsmöglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel)

Ursachen und Hintergründe

In der Bundesrepublik orientiert sich die Alterssicherung für Frauen bis heute an der Vorstellung einer lebenslangen Ehe nach dem Ernährermodell. Da viele der heute über 60jährigen (Ehe-)Frauen nie, zeitlich begrenzt oder von Phasen der Kindererziehung unterbrochen - und meist in im Vergleich zu Männern gering entlohnten Tätigkeiten - erwerbstätig waren, verfügen sie im Alter lediglich über niedrige eigene Rentenansprüche. Solange Frauen über längere Zeit verheiratet sind und die Ehepartner lange und kontinuierlich erwerbstätig waren, erfolgt ihre materielle Existenzsicherung weitgehend über den (verstorbenen) Ehepartner. Einschränkungen in der Alterssicherung der Frauen ergeben sich insbesondere dann, wenn sie frühzeitig Witwen wurden, geschieden sind oder nie verheiratet waren.

Frauen sind somit im Alter von Konsequenzen spezifischer Benachteiligungen betroffen, die für den Lebenslauf von Frauen aller Altersgruppen insgesamt bedeutend sind:

durchschnittlich niedrigere Erwerbseinkommen („Arbeitsmarktbedingungen weiblicher Erwerbsarbeit“) ihre gesellschaftlich zugeschriebene Zuständigkeit für die häusliche Arbeit und die Kindererziehung („Rolle der Frau in der häuslichen Arbeitsteilung“) und

die daraus resultierenden Erwerbsbiographien mit häufigeren und/oder längeren Unterbrechungen aufgrund von Lebensphasen der Kindererziehung und Teilzeitarbeit („Rahmenbedingungen weiblicher Erwerbsarbeit“) sowie

die wiederum daraus folgenden geringen Anwartschaften bei der Arbeitslosen- und Rentenversicherung („sozialstaatliche Absicherung weiblicher Lebensverläufe“).

Begriffsbestimmung

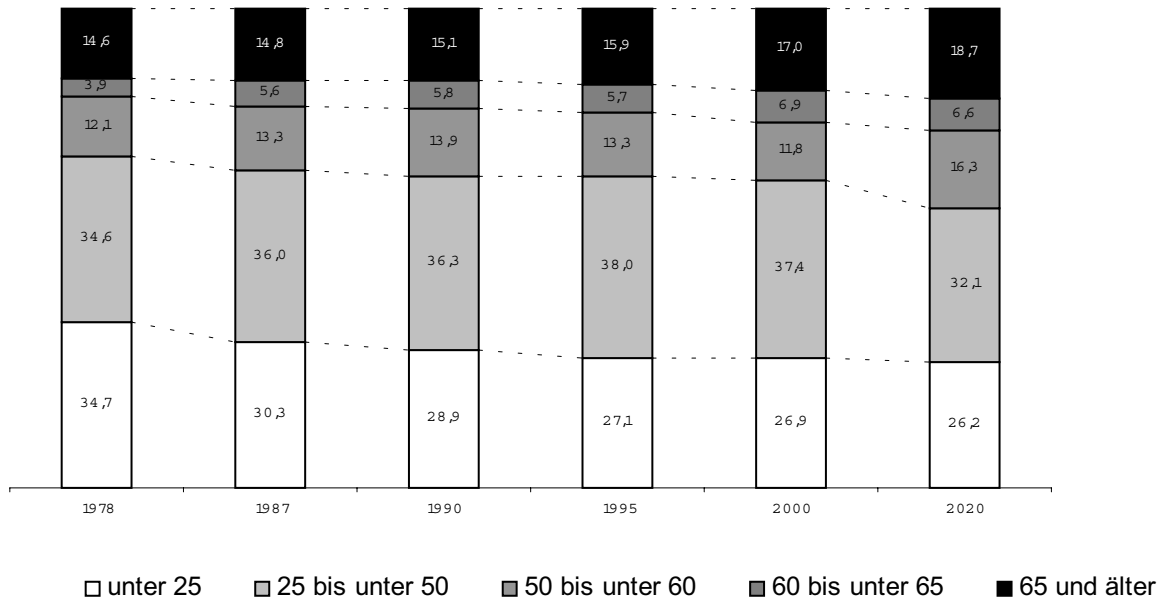
Als ältere Frauen werden im Sozialbericht NRW Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren bezeichnet. Ökonomisch unterversorgt sind ältere Frauen, wenn sie nur über ein geringes Haushaltseinkommen verfügen oder sozialhilfebedürftig sind.

7.2 Umfang und Struktur

Chronologische Entwicklung

Aufgrund des demographischen Wandels seit Mitte der 70er nimmt der Anteil der älteren Bevölkerung beständig zu. In Nordrhein-Westfalen ist der Anteil der über 65jährigen in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen (vgl. Abbildung 7-1).

Abbildung 7-1: Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen in NRW



Während in den 70er Jahren lediglich 18,5% der Gesamtbevölkerung 60 Jahre und älter war, traf dies im Jahr 2000 auf 24% zu. Im gleichen Zeitraum nahm demgegenüber der Anteil der unter 25-Jährigen von 35 auf 27% ab. In den nächsten Jahrzehnten wird sich diese Entwicklung voraussichtlich fortsetzen und beschleunigen, wenn nämlich die geburtenstarken Jahrgänge von Mitte der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts in das Ruhestandsalter eintreten.

Dimensionen

Aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung sind Frauen in den älteren Altersgruppen überdurchschnittlich vertreten (vgl. Tabelle 7-1). Von den 4,4 Millionen über 60-Jährigen sind 2,5 Millionen Frauen. Ihr Anteil an der älteren Bevölkerung wird mit steigendem Alter größer. Ist unter den 60 bis 65-Jährigen die Hälfte der Bevölkerung weiblich, sind zwei Drittel der über 75-Jährigen Frauen.

Tabelle 7-1: Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren in Nordrhein-Westfalen nach Geschlecht, Altersgruppen und Familienstand in 2000 (Angabe in Tausend und in % des jeweiligen Familienstandes)

Alter und Familienstand	Insgesamt	Männer		Frauen	
	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Im Alter von 60 und mehr Jahren					
Zusammen	4.411	1.907	43,2%	2.504	56,8%
Ledig	230	84	36,7%	146	63,3%
Verheiratet	2.800	1.550	55,4%	1.250	44,6%
Verwitwet oder geschieden	1.380	272	19,7%	1.108	80,3%
Im Alter von 60 bis unter 65 Jahren					
Zusammen	1.332	656	49,3%	676	50,7%
Ledig	69	40	57,7%	29	42,3%
Verheiratet	1.047	548	52,3%	499	47,7%
Verwitwet oder geschieden	216	68	31,7%	147	68,3%
Im Alter von 65 bis unter 70 Jahren					
Zusammen	974	464	47,6%	510	52,4%
Ledig	45	22	48,0%	23	52,0%
Verheiratet	715	393	54,9%	322	45,1%
Verwitwet oder geschieden	215	50	23,1%	165	76,9%
Im Alter von 70 bis unter 75 Jahren					
Gesamt	874	387	44,3%	487	55,7%
Ledig	45	12	26,2%	33	73,8%
Verheiratet	560	324	57,8%	236	42,2%
Verwitwet oder geschieden	270	52	19,2%	218	80,8%
Im Alter von 75 und mehr Jahren					
Zusammen	1.231	400	32,5%	831	67,5%
Ledig	71	11	15,7%	60	84,3%
Verheiratet	479	286	59,8%	193	40,2%
Verwitwet oder geschieden	680	102	15,0%	578	85,0%

Quelle: Mikrozensus 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Die höhere Lebenserwartung von Frauen schlägt sich auch in den Unterschieden im Familienstand älterer Männer und Frauen nieder (vgl. ebd. Tabelle 7-1):

Für alle Altersgruppen gilt, dass unter den Ledigen, Geschiedenen und insbesondere den Verwitweten deutlich mehr Frauen als Männer sind. Ältere Männer sind dagegen vorwiegend verheiratet. Ab dem 70. Lebensjahr ist die Mehrzahl der Frauen verwitwet. Die Unterschiede im Familienstand verweisen auch auf die unterschiedlichen Haushaltssituationen von Männern und Frauen ab 65 Jahren (vgl. Tabelle 7-2).

Tabelle 7-2: Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren nach Geschlecht und Haushaltsgröße in Nordrhein-Westfalen (Angabe in Tausend und in % des jeweiligen Geschlechts)

Geschlecht und Haushaltsgröße	1996		1998		2000	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Insgesamt						
Zusammen	2.930	100,0%	2.962	100,0%	3.078	100,0%
Darunter:						
Ein-Personen-Haushalt	1.136	38,8%	1.120	37,8%	1.131	36,7%
Zwei-Personen-Haushalt	1.509	51,5%	1.590	53,7%	1.715	55,7%
Haushalt mit drei oder mehr Personen	285	9,7%	253	8,5%	233	7,6%
Männer						
Zusammen	1.135	100,0%	1.170	100,0%	1.250	100,0%
Darunter:						
Ein-Personen-Haushalt	198	17,4%	198	17,0%	207	16,5%
Zwei-Personen-Haushalt	803	70,8%	851	72,8%	928	74,3%
Haushalt mit drei oder mehr Personen	134	11,8%	120	10,3%	115	9,2%
Frauen						
Zusammen	1.795	100,0%	1.793	100,0%	1.828	100,0%
Darunter:						
Ein-Personen-Haushalt	938	52,3%	922	51,4%	924	50,5%
Zwei-Personen-Haushalt	706	39,3%	739	41,2%	787	43,0%
Haushalt mit drei oder mehr Personen	151	8,4%	133	7,4%	118	6,4%

Quelle: Mikrozensus 1996, 1998, 2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz

Während zwei Drittel der älteren Männer in einem Zwei-Personen-Haushalt leben, lebt die Hälfte der Frauen allein. Die seit langem abnehmende und geringe Bedeutung des Lebens in Mehr-

Generationen-Haushalten für ältere Menschen zeigt sich in den für beide Geschlechter geringen Anteilen der Haushalte mit drei und mehr Personen. Dass ökonomische Unterversorgung auch in NRW besonders ältere Frauen betrifft, machen die Angaben zur Höhe der Haushaltseinkommen des Jahres 2000 deutlich. Rentner-Haushalte allein stehender Frauen können häufiger lediglich auf ein geringes Haushaltseinkommen zurückgreifen als allein stehende Männer (vgl. Tabelle 7-3).

Zwei Drittel der Haushalte von Pensions- und Renten-Bezieherinnen muss mit unter 2.200 DM (1.124,84 Euro) haushalten, während dies nur ein Drittel der männlichen Pension- und Rentenbezieher betrifft. Unter den allein stehenden Frauen sind es vor allem die Geschiedenen, deren Pension und/oder Rente besonders niedrig ist.

Tabelle 7-3: Haushalte mit Pension oder Rente als überwiegender Lebensunterhalt nach Haushaltseinkommen sowie Familienstand und Geschlecht der Bezugsperson in Nordrhein-Westfalen in 2000 (Angabe in % des jeweiligen Familienstandes)

Geschlecht der Haushaltsbezugsperson	Haushaltseinkommen von ... bis unter ... DM				
	Unter 1.400	1.400 - 2.200	2.200 - 3.000	3.000 - 4.500	4.000 u. mehr
Insgesamt	8,6%	24,1%	24,9%	20,1%	22,3%
Verheiratete	2,3%	9,3%	25,1%	28,7%	34,6%
Allein stehende Männer	8,3%	28,8%	30,5%	16,3%	16,1%
Darunter:					
Ledige	11,3%	33,8%	27,4%	12,6%	14,9%
Geschiedene	10,9%	36,7%	21,9%	13,8%	16,7%
Verwitwete	6,0%	23,6%	35,1%	18,9%	16,4%
Allein stehende Frauen	16,7%	41,7%	23,0%	10,2%	8,4%
Darunter:					
Ledige	17,7%	31,8%	24,3%	13,7%	12,5%
Geschiedene	30,7%	37,0%	17,2%	8,7%	6,4%
Verwitwete	15,1%	43,6%	23,5%	9,8%	8,1%

Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen (ZEFIR); nur Bevölkerung am Familienwohnsitz, nur Haushalte mit bekanntem Haushaltseinkommen, nur Haushalte ohne selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit.

Besondere Problemgruppen

In den letzten Jahren hat die Zahl der älteren Sozialhilfebeziehenden drastisch zugenommen (vgl. Tabelle 7-4). Wobei die Steigerung im letzten beobachteten Jahresvergleich deutlich zurückgegangen ist. Frauen waren von den Zunahmen weniger betroffen als Männer, und ihre Zahl ist im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr erstmals wieder leicht gesunken. Jedoch sind weiterhin Frauen die Mehrheit unter den über 60-jährigen Sozialhilfebeziehenden (vgl. Tabelle 7-5).

Tabelle 7-4: Entwicklung der Sozialhilfebeziehenden¹⁾ im Alter von 65 und mehr Jahren nach Geschlecht und Nationalität in Nordrhein-Westfalen am 31.12. der Jahre 1996-2000

Geschlecht und Nationalität	1996	1997	1998	1999	2000
Anzahl (absolut)					
Insgesamt	45.895	47.700	49.032	52.461	52.515
Darunter:					
Männer	11.505	12.616	13.787	15.771	16.280
Frauen	34.390	35.084	35.245	36.690	36.235
Deutsche	35.344	37.398	37.059	40.451	39.547
Nicht Deutsche	10.551	10.302	11.973	12.010	12.968
Veränderung zum Vorjahr (in%)					
Insgesamt	#	3,9%	2,8%	7,0%	0,1%
Darunter:					
Männer	#	9,7%	9,3%	14,4%	3,2%
Frauen	#	2,0%	0,5%	4,1%	-1,2%
Deutsche	#	5,8%	-0,9%	9,2%	-2,2%
Nicht Deutsche	#	-2,4%	16,2%	0,3%	8,0%
Sozialhilfedichte (in % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe)					
Insgesamt	1,6%	1,6%	1,7%	1,8%	1,7%
Darunter:					
Männer	1,1%	1,2%	1,2%	1,4%	1,4%
Frauen	1,9%	1,9%	1,9%	2,0%	1,9%
Deutsche	1,3%	1,3%	1,3%	1,4%	1,3%
Nicht Deutsche	14,8%	13,6%	14,5%	13,3%	13,3%

Ohne Nennung

¹⁾ Beziehende von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quelle: Sozialhilfedaten Nordrhein-Westfalen 1996-2000; eigene Berechnungen (ZEFIR); Bevölkerungsstatistik NRW des Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, 1996-1999

Mit zunehmenden Alter steigt ihr Anteil unter den älteren Sozialhilfebedürftigen. Ab dem 75. Lebensjahr ist fast jeder Sozialhilfebeziehende weiblich.

Die stärkere Benachteiligung älterer Frauen wird zudem durch die Sozialhilfequote deutlich: Die ältere weibliche Bevölkerung Nordrhein-Westfalens ist überdurchschnittlich und häufiger als Männer von Sozialhilfebezug betroffen.

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist davon auszugehen, dass die Altersarmut von Frauen in den nächsten Jahren zunehmen wird.

Tabelle 7-5: Sozialhilfebeziehende¹⁾ im Alter von 60 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Nordrhein-Westfalen am 31.12.2000

Im Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männer	Frauen
Anzahl (absolut)			
60 und mehr	85.770	30.372	55.398
Darunter:			
60 - 65	33.255	14.092	19.163
65 - 70	20.079	8.319	11.760
70 - 75	14.191	4.801	9.390
75 und mehr	18.245	3.160	15.085
Anteil in % des jeweiligen Geschlechts			
60 und mehr	100,0%	100,0%	100,0%
Darunter:			
60 - 65	38,8%	46,4%	34,6%
65 - 70	23,4%	27,4%	21,2%
70 - 75	16,5%	15,8%	17,0%
75 und mehr	21,3%	10,4%	27,2%
Anteil in % der jeweiligen Altersgruppe			
60 und mehr	100,0%	35,4%	64,6%
Darunter:			
60 - 65	100,0%	42,4%	57,6%
65 - 70	100,0%	41,4%	58,6%
70 - 75	100,0%	33,8%	66,2%
75 und mehr	100,0%	17,3%	82,7%

¹⁾ Beziehende von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von
Quelle: Sozialhilfedaten des Landesamt für Datenverarbeitung und

Aspekte der Dauer und des Lebenslaufs

Können Frauen im Alter nur auf ein geringes Einkommen zurückgreifen oder werden sozialhilfebedürftig, bestehen für sie kaum Möglichkeiten, irgendwann wieder unabhängig von familialer Unterstützung oder sozialen Leistungen leben zu können. Die Altersarmut von Frauen unterscheidet sich damit bedeutend von der Armut anderer Bevölkerungsgruppen, für die Einkommensarmut oder Sozialhilfebezug zum Beispiel über die Aufnahme einer Beschäftigung überwunden werden kann.

Räumliche Dimension

Wohnen ältere Frauen in Randlagen größerer Städte oder in ländlichen Regionen, ist die Versorgungslage mit privater und öffentlicher Infrastruktur in der Regel schwierig. Der öffentliche Nahverkehr ist für viele ältere Frauen mit geringem Haushaltseinkommen zu teuer und bietet meist nur wenige und zeitlich beschränkte Verbindungen zu zentralen Orten an, an denen sich Ärzte,

Einkaufsmöglichkeiten und Ämter befinden. Die Mobilität im Lebensalltag stellt somit eine besondere Schwierigkeit für ältere Menschen dar.

7.3 Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation

Die Wohnung hat für die Lebenssituation älterer Menschen eine zentrale Bedeutung. Vertrautheit mit der Wohnung und der Wohnumwelt, damit verbundene Erinnerungen bieten Schutz und Geborgenheit - dies um so mehr, je älter und bewegungseingeschränkter die Menschen sind. Gerade für behinderte und andere stark eingeschränkte ältere Menschen ist die Vertrautheit mit der Wohnung, wo jeder Handgriff bekannt ist, wichtig. Da nur wenige Wohnungen alten- und behindertengerechten Standards genügen, wird mit zunehmendem Alter ein Umzug in vielen Fällen jedoch unvermeidlich.

Im Alltag armer und älterer Menschen ist das familiäre Netzwerk besonders bedeutend. Die Beziehungen zu Nachbarn und Freunden sind dagegen selten ebenso intensiv wie zu Verwandten. Die Familie spielt im Leben alter Menschen sowohl für unmittelbare Hilfestellungen als auch geselligen Austausch und Anteilnahme die zentrale Rolle. Ältere Menschen werden in der Regel auch durch ihre Familienmitglieder unterstützt. Die Unterstützung besteht weniger in finanziellen Hilfen als darin, einen Teil der Hausarbeit und besondere Erledigungen zu übernehmen und sich über den Alltag auszutauschen. Eine finanzielle Unterstützung durch ihre Kinder und Verwandten lehnen ältere Menschen meist ab, weil sie nicht „zur Last fallen“ wollen. An dieser Stelle wird die zum 1.1.2003 in Kraft tretende Grundsicherung ältere Sozialhilfebetroffene und ihre Familien entlasten.

Den engen finanziellen Spielraum bewältigen ältere Menschen eher, in dem sie bei größeren (Ersatz-) Anschaffungen aber auch regelmäßigen Ausgaben sparen. Dies führt oft dazu, dass die tägliche Lebensführung eingeschränkt wird. So verzichten ältere Menschen entweder auf Fernsehen, Zeitungen oder Telefon, kaufen seltener frisches Obst, Gemüse oder Fleisch oder schränken ihren Heiz- und Energieverbrauch ein, so dass oft nur ein Zimmer der Wohnung beheizt wird (vgl. Naegele u.a. 1992, S. 136).

7.4 Institutionen

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO): <http://www.bagso.de>
(Anschrift: Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V., Schedestraße 13, 53113 Bonn)

"Chancengleichheit für ältere Frauen - Informations- und Erfahrungsaustausch im Internet":
www.sophia-net.org

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW: <http://www.mgsff.nrw.de/>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <http://www.bmfsfj.de/>

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: <http://www.bmgs.de/>

Teil C

Glossar

Äquivalenzeinkommen

Das nach der Zahl und dem Alter (bzw. der Stellung im Haushalt) gewichtete Haushaltseinkommen. Das Äquivalenzeinkommen wird gebildet, um die Einkommensbeträge von Haushalten unterschiedlicher Größe miteinander vergleichbar zu machen.

Äquivalenz-Skalen

Äquivalenz-Skalen ermöglichen die Umrechnung von Haushaltseinkommen auf Personen. Zu den gebräuchlichsten Skalen zählen die alte und die neue OECD-Skala sowie die BSHG-Skala. Die Skalen unterscheiden sich durch die Gewichtung der Bedarfe der Haushaltsmitglieder. Siehe Äquivalenzeinkommen

Arithmetisches Mittel

Statistischer Mittelwert, entspricht der Summe aller Werte einer Reihe durch die Anzahl der Werte.

Bedarfsgewichtetes durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen

Siehe Äquivalenzeinkommen.

DIW

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Median

Statistisches Maß zur Bestimmung des Mittelwertes (Zentralwert): mittlerer Wert bei einer nach Größe geordneten Reihe. Als Mittelwert ist der Median besonders geeignet, den Einfluss von Extremwerten zu glätten.

Mikrozensus

Seit 1957 wird vom Statistischen Bundesamt die Mikrozensusserhebung durchgeführt. Mit einer Zufallsauswahl von einem Prozent der Bevölkerung und über 820000 Personen ist der Mikrozensus die größte jährlich durchgeführte Repräsentativbefragung in der Bundesrepublik Deutschland. Zahlreiche Daten über Haushalts- und Familienzusammenhänge, Bildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie Quellen des Lebensunterhaltes und der Einkommenssituationen von Personen und Haushalten werden im Querschnitt erfasst. Die Teilnahme ist verpflichtend.

Niedrigeinkommen

Bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen eines Haushaltes von weniger als 60% des nordrhein-westfälischen Einkommensdurchschnitts; berechnet nach der alten OECD-Skala. Siehe Äquivalenz-Skalen.

OECD

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sozialhilfe - Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen

Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) hat den Auftrag, „dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“ (§1 Abs. 2 BSHG). Der Sozialhilfe liegt - in Abgrenzung zu Versicherungs- und Versorgungsleistungen - das Bedarfsdeckungsprinzip zugrunde. Danach müssen die sozialhilferechtlich anzuerkennenden Bedürfnisse unabhängig von der Ursache der Notlage befriedigt werden. Sozialhilfe umfasst laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen. Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen Menschen, die ihren notwendigen täglichen Bedarf nicht selbst decken können. Mit der Hilfe zum Lebensunterhalt soll all das finanziert werden, was zum Leben gebraucht wird, insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens („Notwendiger Lebensunterhalt“ nach § 12 Abs. 1 BSHG).

Sozialhilfe – Bedarfsgemeinschaft

In der Regel entspricht eine Bedarfsgemeinschaft dem Haushalt und umfasst alle Personen, die in die gemeinsame Sozialhilfeberechnung mit einbezogen werden. Dabei kommen Einkommen und Vermögen einzelner Mitglieder auch für die Befriedigung des Bedarfs der anderen Mitglieder zum Einsatz. Auch Einzelpersonen können eine eigene Bedarfsgemeinschaft bilden. Prinzipiell zählen alle Personen eines Haushaltes zu einer Bedarfsgemeinschaft, die der gesteigerten Unterhaltspflicht unterliegen (§ 11 Abs. 1 BSHG). Nicht zu derselben Bedarfsgemeinschaft gezählt werden getrennt lebende Ehegatten, Eltern und ihre volljährigen Kinder sowie Eltern und ihre minderjährigen Kinder, wenn diese verheiratet sind, ein leibliches Kind bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres versorgen, ein Kind erwarten oder über Einkommen bzw. Vermögen oberhalb des Sozialhilfebedarfs verfügen.

Sozialhilfe - Haushaltsvorstand

Haushaltsvorstand ist das Haushaltsmitglied, das die Generalkosten des Haushalts trägt.

Sozialhilfe - Dichte / - Quote

Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung. Die Dichte wird u.a. ermittelt, um die Zahl der Sozialhilfeempfänger zwischen Gebietskörperschaften mit unterschiedlicher Einwohnerzahl vergleichbar zu machen.

Sozio-ökonomisches Panel

Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist eine vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung seit 1984 jährlich durchgeführte repräsentative Längsschnittuntersuchung privater Haushalte in Deutschland. In den ausgewählten Haushalte werden alle Personen ab 16 Jahren direkt befragt Haushaltsbezogene Fragen sowie Informationen über Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren werden mit einem Haushaltsfragebogen erhoben.

Survey

Befragung, Erhebung.

Literatur

- Adamy, W./Steffen, J. (1998):** *Abseits des Wohlstandes. Arbeitslosigkeit und neue Armut.* Darmstadt.
- Andreß, H.-J. (1999):** *Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten.* Opladen/Wiesbaden.
- Andreß, H.-J./Lohmann, H. (1999):** *Die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung.* Schriftenreihe des Bundesministers für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 180. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Andreß, H.-J. u.a. (1996):** *Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Endbericht des DFG-Projektes "Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich".* Bielefeld.
- Bade, K.J., Münz, R. (2000):** *Migrationsreport 2000. Fakten - Daten - Perspektiven.* Frankfurt, New York.
- Bäcker, G./Hanesch, W. (1998):** *Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen (Landessozialbericht NRW, Bd. 7).* Düsseldorf.
- BAGSO e.V. (2001):** *Chancengleichheit für ältere Frauen in Politik und Gesellschaft. Dokumentation einer europäischen Konferenz am 1./2. Februar 2001 in Brüssel.* Bonn.
- Barlösius, E./Ludwig-Mayerhofer, W. (Hg.) (2001):** *Die Armut der Gesellschaft.* Opladen.
- Bartelheimer, P. (2000):** *Die kommunale und staatliche Ebene der Sozialberichterstattung. Workshop zur Vorbereitung der Expertentagung zum Sozialbericht '98.* Düsseldorf 25. Mai 2000 (Typoskript), o.O.
- Bayern (1999):** *Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayer.,* München.
- Bayern (1999a):** *Projektgruppe Sozialbericht Bayern: Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998.* München.
- Behrendt, C. (2000):** *Lücken im sozialen Netz und Armutsrisiken in vergleichender Perspektive: Alleinerziehende und alleinstehende ältere Frauen in Deutschland, Großbritannien und Schweden, in: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 2/2000, S. 136-172.* Wiesbaden.
- Birg, Herwig (2000):** *Deutschland wird älter und bunter. Berechnungen zur demographischen Entwicklung, Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung. Heft 1/2000, S. 2-6.*
- Birg, H./Flöthmann, E. J. (1996):** *Entwicklung der Familienstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Belastungs- bzw. Transferquotienten zwischen den Generationen. Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik. Nr. 36.* Bielefeld.
- BMFSJ (Hg.):** *Alter und Gesellschaft: Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland.* Berlin.
- Böhnke, P. (2002):** *Armut und soziale Ausgrenzung im europäischen Kontext. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B29-30.*

- Brandenburg (1999):** *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen: Sozialpolitik im Überblick, Beiträge zur Sozial- und Gesundheitsberichterstattung des Landes Brandenburg.* Potsdam.
- Bremer, P. (2000):** *Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte: Zur Lebenssituation von Migranten.* Opladen.
- Briesen, D./Brunn, G./Elkar, R./Reulecke, J. (1995):** *Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalens.* Düsseldorf.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (1998):** *Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Ausgabe 1998, Berichte der BBR, Band 1.* Bonn.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (1998):** *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. 4. Auflage.* Bonn.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (1995):** *Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland - Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht der Bundesregierung.* Bonn.
- Bundesregierung (2001):** *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.* (<http://www.bma.bund.de/de/sicherung/armutsbericht>).
- Cremer, D. (2000):** *Kommunale Armuts- und Sozialberichte im Vergleich - auf den Spuren der Gesundheitsberichterstattung in der Sozialberichterstattung: In: Laaser, U. / Gebhardt, K. / Kemper, P. (Hg.): Gesundheit und soziale Benachteiligung: Informationssysteme – Bedarfsanalysen - Interventionen ; Tagungsband einer Tagung / veranstaltet vom Deutschen Verband für Gesundheitswissenschaft, Bielefeld und dem Verein für Sozialplanung. Speyer, S. 201-218.*
- Dietz, B. (1997):** *Soziologie der Armut. Eine Einführung.* Frankfurt am Main/New York.
- Döring, D./Hanesch, W./Huster, E.-U. (1990):** *Armut als Lebenslage. Ein Konzept für Armutsberichterstattung und Armutspolitik. In: dieselben: Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main.*
- Glatzer, W. / Neumann, U. (1993):** *Der Beitrag des Lebenslagenkonzepts zur Armuts- und Sozialberichterstattung, Hanesch, W. (Hg.): Lebenslagenforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, 37-52.* Düsseldorf.
- Hanesch, W. (1997):** *Armuts- und Sozialberichterstattung - Thesen zum Stand der Debatte, in: Arbeitsgruppe "Armut" (Hg.): Fachtagung "Armutsberichterstattung" der SPD-Bundestagsfraktion am 24. Februar 1997 (Dokumente Heft 7/97), S. 33-37.*
- Hanesch, W. (1997a):** *Armutsberichterstattung - Muster einer "alternativen" Berichterstattung?, in: Richter, H./Coelen, T. (Hg.): Jugendberichterstattung: Politik, Forschung, Praxis. Weinheim/München, S. 163-171.*
- Hanesch, W. u.a. (Hg.) (1994):** *Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.* Reinbek.

- Hanesch, W. (1992):** *Benachteiligte Lebenslagen und Handlungsperspektiven der Sozialpolitik. Grundsätze und Konturen einer Sozialberichterstattung in Nordrhein-Westfalen. Vorstudie für das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (Typoskript). Mönchengladbach.*
- Hanesch, W. (1990):** *Armut und Armutsberichterstattung in Kommunen, in: Otto, Hans-Uwe/Karsten, Maria-Eleonora (Hg.): Sozialberichterstattung. Lebensräume gestalten als Strategie kommunaler Sozialpolitik. Weinheim/München, S. 58-76.*
- Hanesch, W. (1986):** *Dezentrale Armutsberichterstattung durch Armutsberichte der Kommunen, in: Blätter der Wohlfahrtspflege. Heft 11/86, S. 264-267.*
- Hanesch, W. u. a. (Hg.) (1994):** *Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Reinbek.*
- Hanesch, W. (1985):** *Armutspolitik und neue Beschäftigungsformen. Perspektiven jenseits des Arbeitszwangs, in: Leibfried, S./Tennstedt, F. (Hg.): Die Spaltung des Sozialstaats. Frankfurt am Main, S. 268-294.*
- Hank, K./Kersting, V./Langenhoff, G./Strohmeier, K. P. (1999):** *Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) - Ruhr-Universität Bochum: Armut in Nordrhein-Westfalen. Umfang und Struktur des Armutspotentials. Forschungsbericht für den '8. Sozialbericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen'. Bochum. (<http://www.ruhr-uni-bochum.de/zefir/>).*
- Hank, K./Kersting, V./Langenhoff, G./Strohmeier, K. P. (1999):** *Armut in Nordrhein-Westfalen. Umfang und Struktur des Armutspotentials. Forschungsbericht für den '8. Sozialbericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen'. Bochum. (<http://www.ruhr-uni-bochum.de/zefir/>).*
- Hartmann, H. (1981):** *Sozialhilfebedürftigkeit und "Dunkelziffer der Armut" - Bericht über das Forschungsprojekt zur Lage potentiell Sozialhilfeberechtigter (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 98). Stuttgart.*
- Hauser, R. (2001):** *Armutsforschung und Armutsberichterstattung. Vortrag beim ZUMA-Workshop über Armuts- und Reichtumsberichterstattung, Mannheim 8.-9. November 2001. Mannheim. Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.*
- Hauser, R. (1997):** *Armutberichterstattung, in: Noll, H.-H. (Hg.): Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. Weinheim/München, S. 19-45.*
- Hauser, R./Hübinger, W. (1993):** *Arme unter uns, Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung. Freiburg i.B.*
- Hauser, R./Hübinger, W. (1993a):** *Arme unter uns, Teil 2: Dokumentation der Erhebungsmethoden und Instrumente der Caritas-Armutsuntersuchung. Freiburg i.B. (<http://www.bma.bund.de/de/sicherung/armutsbericht/ARBBericht01.pdf>).*

- Helmert, U./Bammann, K./Voges, W./Müller, R. (Hrsg.) (2000):** *Müssen Arme früher sterben? Soziale Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsforschung. Weinheim/München. (Informationssystem Sozialhilfe: <http://www.masqt.nrw.de/soziales/sicherung/armut/armut.html>)*
- Hock, B./Holz, G./Wüstendörfer, W. (2000):** *Frühe Folgen - langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Frankfurt am Main.*
- Hock, B./Holz, G. (1998):** *Arm dran?! Lebenslagen und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen. Erste Ergebnisse einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt (ISS-Pontifex, Bd. 3/98). Frankfurt am Main.*
- Hoffmann, U./Beck, M. (1994):** *Die neue Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik, in: Wirtschaft und Statistik. Heft 2/1994, S. 116-127.*
- Hoppensack, H.-C./Wenzel, G. (1985):** *Hilfe zur Arbeit und Arbeitszwang. Sozialhilfe und administrative "Normalisierung" von Lohnarbeit, in: Leibfried, S./Tennstedt, F. (Hg.): Die Spaltung des Sozialstaat., Frankfurt am Main, S. 249-267.*
- Hübinger, W. (1996):** *Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg im Breisgau.*
- Huinink, J. (1995):** *Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt/Main und New York.*
- ISS (1998): Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hg.):** *Übersicht über Armuts- und Sozialhilfeberichte. Stand 1998. Frankfurt am Main.*
- Karsten, M.-E./Otto, H.-U. (1990):** *Lebensräume gestalten statt verwalten - Der Beitrag der Sozialberichterstattung, in: dies. (Hg.): Sozialberichterstattung. Lebensräume gestalten als Strategie kommunaler Sozialpolitik. Weinheim/München, S. 9-40.*
- Kaufmann, F.-X. (1980):** *Nationalökonomie und Soziologie. Zum Problem der Interdisziplinarität in den Sozialwissenschaften. In: Küng, E. (Hrsg.): Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vor neuen Aufgaben. Festschrift für Adolf Jöhr. Tübingen.*
- Klatt, W. D. (1990):** *Sozialberichtstypen - Anlässe und Zielsetzung für verschiedene Handlungsebenen der Sozialpolitik, in: Otto, H.-U./Karsten, M.-E. (Hg.): Sozialberichterstattung. Lebensräume gestalten als Strategie kommunaler Sozialpolitik. Weinheim/München, S. 43- 57.*
- Kortmann, K. (1986):** *Was versteht die gegenwärtige Armutsberichterstattung unter Armut?, in: Blätter der Wohlfahrtspflege. Heft 11/86, S. 257-259.*
- Laaser, U./Gebhardt, K./Kemper, P.(Hrsg.) (2000):** *Gesundheit und soziale Benachteiligung: Informationssysteme - Bedarfsanalysen - Interventionen ; Tagungsband einer Tagung / veranstaltet vom Deutschen Verband für Gesundheitswissenschaft, Bielefeld und dem Verein für Sozialplanung, Speyer, Schriftenreihe Gesundheit - Pflege - Soziale Arbeit ; Bd. 6, Lage.*

- Leibfried, S./Voges, W. (1992):** Vom Ende einer Ausgrenzung - Armut und Soziologie, in: dies. (Hg.): *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32)*. Opladen, S. 9-33.
- Limmer R. (1998):** *Die Lebenssituation Alleinerziehender und sozialpolitische Maßnahmen für Alleinerziehende im Ländervergleich. Analyse von Berichten der öffentlichen Hand auf Ebene der Bundesländer sowie ausgewählter Kommunen, Staatsinstitut für Familienforschung der Universität Bamberg, ifb-Materialien 1/1998. Bamberg.*
- Lölhöfel, D. von (1985):** *Kommunale Sozialplanung in der Praxis*, in: Keim, K. D./Vaskovics, L. A. (Hg.): *Wege zur Sozialplanung. Erfahrungen und Chancen in der Bundesrepublik Deutschland (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 59)*. Opladen, S. 50-66.
- Lompe, K. (Hg.) (1987):** *Die Realität der Neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Kölner Schriften zur Sozial- und Wirtschaftspolitik. Regensburg.*
- Mädje, E./Neusüß, C. (1996):** *Frauen im Sozialstaat. Zur Lebenssituation alleinerziehender Sozialhilfeempfängerinnen. Frankfurt am Main.*
- MASSKS (1999a):** *Sozialbericht NRW 1998 für das Land Nordrhein-Westfalen. Materialband. Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.*
- MASSKS (1999b):** *Sozialbericht NRW 1998 für das Land Nordrhein-Westfalen. Kurzfassung. Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.*
- Mathwig, G./Mollenkopf, H. (1996):** *Ältere Menschen: Problem und Wohlfahrtslagen*, in: Zapf, W./Habich, R. (Hg.): *Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin., S. 121-140.*
- Mecklenburg-Vorpommern (1999):** *Sozialministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Sozialberichterstattung für das Land Mecklenburg-Vorpommern: Problemgruppen des Arbeitsmarktes – Langzeitarbeitslose und arbeitslose Behinderte. Schwerin.*
- Mecklenburg-Vorpommern (1998):** *Sozialministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Sozialberichterstattung für das Land Mecklenburg-Vorpommern – Alleinerziehende und kinderreiche Familie., Schwerin.*
- Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie (2000):** *Zuwanderungsstatistik NRW. Ausgabe 1999. Düsseldorf.*
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (1999):** *Sozialbericht '98 für das Land Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.*
(<http://www.massks.nrw.de/wir/soziales.htm>)
- Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW (Hg.) (1999):** *Senioren-Wegweiser. Hilfen für das Leben zu Hause. Düsseldorf.*
-

- Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW (Hg.) (1999):** *Neue Wohnprojekte für ältere Menschen.* Düsseldorf.
- Naegele, G. u.a. (1992):** *Landessozialbericht. Band 1: Armut im Alter. Untersuchung zur Lebenslage ökonomisch unterversorgter älterer Frauen in Nordrhein-Westfalen.* Düsseldorf.
- Niedersachsen (1998):** *Armuts- und Reichtumsberichte (Landtags-Drucksache 14/220).* Hannover.
- Noll, H.-H. (1998):** *Sozialstatistik und Sozialberichterstattung, in: Zapf, W. u.a. (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen, S. 632-641.*
- Noll, H.-H. (1997):** *Sozialberichterstattung: Zielsetzungen, Funktionen und Formen, in: ders. (Hg.): Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppe., Weinheim/München, S. 7-16.*
- Nordrhein-Westfalen (1999):** *Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Sozialbericht NRW 1998 für das Land Nordrhein-Westfalen, Kurzfassung.* Düsseldorf.
- Nordrhein-Westfalen (1999a):** *Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Sozialbericht NRW 1998 für das Land Nordrhein-Westfalen, Materialband.* Düsseldorf.
- Rheinland-Pfalz (1998):** *Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit: Armut in Rheinland-Pfalz.* Mainz.
- Sachsen (1998):** *Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie: Zur Sozialen Lage im Freistaat Sachse., Dresden.*
- Sachsen (1995):** *Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie: Zur Sozialen Lage im Freistaat Sachsen. Dresden.*
- Scharpf, F. W. (1991):** *Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Politische Vierteljahresschrift, 32. Jg., Heft 4, S. 621-634.*
- Schleswig-Holstein (1999):** *Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Landesarmutsbericht. Kiel (Landtagsdrucksache 14/2276).*
- Schmid-Urban, P./Dilcher, R./Feldmann, U./Hanesch, W./Spiegelberg, R. (1992):** *Kommunale Sozialberichterstattung (Arbeitshilfen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Heft 41).* Stuttgart u.a.
- Schnell, R./Hill, P. B./Esser, E. (1995):** *Methoden der empirischen Sozialforschung, 5. Auflage.* München/Wien.
- Schubert, H. (1994):** *Hilfenetze älterer Menschen. Zur Bedeutung räumlicher Entfernungen und sozialen Beziehungen im Alter, Geographische Zeitschrift, 82. Jahrgang, S. 226ff.*
- Seibert, W. (1998):** *Sozialberichterstattung, Controlling und Personalentwicklung in der Sozialhilfe. Leitfaden für den Organisationsentwicklungsprozeß, in: Reis, Cl./Schulze-Böing, M. (Hg.): Planung und Produktion sozialer Dienstleistungen: die Herausforderung "neuer Steuerungsmodelle" (Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderband 9). Berlin, S. 133-148.*
- Strohmeier, K. P. (2001):** *Kinderarmut und das Humanvermögen der Stadtgesellschaft. In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. 4/2001.*
-

- Strohmeier, K. P. (1996):** Die Polarisierung der Lebensformen in den Städten und Gemeinden - demographische Strukturbrüche, soziale Hintergründe und sozialpolitische Probleme, in: Schäfers, B./Wewer, G. (Hg.): Die Stadt in Deutschland, Gegenwartskunde, Sonderheft 9. Opladen. S. 63-84.
- Strohmeier, K. P./Kersting, V. (2000):** Armut von Kindern im regionalen Kontext. In: Herlth, A. u.a. (Hg.): Spannungsfeld Familienkindheit. Neue Anforderungen, Risiken und Chancen. Opladen.
- Strohmeier, K. P./Kersting, V. (2000a):** Armutsberichterstattung in Nordrhein-Westfalen. In: Laaser, U. / Gebhardt, K. / Kemper, P. (Hg.): Gesundheit und soziale Benachteiligung: Informationssysteme - Bedarfsanalysen - Interventionen ; Tagungsband einer Tagung / veranstaltet vom Deutschen Verband für Gesundheitswissenschaft, Bielefeld und dem Verein für Sozialplanung. Speyer, Seite 187-200.
- Strohmeier, K. P./Kersting, V. (1999):** Projekt 'Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung in NRW. Angebot zu Händen der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. Bochum.
- Strohmeier, K. P./Kersting, V.(1997):** Expertenbericht: Bevölkerung und bevölkerungsspezifische Rahmenbedingungen des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen. Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (Iögd): Gesundheitsberichterstattung, Band 9/1997, 9, Seite 11-60. Bielefeld.
- Strohmeier, K. P./Neubauer, J./Kersting, V. (1999):** „Steuerungskennzahlen“ in der Sozialhilfe. Eine methodenkritische Untersuchung am Beispiel eines Kennzahlenvergleichs in der Sozialhilfe. Projektbericht für die Hans-Böckler-Stiftung. Bochum.
- Thüringen (1996):** Erster Sozialbericht des Freistaats Thüringen. Erfurt (unveröffentlichtes Typoskript).
- Thüringen (1998):** Ministerium für Soziales und Gesundheit: Zweiter Sozialbericht des Freistaats Thüringen. Erfurt.
- VAMV (2001):** Allein erziehend. Tipps und Informationen. Bonn.
- Verein für Sozialplanung VSOP (Hg.) (1994):** Standards der Armutsberichterstattung. Fachpolitische Stellungnahme des Vereins für Sozialplanung e.V. - VSOP. Speyer.
- Voges, W./Jürgens, O./Meyer, E./Sommer, T. (2001):** Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. 1. Zwischenbericht im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Bremen.
- Weiß, H. (Hg.) (2000):** Frühförderung von Kindern und Familien in Armutslagen. München. Basel.
- Wienand, M. (2000):** Ältere in der Stadt, in: Der Städtetag, Heft 2/2000. Berlin. S. 6-10.
- Zapf, W. (Hg.) (1977):** Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Soziale Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. Frankfurt am Main/New York.
- Zimmermann, G.E. (2000):** Überschuldung privater Haushalte. Empirische Analysen und Ergebnisse für die alten Bundesländer. Freiburg i.Br.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: □□Konzept „Soziale Indikatoren NRW“.....	28
Abb. 1-1: Regelsätze der Sozialhilfe in NRW - in EURO Stand 1. Juli 2003.....	34
Abb. 2-1: Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfebeziehenden in Nordrhein-Westfalen.....	39
Abb. 2-2: Anteile der Personen in Haushalten unterhalb der 50%-Einkommensgrenze in NRW 2000.....	41
Abb. 2-3: Ausgewählte Sozialhilfe-Bedarfsgemeinschaften nach der durchschnittlichen Dauer des Hilfebezuges 1997 – NRW.....	43
Abb. 3-1: Altersstruktur der betreuenden Personen nach Staatszugehörigkeit und Lebenslage 1999 in NRW.....	54
Abb. 3-2: Erwerbs- und Ausbildungssituation von betreuenden Erwerbspersonen 1999 in NRW.....	56
Abb. 3-3: Kreditverpflichtungen und Sparmöglichkeit der betreuenden Erwerbspersonen nach Lebenslage 1999 in NRW.....	59
Abb. 3-4: Art der besuchten Schule der 15- bis unter 18-Jährigen nach Lebenslage 1999 in NRW....	61
Abb. 4-1: Haushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Familienform und Zahl der ledigen Kinder in Nordrhein-Westfalen in 2000 (in % der jeweiligen Familienform).....	67
Abb. 6-1: Altersstruktur der deutschen und nicht deutschen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen in 2000.....	89
Abb. 6-2: Haushalte mit deutschem und nicht deutschem Haushaltsvorstand.....	90
Abb. 6-3: Höchster beruflicher Ausbildungsabschluss in der deutschen und nicht deutschen Bevölkerung im Alter von 15- bis unter 65-Jahren in Nordrhein-Westfalen in 1997.....	93
Abb. 7-1: Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen in NRW.....	99

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: □ Typologie in der Sozialberichterstattung nach Noll.....	7
Tab. 2-1: Einkommensarmut in Nordrhein-Westfalen (Betroffene in % der Gesamtbevölkerung).....	40
Tab. 3-1: Betreuungssituation im Haushalt von Personen mit Niedrigeinkommen in Nordrhein-Westfalen in 1999.....	51
Tab. 3-2: Erwerbs- und Ausbildungssituation von betreuenden Erwerbspersonen nach Betreuungsbelastung und Lebenslage 1999 in Nordrhein-Westfalen.....	55
Tab. 3-3: Erwerbssituation von betreuenden Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen 1999.....	57
Tab. 3-4: Erwerbs- und Ausbildungssituation von betreuenden Erwerbspersonen mit Niedrigeinkommen und in prekärer Betreuungssituation nach Art der zu betreuenden Personen 1999 in NRW.....	58
Tab. 3-5: Erwerbs- und Ausbildungssituation von gesundheitlich beeinträchtigten Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen.....	60
Tab. 3-6: Lebenseinstellungen von Erwerbspersonen nach Betreuungsbelastung und Lebenslage 1999 in Nordrhein-Westfalen.....	62
Tab. 4-1: Familienhaushalte nach Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen (Angabe in Tausend).....	66
Tab. 4-2: Haushalte nach Familienform und Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen.....	68
Tab. 4-3: Stellung im Erwerbsleben von Haushaltsbezugspersonen nach Art des Haushalts und Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen in 2000.....	69
Tab. 4-4: Familienhaushalte nach verfügbarem Haushaltsnettoeinkommen und Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen in 2000.....	70
Tab. 4-5: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren nach Bezug von Erwerbseinkommen oder Lohnersatzleistungen in Nordrhein-Westfalens am 31.12.2000 (Angabe absolut und in % des jeweiligen Typs).....	71
Tab. 5-1: Familienhaushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Familienform in Nordrhein-Westfalen und Deutschland (Angabe in Tausend und in % an allen).....	75

Tab. 5-2: Haushalte von allein Erziehenden mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Geschlecht der Haushaltsbezugsperson in Nordrhein-Westfalen (Angabe in Tausend und in % an allen).....	76
Tab. 5-3: Allein Erziehende mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Familienstand in Nordrhein-Westfalen (Angabe in Tausend und in % an allen).....	77
Tab. 5-4: Haushalte von allein Erziehenden mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Geschlecht und Alter der Bezugsperson in Nordrhein-Westfalen in 2000.....	77
Tab. 5-5: Haushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Familienform und Zahl der ledigen Kinder in Nordrhein-Westfalen in 2000 (Angabe in Tausend und in % des jeweiligen Typs).....	78
Tab. 5-6: Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in Haushalten von Ehepaaren, nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und allein Erziehenden nach Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen in 2000 (Angabe in Tausend und in % des Haushaltstyps).....	78
Tab. 5-7: Allein erziehende und verheiratete Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren nach Beteiligung am Erwerbsleben in Nordrhein-Westfalen (Angaben in Tausend und in % des jeweiligen Elterntyps).....	79
Tab. 5-8: Erwerbstätige allein erziehende und verheiratete Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren nach Umfang der Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen (Angaben in Tausend und in % des jeweiligen Elterntyps).....	80
Tab. 5-9: Allein erziehende und verheiratete Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren nach Einkommensquelle des überwiegenden Lebensunterhalts in Nordrhein-Westfalen (Angaben in Tausend und in % des jeweiligen Elterntyps).....	81
Tab. 5-10: Allein erziehende und verheiratete Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren nach persönlichem Nettoeinkommen in Nordrhein-Westfalen (Angabe in % des jeweiligen Elterntyps).....	81
Tab. 5-11: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren nach Typ der Bedarfsgemeinschaft in Nordrhein-Westfalen am 31.12. der Jahre 1996 und 2000.....	82
Tab. 5-12: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren nach Typ der Bedarfsgemeinschaft und Alter des Haushaltsvorstandes in Nordrhein-Westfalen am 31.12. der Jahre 1996 bis 2000 (Angabe in % des jeweiligen Typs).....	83

Tab. 6-1: Nicht Deutsche in den deutschen Bundesländern am 31.12. der Jahre 1992 und 1999.....	88
Tab. 6-2: Nicht Deutsche in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen nach Herkunftsländern am 31.12.1999.....	88
Tab. 6-3: Größe von Haushalten mit deutscher und nicht deutscher Bezugsperson in Nordrhein- Westfalen (Angabe in % aller Haushalte des jeweiligen Typs).....	90
Tab. 6-4: Durchschnittliche Wohnfläche von deutschen und nicht deutschen Haushalten nach Haushaltsgröße in Nordrhein-Westfalen in 1998 (Angabe in Quadratmetern).....	91
Tab. 6-5: Erwerbsquoten der deutschen und nicht deutschen Bevölkerung nach Geschlecht in Nordrhein-Westfalen (Angabe in %).....	91
Tab. 6-6: Deutsche und ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht in Nordrhein-Westfalen am 31.12. der Jahre 1980 bis 1999.....	92
Tab. 6-7: Einkommensarmut (50%-Armutsgrenze) unter der deutschen und nicht deutschen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen (Betroffene in % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe).....	94
Tab. 6-8: Einkommensarmut (50%-Armutsgrenze) in der 15- bis unter 65-jährigen Bevölkerung nach Staatsbürgerschaft, Anzahl der Kinder im Haushalt, Erwerbstätigkeit und beruflichem Ausbildungsabschluss Nordrhein-Westfalen in 1997.....	94
Tab. 6-9: Anteil der nicht Deutschen an der Gesamtbevölkerung in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens am 31.12.1999.....	96
Tab. 7-1: Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren in Nordrhein-Westfalen nach Geschlecht, Altersgruppen und Familienstand in 2000 (Angabe in Tausend und in % des jeweiligen Familienstandes).....	100
Tab. 7-2: Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren nach Geschlecht und Haushaltsgröße in Nordrhein-Westfalen (Angabe in Tausend und in % des jeweiligen Geschlechts).....	101
Tab. 7-3: Haushalte mit Pension oder Rente als überwiegender Lebensunterhalt nach Haushaltseinkommen sowie Familienstand und Geschlecht der Bezugsperson in Nordrhein-Westfalen in 2000 (Angabe in % des jeweiligen Familienstandes).....	102
Tab. 7-4: Entwicklung der Sozialhilfebeziehenden im Alter von 65 und mehr Jahren nach Geschlecht und Nationalität in Nordrhein-Westfalen am 31.12. der Jahre 1996-2000.....	103

Tab. 7-5: Sozialhilfebeziehende im Alter von 60 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in
Nordrhein-Westfalen am 31.12.2000.....104

Übersichts und Kartenverzeichnis

Übersicht 1-1: Die drei gebräuchlichsten Äquivalenzskalen36

Karte 2-1: Sozialhilfedichte in Kreisen und kreisfreien Städten NRW, 1999.....44

Übersicht 3-1: Prekäre Lebenslagen als multidimensionale Problemlagen von Menschen mit
Niedrigeinkommen.....49

Übersicht 3-2: Erwerbspersonen in prekären Lebenslagen in Nordrhein-Westfalen 1999.....53

Sozialberichterstattung NRW WEB-Version

Aktuelle Ergebnisse der Sozialberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen werden über ein neues benutzerfreundliches WEB-Portal präsentiert. Das Portal ist über die WEB-Site des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie zu erreichen: <http://www.mgsff.nrw.de>

Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie - Microsoft Internet Explorer

Die Edit View Favorites Tools Help

Back Forward Stop Search Favorites Media Print Home

Address <http://www.mgsff.nrw.de/12efrlnadne/Data/12efrlnadne/12efrlnadne.htm> Go Links

Heute Übersicht **Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen**

NRW. Sozialberichterstattung

Soziale Indikatoren für die Sozialberichterstattung - Forschungs- und Entwicklungsstand
 Indikatorenentwicklung
 Sozialberichterstattung des Landes für die Kommunen und die (Fach-) Öffentlichkeit
 Empirische Messung von Armut in NRW
 Umfang und soziale Struktur von Einkommensarmut in NRW
 Menschen in prekären Lebenslagen in NRW
 Kindereiche Familien in NRW
 Allein erziehende Mütter und Väter in NRW
 Ausländerinnen und Ausländer in NRW
 Lebenslagen älterer Frauen in NRW
 Glossar
 Literatur

Sozialbericht NRW im Internet

Dieses Informationssystem wurde im Auftrag des Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie in Kooperation mit dem Zentrum für Interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) Arbeitsgruppe "Sozialberichterstattung" an der Ruhr-Universität Bochum erstellt.

Lokales Intranet

Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie - Microsoft Internet Explorer

Die Edit View Favorites Tools Help

Back Forward Stop Search Favorites Media Print Home

Address <http://www.mgsff.nrw.de/12efrlnadne/Data/12efrlnadne/12efrlnadne.htm> Go Links

Heute Übersicht **Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen**

NRW. Sozialberichterstattung

Empirische Messung von Armut in NRW
 Umfang und soziale Struktur von Einkommensarmut in NRW
 Menschen in prekären Lebenslagen in NRW
 Kindereiche Familien in NRW
Allein erziehende Mütter und Väter in NRW
 Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung
 Psychosoziale Aspekte der Lebenssituation
 Maßnahmen und Handlungsansätze
 Literatur
 Institutionen
 Ausländerinnen und Ausländer in NRW
 Lebenslagen älterer Frauen in NRW

V. Allein erziehende Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen

Bedeutung, Hintergründe und Begriffsbestimmung

Gesellschaftliche Bedeutung

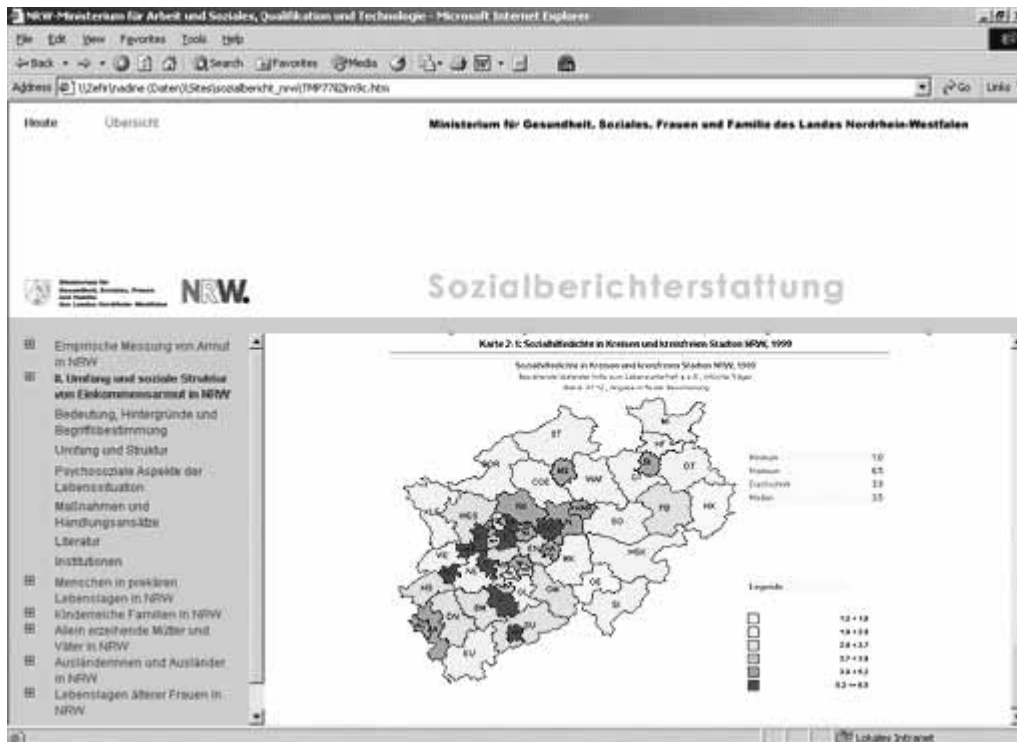
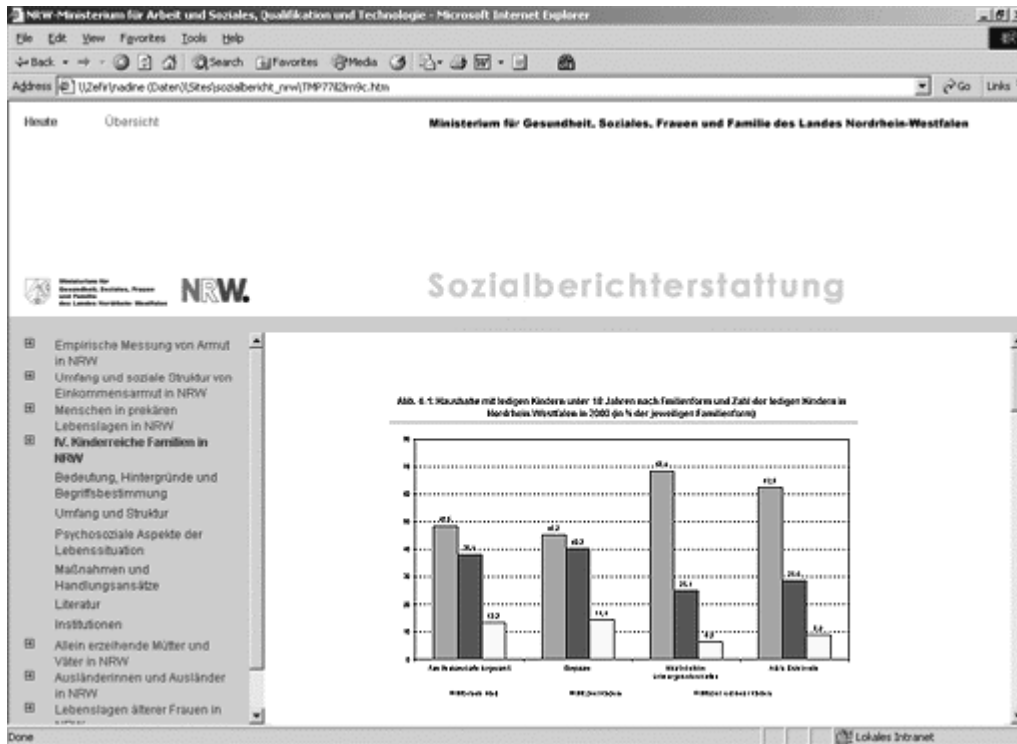
Die zunehmende Zahl von Familien und Haushalten allein Erziehender mit Kindern ist nicht per se ein sozialpolitisch bedeutsames Problem. Soziale Sicherungen, Dienste und Leistungen sind größtenteils auf Familien mit zwei Elternteilen ausgerichtet. Dem liegt die Vorstellung einer Familie zugrunde, in der ein Elternteil einer (Vollzeit-)Beschäftigung nachgeht und das Haushaltseinkommen sichert, während der andere Teil sich um den Haushalt und die Betreuung und Erziehung der Kinder kümmert. Da allein erziehende Mütter und Väter diese vielfältigen Aufgaben allein bewältigen müssen, sind sie eine bedeutende Zielgruppe der Sozialpolitik. Beispiele für erforderliche Unterstützungen sind:

- **zeitlich umfangreiche und flexible Angebote für die Kinderbetreuung**, damit die Mütter oder der Vater erwerbstätig sein oder sich beruflich (weiter-)bilden kann
- **Ersatz oder Aufstockung des Haushaltseinkommens**, wenn B. der zweite Elternteil seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht nachkommt bzw. nachkommen kann oder das Erwerbseinkommen nicht ausreicht
- **Schulische und/oder berufliche Qualifizierung**, um den Anschluss an berufsrelevante Entwicklungen während der Phasen der Kindererziehung zu erhalten
- **Beratung und praktische Unterstützung beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt** nach der Kindererziehung

Ursachen und Hintergründe

Allein Erziehende gab es schon immer. Die heute hohe und zunehmende Zahl von Haushalten allein Erziehender wird

Lokales Intranet



Datenpool zur Sozialberichterstattung NRW

Interessante und aktuelle Daten zur sozialen und wirtschaftlichen Situation in den Regionen Nordrhein-Westfalens sind über eine neue benutzerfreundliche graphische WEB-Datenbank erreichbar. Der WEB-Datenpool steht zur Verfügung unter: <http://www.mgsff.de>

Datenauswahl - Microsoft Internet Explorer

Address http://134.147.23.158:8088/zefir/datenpool_html/database/index.jsp?d=1&dct=Anzeigen

Themenbereich	Region	Mögliche Darstellungsart
Armut und Sozialhilfebezug	- Alle -	- Alle -
Unterbereich 1	Stand	
Sozialhilfedichten	- Alle -	
Unterbereich 2	Jahr	
Geschlecht	- Alle -	
Unterbereich 3	x-Achse (horizontal)	y-Achse (vertikal)
weiblich	- Alle -	- Alle -
Bezugsgrößen		
- Alle -		

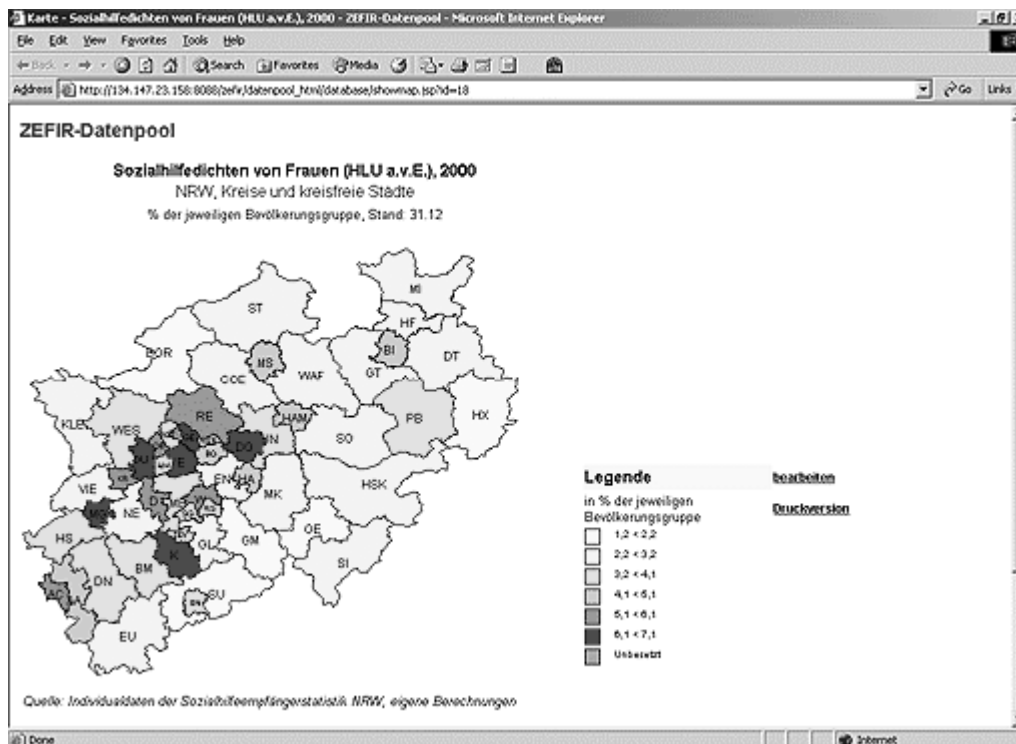
Sichwortsuche (Sie können beliebig viele Words eingeben, ebenfalls Zeichen wie "*" als Joker)

Ergebnisse: 100

Es wurden 2 Datensätze gefunden. Alle Datensätze werden angezeigt

ID:	Armut und Sozialhilfebezug	Sozialhilfedichten	Geschlecht	weiblich	in % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe
18	Sozialhilfedichten von Frauen (HLU a.v.E.), 2000				
	NRW, Kreise und kreisfreie Städte				
	% der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, Stand: 31.12				
	Quelle: Individualdaten der Sozialhilfeempfängerstatistik NRW, eigene Berechnungen				
	Stand: 31.12, Jahr: 2000				
	HTML Excel Karte Listen Saulen Experimentell: Listen Saulen				

Armut und Sozialhilfebezug in % der jeweiligen Bevölkerung



Informationssystem Sozialhilfedaten NRW

In aufbereiteter und übersichtlicher Form werden ausführliche Regionalprofile zum Sozialhilfebezug dargestellt: <http://www.mgsff.nrw.de>

Informationssystem Sozialhilfe-Report NRW des ZEFIR - Microsoft Internet Explorer

Die Edit View Favorites Tools Help

Address http://www.mgsff.nrw.de/sozialdesicherung/sozialhilfe/sozialhilfedaten_nrw/so-denc/start.html

MASQT Informationssystem Sozialhilfedaten NRW ZEFIR

NRW Gesamt Regional Deutschland Vergleiche Kreise & kreisfreie Städte Vergleiche Profile Erläuterungen Glossar Datenquelle Impressum

Willkommen im Informationssystem Sozialhilfedaten NRW 1999.

Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen **NRW**

Dieses System bietet in übersichtlich aufgearbeiteter Form statistische Informationen rund um den Bezug von Sozialhilfe in Nordrhein-Westfalen. Fokussiert auf die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt sind fünf Darstellungsformen wählbar:

- NRW Gesamt:** Auswertungen zum Sozialhilfebezug in Nordrhein-Westfalen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten. Dargestellt werden u. a. Erwerbsituation, Bildung und Einkommen von Sozialhilfebeziehenden sowie Sozialhilfedichte und Bezugsdauer.
- NRW Regional:** Bezugsdauer und zahlungsrelevante Informationen zum Sozialhilfebezug in regionaler Gliederung für die nordrhein-westfälischen Kreise und kreisfreien Städte sowie den Kommunalverband Ruhr.
- Deutschland: Vergleiche:** Auswertungen zum Sozialhilfebezug in den 16 deutschen Bundesländern, kartiert und als Vergleichsdiagramm.
- Kreise & kreisfreie Städte: Vergleiche:** Strukturdaten zum Sozialhilfebezug in kommunaler Gliederung für die nordrhein-westfälischen Kreise und kreisfreien Städte, kartiert und als Vergleichsdiagramm.
- Kreise & kreisfreie Städte: Profile:** Standardisierte Übersichtstafeln zum Sozialhilfebezug in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens.

Die nordrhein-westfälische Sozialhilfestatistik des Jahres 1999 weist erhebliche Mängel auf. In vorliegender Form kann das Informationssystem Sozialhilfe NRW daher lediglich eine Orientierungshilfe darstellen.

Für weiterführende Informationen beachten Sie bitte den Menüpunkt "Erläuterung der Datenquelle".

Done Internet

Informationssystem Sozialhilfe-Report NRW des ZEFIR - Microsoft Internet Explorer

Die Edit View Favorites Tools Help

Address http://www.mgsff.nrw.de/sozialdesicherung/sozialhilfe/sozialhilfedaten_nrw/so-denc/start.html

MASQT Informationssystem Sozialhilfedaten NRW ZEFIR

NRW Gesamt Regional Deutschland Vergleiche Kreise & kreisfreie Städte Vergleiche Profile Erläuterungen Glossar Datenquelle Impressum

ZEFIR Datenpool

Anzahl nicht deutscher Sozialhilfebeziehender in Kreisen und kreisfreien Städten NRW, 1999

Beziehende laufender Hilfe zum Lebensunterhalt a v E., örtliche Träger
Stand: 31.12., Angabe in % an allen

Sachbereich ...
Sozialhilfebeziehende
Unterbereich 1 ...
Nicht deutsch
Unterbereich 2 ...
Insgesamt
Unterbereich 3 ...

regionale Gliederung ...
NRW, Kreise und kfr. St.
Stand: 31.12. 1999

Datenbestand ...
Durchsuchen ...

Dienste ...
Diagramm ...

Einstellungen ...
 Namen einblenden
Legende verändern ...

Monchengladbach, krfr. Stad

Minimum	3,5
Maximum	39,8
Durchschnitt	24,4
Median	22,0

Legende

3,5 - 9,0
9,5 - 15,0
15,5 - 21,7
21,7 - 27,7
27,7 - 33,8
33,8 - 39,8

Quelle: Sozialhilfedaten des LDS NRW, 1999, eigene Berechnungen (ZEFIR)

Appllet gestartet Internet

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum

Herausgeber:
Ministerium für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie
des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Internet: www.mgsff.nrw.de

e-mail: info@mail.mgsff.nrw.de

Fax: (0211) 855-3211

Titelgestaltung:
Lüdicke + Partner, Meerbusch

Druck:
Toennes Druck + Medien, Erkrath

Nachdruck, auch auszugsweise, nur
mit Genehmigung des Herausgebers.

Düsseldorf, Dezember 2003

